

## Umweltthemen

Allgemein

Wasser

Boden

Luft

Industrie

Abfall

Natur

Städtische Umwelt

Finanzierung

**Gesetzgebung**

Wirtschaft

Bewertung

Nukleare Fragen

Risiken

Ausbildung



Europäische Kommission

## Dritter Jahresbericht über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft

*Januar 2000 bis Dezember 2001*



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN  
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg

ISBN 92-894-3898-3



9 789289 438988

Siehe unseren Katalog der Veröffentlichungen:  
<http://europa.eu.int/comm/environment/pubs/home.htm>

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2002

ISBN 92-894-3898-3

© Europäische Gemeinschaften, 2002  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 1.10.2002  
SEK(2002) 1041

**ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN**

## **Dritter Jahresbericht**

**über die Durchführung**

**und Durchsetzung des**

**Umweltrechts der Gemeinschaft**

*Januar 2000 bis Dezember 2001*

## VORWORT

Jahr für Jahr gehen bei der Kommission mehr Beschwerden darüber ein, dass die Mitgliedstaaten das Umweltrecht der Gemeinschaft nicht ordnungsgemäß durchführen oder anwenden. Dieser Trend zeigt, dass die europäischen Bürger zunehmend besorgt sind über den Zustand der Umwelt und über die Art und Weise, wie die Mitgliedstaaten dem Umweltrecht der Gemeinschaft Rechnung tragen. Ferner wird auch deutlich, dass diese Probleme nicht immer durch die in den Mitgliedstaaten vorhandenen Strukturen und Mechanismen gelöst werden können.

Seit ich mein Amt als Umweltkommissarin angetreten habe, habe ich immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Mitgliedstaaten das Umweltrecht der Gemeinschaft in vollem Umfang umsetzen. Im Sechsten Umweltaktionsprogramm<sup>1</sup> wird ausdrücklich erklärt, dass die vollständige Anwendung, Durchsetzung und Durchführung aller bestehenden Umweltrechtsvorschriften für die Europäische Union von vorrangiger strategischer Bedeutung ist. Leistungsfähige und wirksame Umweltrechtsvorschriften sind von essentieller Bedeutung, wenn wir ein hohes Umweltschutzniveau erreichen wollen. Ebenso bedeutsam ist aber auch eine systematische Überwachung der Einhaltung der Rechtsvorschriften sowie die Information der Öffentlichkeit über die Leistungen ihrer Mitgliedstaaten in diesem Bereich.

Dies ist der Grund, warum ich diesen dritten Jahresbericht, der sich auf den Zeitraum 2000/2001 bezieht, besonders begrüße. Nach dem ersten Jahresbericht (1996/1997)<sup>2</sup> und dem zweiten Jahresbericht (1998/1999)<sup>3</sup> liefert er aktuelle Informationen über den Stand der Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft. Anstoß zu der Erstellung des Berichts gaben die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft<sup>4</sup> und die Entschlüsse des Rates<sup>5</sup> und des Europäischen Parlaments.

Ich hoffe, dass die Veröffentlichung dieser Übersicht den Mitgliedstaaten eine Quelle unschätzbbarer Informationen sein und sie veranlassen wird, sich noch stärker als zuvor um eine vollständige, rechtzeitige und ordnungsgemäße Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft zu bemühen.

Margot Wallström

Mitglied der Kommission

---

<sup>1</sup> KOM(2001)31 endg., 24.1.2001.

<sup>2</sup> SEK(1999) 592, 27.4.1999.

<sup>3</sup> SEK(2000) 1219, 13.7.2000.

<sup>4</sup> KOM(96) 500 endg., 22.10.1996.

<sup>5</sup> ABl. C 321, 22.10.1997, S. 1.

## INHALT

VORWORT.....	2
EINLEITUNG .....	5
KAPITEL I: DURCHFÜHRUNG DES UMWELTRECHTS DER GEMEINSCHAFT IM JAHR 2001.....	6
1. Freier Zugang zu Informationen .....	9
2. Umweltverträglichkeitsprüfung .....	10
3. Luft.....	14
4. Wasser.....	17
5. Natur.....	23
6. Lärm.....	32
7. Chemische Stoffe und Biotechnologie.....	32
8. Abfälle.....	34
9. Umwelt und Industrie.....	42
10. Strahlenschutz .....	43
11. Trends und aktuelle Situation .....	47
KAPITEL II: IMPEL (EUROPÄISCHES NETZ ZUR ANWENDUNG DES UMWELTRECHTS DER GEMEINSCHAFT).....	49
1. Hintergrund .....	49
2. IMPEL-Tätigkeiten .....	49
3. Rechtsgrundlage.....	50
4. Beteiligung anderer Länder.....	50
4.1. Mittel- und osteuropäische Länder, Zypern und Malta/ Zusammenarbeit mit AC- IMPEL .....	50
4.2. Andere europäische Länder (EWR).....	52
5. IMPEL-Berichte 2000 und 2001 .....	52
6. Arbeitsprojekte und Haushaltsmittel für die Jahre 2000 und 2001.....	53
7. Schlussfolgerungen und Ausblick.....	54
8. INECE.....	54

KAPITEL III: EINZELHEITEN ZU DEN VON DEN MITGLIEDSTAATEN MITGETEILTEN UMSETZUNGSMASSNAHMEN FÜR DIE RICHTLINIEN DER GEMEINSCHAFT; DIE INNERHALB DES BERICHTSZEITRAUMS UMZUSETZEN WAREN ( <i>EINGANG BIS EINSCHLIESSLICH 31. DEZEMBER 2001</i> ) .....	56
ANLAGE I: AUSZUG AUS DEM „ACHTZEHNTEN JAHRESBERICHT ÜBER DIE ANWENDUNG DES GEMEINSCHAFTSRECHTS (2000)“ ( <i>KAPITEL „UMWELT“</i> ) .....	96
1. Freier Zugang zu Informationen .....	98
2. Umweltverträglichkeitsprüfung .....	100
3. Luft.....	103
4. Wasser.....	104
5. Natur.....	110
6. Lärm .....	115
7. Chemische Stoffe und Biotechnologie.....	116
8. Abfälle.....	118
9. Umwelt und Industrie.....	123
10. Strahlenschutz .....	124
ANLAGE II: ÜBERSICHT (NACH MITGLIEDSTAATEN UND SEKTOREN) ÜBER DIE ANZAHL DER FÄLLE VON NICHTMITTEILUNG, NICHTÜBEREINSTIMMUNG UND MANGELHAFTER HORIZONTALER ANWENDUNG .....	129

## **EINLEITUNG**

Der dritte Jahresbericht gliedert sich in drei Teile: Der erste Teil beschreibt Einzelheiten über die Vertragsverletzungsverfahren, die von der Kommission im Jahr 2001 in den einzelnen Bereichen des gemeinschaftlichen Umweltrechts eingeleitet wurden. Die Entwicklungen während des Jahres 2000 sind in Anlage I zu finden, die das Kapitel über Umwelt aus dem Achtzehnten Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000) enthält. Der zweite Teil gibt einen Überblick über den Stand der Arbeiten, die derzeit vom Europäischen Netz zur Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft (Network for the implementation and enforcement of Community environmental law - IMPEL) durchgeführt werden. Im dritten Teil werden die Umweltrichtlinien aufgelistet, die von den Mitgliedstaaten in den Jahren 2000 und 2001 umzusetzen waren. Hier werden Einzelheiten zu den nationalen Umsetzungsmaßnahmen angeführt. Anlage II besteht aus einer Übersicht, in der alle laufenden Vertragsverletzungsverfahren – nach Mitgliedstaaten und Sektoren – aufgeführt sind, die aufgrund von Nichtmitteilung, Nichtübereinstimmung sowie mangelhafter horizontaler Anwendung eingeleitet wurden.

## KAPITEL I: DURCHFÜHRUNG DES UMWELTRECHTS DER GEMEINSCHAFT IM JAHR 2001

Ein Drittel aller Beschwerden und Fälle mutmaßlicher Vertragsverletzungen aufgrund der Nichteinhaltung des Gemeinschaftsrechts, die 2001 von der Kommission untersucht wurden, entfallen auf den Umweltbereich. Die Kommission erhob in 71 Fällen beim Gerichtshof Klage gegen Mitgliedstaaten und richtete 197 mit Gründen versehene Stellungnahmen auf der Grundlage von Artikeln 226 bzw. 228 des EG-Vertrags an die Mitgliedstaaten. Im Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres bedeutet dies einen Anstieg von rund 40 %. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Kommission bestrebt ist, mutmaßliche Verstöße zu regeln, sobald diese festgestellt werden, d. h. ohne dass erst förmliche Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden müssen.

Das Verfahren auf der Grundlage von Artikel 228 stellt weiterhin das letzte Hilfsmittel dar, um die Mitgliedstaaten zur Befolgung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu veranlassen. Im Jahr 2001 hat die Kommission in drei Fällen gemäß Artikel 228 den Gerichtshof angerufen. Ferner versandte sie auf Grundlage von Artikel 228 15 schriftliche Aufforderungen zur Äußerung und sieben mit Gründen versehene Stellungnahmen wegen Nichtmitteilung, Nichtübereinstimmung oder mangelhafter Anwendung. Zwei der drei Klagen nach Artikel 228, die im Jahr 2001 beim Gerichtshof erhoben wurden, wurden zurückgezogen, nachdem die Mitgliedstaaten Maßnahmen getroffen hatten, um dem Urteil nachzukommen. Eine ausführlichere Beschreibung der einzelnen Fälle folgt in den jeweiligen Bereichen

In Fällen anhaltender Weigerungen, ihre Auskunftersuchen zu beantworten, wendet die Kommission weiterhin Artikel 10 des Vertrags an, wonach die Mitgliedstaaten gehalten sind, loyal mit den Gemeinschaftsorganen zusammenzuarbeiten. Diese mangelnde Zusammenarbeit hindert die Kommission daran, ihre Rolle als Hüterin des Vertrags wirksam wahrzunehmen.

Hinsichtlich der *Mitteilung der einzelstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Umweltrechts durch die Mitgliedstaaten* war keine nennenswerte Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Bericht zu verzeichnen. Für mehrere Richtlinien lief 2001 die Umsetzungsfrist ab:

- Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 zur Anpassung der Messverfahren der Anhänge I, II, III und IV der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates an den technischen Fortschritt (entsprechend Artikel 10 der Richtlinie)<sup>6</sup> (Umsetzungsfrist: 01.01.2001);
- Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen<sup>7</sup> (Umsetzungsfrist: 18.01.2001);

---

<sup>6</sup> ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46-50.

<sup>7</sup> ABl. L 12 vom 18.01.2000, S. 16-23.



- Richtlinie 2000/21/EG der Kommission vom 25. April 2000 über das Verzeichnis der gemeinschaftlichen Rechtsakte gemäß Artikel 13 Absatz 1, fünfter Gedankenstrich der Richtlinie 67/548/EWG des Rates<sup>8</sup> (Umsetzungsfrist: 01.04.2001);
- Richtlinie 1999/13/EG vom 11. März 1999 über die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, die bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen bei der Verwendung organischer Lösungsmittel entstehen<sup>9</sup> (Umsetzungsfrist: 01.04.2001);
- Richtlinie 2000/32/EG der Kommission vom 19. Mai 2000 zur sechsundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt<sup>10</sup> (Umsetzungsfrist: 1.6.2001);
- Richtlinie 2000/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen<sup>11</sup> (Umsetzungsfrist: 3.7.2001);
- Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien<sup>12</sup> (Umsetzungsfrist: 16.7.2001);
- Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft<sup>13</sup> (Umsetzungsfrist: 19.7.2001);
- Richtlinie 2000/33/EG der Kommission vom 25. April 2000 zur siebenundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt<sup>14</sup> (Umsetzungsfrist: 01.10.2001).

Wie in der Vergangenheit musste die Kommission auch in diesem Jahr mehrere Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen einleiten. Diese Verfahren werden in den nachfolgenden Abschnitten über die einzelnen Bereiche und Richtlinien näher betrachtet.

Wegen der *Nichtübereinstimmung der einzelstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung des EU-Rechts* laufen in allen Bereichen des Umweltrechts gegen alle Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren. Für die Kommission stellt die Kontrolle der Anpassung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten an die Umweltrichtlinien eine Priorität dar. Im

---

<sup>8</sup> ABl. L 103 vom 28.04.2000, S. 70-71.

<sup>9</sup> ABl. L 85 vom 29.03.1999, S. 1-22.

<sup>10</sup> ABl. L 136 vom 08.06.2000, S. 1-89.

<sup>11</sup> ABl. L 162 vom 03.07.2000, S. 1-78.

<sup>12</sup> ABl. L 182 vom 16.07.1999, S. 1-19.

<sup>13</sup> ABl. L 163 vom 29.06.1999, S. 41-60.

<sup>14</sup> ABl. L 136 vom 08.06.2000, S. 90-107.

Zusammenhang mit der Umsetzung der Gemeinschaftsbestimmungen in entsprechendes einzelstaatliches Recht sind gewisse Verbesserungen bei der Bereitstellung der ausführlichen Erläuterungen und Konkordanztabellen sowie der Mitteilung der Rechts- bzw. Verwaltungsvorschriften festzustellen, mit denen die Umsetzung der Richtlinien gewährleistet werden soll. Diese Anforderungen werden von Deutschland, Finnland, Schweden, den Niederlanden, Frankreich und teilweise von Dänemark und Irland erfüllt.

Die Kommission hat ferner die *ordnungsgemäße Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft* (Richtlinien und Verordnungen) in der Praxis zu überprüfen, worin ein Großteil ihrer Arbeit besteht. Zum einen muss sie nachprüfen, ob die Mitgliedstaaten bestimmten allgemeinen Verpflichtungen (wie beispielsweise der Ausweisung von Gebieten oder der Aufstellung von Programmen oder Managementplänen usw.) auch tatsächlich nachkommen. Zum anderen müssen konkrete Fälle untersucht werden, in denen bestimmte Praktiken oder Entscheidungen der Verwaltung angeblich gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen. Beschwerden und Petitionen von Privatpersonen oder Nichtregierungsorganisationen an das Europäische Parlament sowie die schriftlichen und mündlichen parlamentarischen Anfragen beziehen sich zumeist auf Fälle mangelhafter Anwendung.

Entsprechend der bereits seit 1996<sup>15</sup> festzustellenden Tendenz nahm die Zahl der Beschwerden im Jahre 2001 weiter zu. Die meisten Beschwerden bezogen sich auf Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland. Die 2001 eingegangenen Beschwerden entfallen im Großen und Ganzen auf folgende Bereiche: Natur (jede dritte Beschwerde), Umweltverträglichkeitsprüfung (jede vierte Beschwerde), Abfälle (jede sechste Beschwerde) und Gewässerverschmutzung (jede zehnte Beschwerde), wobei zuweilen in einer Beschwerde mehrere Probleme angesprochen werden. Auf die übrigen Bereiche entfallen 1-6 % der Beschwerden.

Wie bereits im vorhergehenden Bericht erwähnt, muss sich die Kommission bei der Untersuchung von Einzelfällen mit sehr konkreten und bürgernahen Sachverhalten und rechtlichen Situationen beschäftigen. Diese Tätigkeit bringt natürlich einige praktische Schwierigkeiten mit sich. Deshalb bemüht sich die Kommission in erster Linie um die Lösung der Probleme, die aufgrund mangelnder Übereinstimmung und Kommunikation bestehen, ohne jedoch die Untersuchung von Fällen mangelhafter Anwendung (insbesondere derjenigen, die Grundsatzfragen, Probleme horizontaler Art oder mit den Richtlinien nicht zu vereinbarende Verwaltungspraktiken aufzeigen), zu vernachlässigen.

Ferner setzte die Kommission im Jahr 2001 ihre Arbeit auf der Grundlage ihrer im Oktober 1996 verabschiedeten Mitteilung („Die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft“) fort. In diesem Zusammenhang muss vor allem die Verabschiedung der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten (2001/331/EG) erwähnt werden. Die Empfehlung stützt sich in erheblichem Maße auf die Arbeiten, die im Rahmen früherer Projekte des IMPEL-Netzes („Europäisches Netz zur Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft“) geleistet wurden. Die Empfehlung sieht mehrere, speziell auf das IMPEL-Netz zugeschnittene Aufgaben vor, die das IMPEL-Arbeitsprogramm in den nächsten Jahren entscheidend bestimmen werden. Sie umfassen die Ausarbeitung einer Regelung für die Berichterstattung der Mitgliedstaaten und die Beratung zu den Prüfstellen und Prüfverfahren in den

---

<sup>15</sup> 1996: 161; 1997: 242; 1998: 432; 1999: 453; 2000: 543; 2001: 587.

Mitgliedstaaten, die Erarbeitung von Mindestkriterien für die Qualifikation von Umweltinspektoren und die Entwicklung von Ausbildungsprogrammen sowie die Verhinderung illegaler grenzüberschreitender Umweltpraktiken durch die Koordinierung von Inspektionen im Hinblick auf Anlagen, die erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben könnten.

## **1. Freier Zugang zu Informationen**

Die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt ist eine besonders wichtige allgemeine Rechtsvorschrift, denn über die Verbreitung von umweltbezogenen Informationen kann das Bewusstsein der Bürger für alle Umweltprobleme geschärft werden, was eine wirksame Teilnahme an kollektiven Entscheidungen ermöglicht und zu einer Stärkung der demokratischen Kontrolle beiträgt. Nach Auffassung der Kommission können die Bürger über dieses Rechtsinstrument einen sinnvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Obgleich alle Mitgliedstaaten innerstaatliche Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie mitgeteilt haben, liegt nach wie vor in mehreren Fällen eine Nichtübereinstimmung vor, d. h. es sind weitere Anpassungen des innerstaatlichen Rechts an die Anforderungen der Richtlinie erforderlich.

Die Kommission führte das Verfahren gegen Frankreich (Rechtssache C-233/00) fort, da die französischen Maßnahmen keine formale, ausdrückliche und mit der Richtlinie übereinstimmende Umsetzung mehrerer Elemente gewährleisten, wozu auch die Verpflichtung zur formalen Begründung der Verweigerung des Zugangs zu Informationen gehört.

Die Kommission hat beim Gerichtshof Klage gegen Österreich (Rechtssache C-86/01) erhoben wegen der nicht vollständigen Umsetzung der Bestimmungen über den freien Zugang zu Informationen und über die Ausnahmen davon sowie über die Definition von öffentlichen Behörden und staatlichen Stellen. Von den ursprünglich betroffenen sechs Bundesländern haben fünf im Laufe des Verfahrens ihre Rechtsvorschriften entsprechend geändert. Somit hat nur noch ein Bundesland die fraglichen Bestimmungen noch nicht ordnungsgemäß umgesetzt.

Im Laufe des Jahres 2001 konnten zwei Verfahren wegen Nichtübereinstimmung, die beide Deutschland betrafen, eingestellt werden. Das auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags gegen Deutschland eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtdurchführung des in der Rechtssache C-217/97 ergangenen Urteils konnte eingestellt werden, nachdem Deutschland seine Rechtsvorschriften geändert hatte. Die Behörden sind nunmehr verpflichtet, Zugang zu Informationen auch während eines verwaltungsbehördlichen Verfahrens zu gewähren. Ferner sind sie gehalten, Informationen auch auszugsweise zu übermitteln, sofern diese zum Teil der Geheimhaltungspflicht unterliegen, und nur dann eine Gebühr zu erheben, wenn tatsächlich eine Übermittlung von Informationen stattgefunden hat. Eine Klage beim Gerichtshof (Rechtssache C-29/00) wurde zurückgenommen, nachdem Deutschland die Änderung seiner Rechtsvorschriften im Hinblick auf die Einhaltung der Zweimonatsfrist für die Beantwortung von Auskunftersuchen mitgeteilt hat.

In den Beschwerden, die bei der Kommission eingehen, wird meistens darauf hingewiesen, dass sich die nationalen Behörden weigern, den Informationsersuchen nachzukommen, dass die Antwortfristen nicht eingehalten werden, dass die Ausnahmen von dem Grundsatz der

Mitteilung zu großzügig ausgelegt oder unverhältnismäßig hohe Gebühren verlangt werden. Die Richtlinie 90/313/EWG ist eine der seltenen Richtlinien, die eine Bestimmung enthält, derzufolge die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, nationale Rechtsmittel gegen die unzulässige Ablehnung oder Nichtbeachtung von Ersuchen bzw. gegen unzulängliche Antworten vonseiten der Behörden auf ein Informationersuchen einzuführen. Wenn die Kommission Beschwerden über derartige Sachverhalte erhält, empfiehlt sie den Beschwerdeführern, von den national eingeführten Rechtswegen Gebrauch zu machen, damit die Ziele der Richtlinie in der Praxis erreicht werden können.

## **2. Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die durch die Richtlinie 97/11/EG geänderte Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten stellt das optimale Rechtsinstrument für den gesamten Umweltbereich dar. Gemäß dieser Richtlinie müssen bei einer Vielzahl von Projekten zunächst die Konsequenzen für die Umwelt berücksichtigt werden, bevor eine Genehmigung erteilt werden kann.

Am 27. Juni 2001<sup>16</sup> wurde die Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates angenommen. Die Mitgliedstaaten sind zur Umsetzung dieser Richtlinie gehalten, ihre nationalen Vorschriften bis zum 21. Juli 2004 entsprechend anzupassen. Während die Richtlinie 85/337/EWG sich auf Projekte bezieht, will diese neue Richtlinie über eine „strategische Umweltprüfung“ (die eher Verfahrensaspekte betrifft) sicherstellen, dass bei bestimmten Plänen und Programmen, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen wird.

Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie 97/11/EG zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG lief am 14. März 1999 ab. Ende 2001 hatten vier Mitgliedstaaten (Belgien, Frankreich, Griechenland und Luxemburg) der Kommission noch nicht ihre Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt. Daher führte die Kommission die gegen diese Mitgliedstaaten eingeleiteten Verfahren fort. In seinem Urteil vom 25. Oktober stellte der Gerichtshof fest, dass Luxemburg versäumt hat, einschlägige Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 97/11/EG mitzuteilen. Die gegen Deutschland und Spanien wegen Nichtmitteilung eingeleiteten Verfahren konnten im Laufe des Jahres 2001 eingestellt werden.

Am 22. Oktober 1998 erließ der Gerichtshof ein Urteil gegen Deutschland (Rechtssache C-301/95) mit der Begründung, dass dieser Mitgliedstaat in mehreren Punkten gegen seine Verpflichtungen verstoßen hat, beispielsweise indem ganze Klassen der in Anhang II aufgeführten Projekte von vornherein von der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen wurden. Da Deutschland keine ausreichenden Maßnahmen zur Befolgung dieses Urteils ergriffen hat, hat die Kommission vor dem Gerichtshof das Verfahren auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags (Rechtssache C-41/01) eingeleitet. Die Klage wurde zurückgenommen, nachdem Deutschland die erforderlichen Rechtsvorschriften verabschiedet und der Kommission mitgeteilt hatte.

Am 21. Januar 1999 erging in der Rechtssache C-150/97 ein Urteil, in dem der Gerichtshof feststellte, dass die Portugiesische Republik ihren Verpflichtungen gemäß Artikel 12 Absatz 1 der genannten Richtlinie nicht nachgekommen war, da sie die zur vollständigen und

---

<sup>16</sup> ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30

ordnungsgemäßen Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht angenommen hat. Gemäß den Schlussanträgen des Generalanwalts Mischo stellte der Gerichtshof nicht nur die Nichteinhaltung der Umsetzungsfrist, sondern auch den Sachverhalt fest, dass die zur verspäteten Umsetzung der Richtlinie erlassenen portugiesischen Rechtsvorschriften<sup>17</sup> nicht für Projekte galten, deren Genehmigungsverfahren zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, d. h. am 7. Juni 1990, bereits eingeleitet war. Die Kommission hat das auf der Grundlage von Artikel 228 EG-Vertrag gegen Portugal eingeleitete Verfahren eingestellt, nachdem der Mitgliedstaat die nationalen Rechtsvorschriften zur Durchführung des Urteils geändert hatte.

In der Rechtssache C-392/96 gelangte der Gerichtshof zu der Auffassung, dass Irland gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 12 der Richtlinie verstoßen hat, indem es nicht alle zur ordnungsgemäßen Umsetzung von Artikel 4 Absatz 2 in innerstaatliches Recht erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die unter Ziffer 1 Buchstabe d) und Ziffer 2 Buchstabe a) des Anhangs II der Richtlinie 85/337/EWG aufgeführten Projekte angenommen hat und Artikel 2 Absätze 3, 5 und 7 der Richtlinie nur teilweise in innerstaatliches Recht umgesetzt hat. In der Rechtssache ging es vor allem darum, dass Irland für bestimmte Projektarten wie Aufforstung, wenn damit negative ökologische Veränderungen verbunden sein könnten, Rodungen und Torfabbau die Schwellenwerte so hoch angesetzt hatte, dass in der Praxis für zahlreiche Projekte, die mit erheblichen Umweltauswirkungen einhergehen, die in der Richtlinie vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung entfallen würde. Die Nichtumsetzung von Artikel 2 Absätzen 3, 5 und 7 der Richtlinie wurde von Irland nicht bestritten. Da Irland jedoch nicht alle zur Durchführung des Urteils erforderlichen Maßnahmen ergriffen hatte, übermittelte die Kommission Irland eine mit Gründen versehene Stellungnahme gemäß Artikel 228 EG-Vertrag. Die Antwort Irlands und die Rechtsvorschriften, die in diesem Zusammenhang geändert wurden, werden derzeit von der Kommission geprüft.

In seinem Urteil vom 14. Juni 2001 (Rechtssache C-230/00) stellte der Gerichtshof fest, dass Belgien für zahlreiche Arten von Plänen und Projekten, die in den Geltungsbereich dieser Richtlinie und bestimmter anderer Richtlinien fallen, stillschweigende Genehmigungen erteilt hat. Der Gerichtshof erklärte, dass eine stillschweigende Genehmigung nicht mit den Erfordernissen der Richtlinie 85/337/EG vereinbar sei, da diese vor einer Erteilung von Genehmigungen die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen vorsehe. Auf diese Weise sollen die einzelstaatlichen Behörden gezwungen werden, alle Genehmigungsanträge im Einzelfall zu prüfen.

Nachdem Italien die erforderlichen Änderungen an seinen Rechtsvorschriften verabschiedet und mitgeteilt hatte, konnte die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren (eine mit Gründen versehene Stellungnahme war 2000 übermittelt worden) gegen Italien einstellen. Das Vertragsverletzungsverfahren war eingeleitet worden, nachdem in fünf Regionen für Projekte, für die eine Genehmigung vor dem Inkrafttreten bestimmter regionaler Vorschriften zur Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt worden war, die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wurde, obwohl die Richtlinie in den Mitgliedstaaten seit dem 3. Juli 1988 (Frist für die Umsetzung der Richtlinie in geltendes Recht der Mitgliedstaaten) anwendbar ist. Die Übereinstimmung der nationalen und regionalen Rechtsvorschriften Italiens mit der Richtlinie wird derzeit geprüft.

---

<sup>17</sup> Gesetzesverordnung 278/97 vom 8. Oktober 1997.

Die Kommission erhob Klage gegen Griechenland aufgrund der mangelhaften Umsetzung von Artikel 6 Absatz 2 und Artikel 12 der Richtlinie 85/337/EWG (Rechtssache C-301/01). Ferner führte die Kommission das Verfahren gegen Spanien (Rechtssache C-474/99) fort, das 1999 aufgrund der Tatsache eingeleitet worden war, dass für die meisten in Anhang II aufgeführten Projekte keine Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben sind.

Die Kommission konnte die Klage zurücknehmen, die 1999 gegen Deutschland (Rechtssache C-24/99) erhoben worden war, nachdem Deutschland die erforderlichen Änderungen an seinen Rechtsvorschriften verabschiedet und mitgeteilt hatte. Das Verfahren war eingeleitet worden, weil – in Bezug auf das Gebiet einiger Bundesländer – versäumt worden war, in bestimmten Fällen Umweltverträglichkeitsprüfungen verbindlich vorzuschreiben.

Belgien wurde wegen der Nichtergreifung der für eine vollständige und korrekte Umsetzung von Artikel 8 der Richtlinie erforderlichen Maßnahmen (in Bezug auf die Region Flandern) eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Da Belgien auf diese mit Gründen versehene Stellungnahme nicht geantwortet hat, beschloss die Kommission, Klage beim Europäischen Gerichtshof zu erheben.

Die Kommission richtete ferner eine mit Gründen versehene Stellungnahme an das Vereinigte Königreich wegen des Versäumnisses, die Richtlinie in Bezug auf bestimmte in Anhang II aufgelistete landwirtschaftliche Tätigkeiten umzusetzen. Auch an die Niederlande wurde aufgrund der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung mehrerer Artikel der Richtlinie (darunter auch die Anhänge III und IV) eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Die Antworten des Vereinigten Königreichs und der Niederlande werden derzeit von der Kommission geprüft.

Wie bereits in den vorhergehenden Berichten über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts dargestellt, haben viele bei der Kommission eingegangene Beschwerden, schriftliche und mündliche parlamentarische Anfragen sowie zahlreiche Petitionen an das Europäische Parlament zumindest beiläufig die mutmaßlich mangelhafte Anwendung der geänderten Richtlinie 85/337/EWG durch die nationalen Behörden zum Gegenstand. Dies betrifft vor allem Projekte, wie sie in Anhang II der Richtlinie aufgeführt sind. Die Beschwerden erfordern häufig eine Untersuchung der Frage, ob die Mitgliedstaaten bei der Entscheidung, ob die Projekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden sollten oder nicht, die Grenzen ihres Entscheidungsspielraums überschritten haben. Was Beschwerden bezüglich der Qualität der Umweltverträglichkeitsstudien und deren unzureichender Berücksichtigung betrifft, so stellt die Bewertung dieser Fälle die Kommission häufig vor erhebliche Probleme. Aufgrund des im Wesentlichen formalen Charakters der Richtlinie ist es nur in begrenztem Umfang möglich, die von den nationalen Behörden getroffene Wahl der Mittel zu kritisieren, wenn diese sich dabei an das in der Richtlinie niedergelegte Verfahren gehalten haben. Die meisten Fälle mangelhafter Anwendung, die der Kommission im Zusammenhang mit dieser Richtlinie zur Kenntnis gebracht werden, beziehen sich auf konkrete Tatbestände, deren Bewertung am wirksamsten auf dezentraler Ebene, insbesondere durch die zuständigen nationalen Rechts- und Verwaltungsbehörden, erfolgt.

Es wurden verschiedene Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter Anwendung eingeleitet.

Die Kommission hat beschlossen, Klage gegen Luxemburg zu erheben, da bei der Genehmigung des Baus einer Autobahn nicht das in der Richtlinie vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsverfahren eingehalten wurde. Ebenso erhob die Kommission Klage gegen Spanien wegen der Nichtdurchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten an der Bahnstrecke Valencia-Tarragona. Gegen Spanien läuft ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen die Richtlinie im Zusammenhang mit dem Schnellstraßenprojekt Oviedo-Llanera (Asturien).

Nachdem Italien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugestellt worden war und keine diesbezügliche Antwort einging, hat die Kommission beschlossen, Klage gegen diesen Mitgliedstaat zu erheben, da nicht geprüft worden war, ob im Zusammenhang mit einem Straßenbauprojekt in Teramo (Abruzzes) gemäß Anhang II der Richtlinie die in eben dieser Richtlinie vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung hätte durchgeführt werden müssen.

Die Kommission beschloss die Klageerhebung gegen Portugal wegen der Nichtdurchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit der Erschließung eines Wohngebiets im Naturschutzgebiet von Sintra/Cascais.

Außerdem hat die Kommission mit Gründen versehene Stellungnahmen übermittelt an:

- Frankreich, da der Mitgliedstaat bestimmte kleine Projekte von der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen hat, obwohl diese erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können;
- Portugal wegen der Nichteinhaltung des in Artikel 5 und Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie vorgeschriebenen Verfahrens für Umweltverträglichkeitsprüfungen im Zusammenhang mit einem Schnellstraßenprojekt Lissabon-Algarve<sup>18</sup>;
- das Vereinigte Königreich wegen der nicht ordnungsgemäßen Anwendung von Artikel 4 der Richtlinie im Zusammenhang mit der Errichtung eines großen Freizeitentrums in Crystal Palace - einem Projekt, das unter Anhang II der Richtlinie fällt. Die Antwort des Vereinigten Königreichs wird derzeit geprüft;
- Spanien wegen der Nichteinhaltung des in der Richtlinie vorgeschriebenen Verfahrens für Umweltverträglichkeitsprüfungen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Deponie für toxische Abfälle in der Nähe des Flughafens Sondika (Bilbao). Die Antwort Spaniens wird derzeit geprüft;
- die Niederlande wegen der nicht ordnungsgemäßen Anwendung der Kriterien gemäß Anhang III der Richtlinie im Zusammenhang mit bestimmten Deichbauprojekten;
- Irland wegen der nicht ordnungsgemäßen Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei einer Reihe von Projekten (darunter Städtebau- und Straßenbauprojekte). Eine mit Gründen versehene Stellungnahme, die wegen der Nichtdurchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei mehreren miteinander verbundenen Erschließungsprojekten in Ballymun (Grafschaft Dublin) übermittelt

---

<sup>18</sup> Siehe auch den Abschnitt „Natur“ unten.

worden war, wird im Rahmen dieses Verfahrens behandelt. Eine diesbezügliche Antwort Irlands wird derzeit geprüft.

- Ferner wurden Irland zwei weitere mit Gründen versehene Stellungnahmen wegen der Nichteinhaltung des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens im Zusammenhang mit einer Reihe von Torfabbauprojekten übermittelt.

Die Kommission hat beschlossen, eine Zusatzstellungnahme an Italien zu richten, weil der Mitgliedstaat eine städtische Mülldeponie in Spoltore (Pescara) genehmigt hat, ohne das nach der Richtlinie vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren einzuhalten.

Was die an Portugal übermittelte mit Gründen versehene Stellungnahme hinsichtlich der mangelhaften Öffentlichkeitsbefragung im Zusammenhang mit bestimmten Schnellstraßenprojekten betrifft, prüft die Kommission zurzeit die Antwort Portugals. Nachdem Spanien wegen der Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Flughafens in Ciudad Real eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugestellt worden war, hat die Kommission nun weitere Informationen von den spanischen Behörden erbeten. Eine Antwort wird noch erwartet.

Nachdem zuvor eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen des Verstoßes gegen die Richtlinie im Zusammenhang mit der Genehmigung des Schnellstraßenprojekts „Acceso Norte al Puerto de Algeciras“ übermittelt worden war, kam die Kommission nach einer umfassenden technischen Prüfung zu dem Schluss, dass das Projekt nicht unter Anhang I der Richtlinie fällt. Das Verfahren wurde demzufolge eingestellt.

### **3. Luft**

Die Richtlinie 96/62/EG über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität wird mehreren Rechtsakten der Gemeinschaft als Grundlage dienen: Damit sollen neue Grenzwerte für Luftschadstoffe, auch für die in den geltenden Richtlinien bereits aufgeführten Luftschadstoffe, festgelegt, die Alarmschwellen für die Unterrichtung der Öffentlichkeit bestimmt und die Methoden für die Beurteilung der Luftqualität vereinheitlicht und verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorgesehen werden, damit ein wirksamer Schutz der menschlichen Gesundheit und der Ökosysteme gewährleistet wird.

Die Umsetzungsfrist für Artikel 3 der Richtlinie lief am 21. Mai 1998 ab. Ende 2001 waren alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Spanien ihrer Verpflichtung zur Mitteilung einschlägiger Maßnahmen zur Umsetzung von Artikel 3 nachgekommen. Aus diesem Grund erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Spanien (Rechtssache C-417/99). In seinem Urteil vom 13. September 2001 stellte der Gerichtshof fest, dass der Mitgliedstaat versäumt hat, innerhalb der vorgeschriebenen Frist die Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen, die erforderlich sind, um die in Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie erwähnten zuständigen Behörden und Stellen zu benennen.

Alle anderen Artikel der Richtlinie mussten bis zum 19. Juli 2001 umgesetzt werden. Ende 2001 hatten Belgien (Flandern), das Vereinigte Königreich, Irland, Griechenland, Spanien und Deutschland noch keine einschlägigen nationalen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt.

Für die Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren



für mobile Maschinen und Geräte waren bis spätestens 30. Juni 1998 Umsetzungsmaßnahmen zu ergreifen. Ende 2001 war diese Richtlinie schließlich von Mitgliedstaaten umgesetzt worden. Frankreich hatte die im Zusammenhang mit dieser Richtlinie erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und der Kommission mitgeteilt, nachdem der Gerichtshof Frankreich wegen der Nichtmitteilung einschlägiger Umsetzungsmaßnahmen verurteilt hatte (Urteil vom 23. November 2000 in der Rechtssache C-320/99).

Für die Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG<sup>19</sup> des Rates musste die Umsetzung bis zum 1. Juli 1999 erfolgen. Die Kommission erhob Klage gegen das Vereinigte Königreich wegen Nichtmitteilung einschlägiger Umsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Gibraltar (Rechtssache C-30/01). Diese Klage ist Teil der umfassenderen Maßnahmen, die die Kommission gegen das Vereinigte Königreich ergriffen hat, weil der Mitgliedstaat die Auffassung vertritt, dass die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich des freien Warenverkehrs für Gibraltar (siehe unten) nicht umzusetzen seien. Ende 2001 hatten alle anderen Mitgliedstaaten hinsichtlich der Richtlinie einschlägige Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und mitgeteilt.

Für die Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG<sup>20</sup> waren bis spätestens 1. Juli 2000 Umsetzungsmaßnahmen zu treffen. Ende 2001 waren Deutschland, Italien und das Vereinigte Königreich (für einen Teil seines Hoheitsgebiets) noch immer nicht ihrer Verpflichtung nachgekommen, einschlägige Umsetzungsmaßnahmen zu verabschieden und mitzuteilen. Folglich führte die Kommission die Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen gegen diese Mitgliedstaaten fort.

Für mehrere Richtlinien im Bereich Luftqualität lief 2001 die Umsetzungsfrist ab.

Für die Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen<sup>21</sup> lief die Umsetzungsfrist am 18. Januar 2001 ab. Ende 2001 hatten sieben Mitgliedstaaten (Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Portugal, das Vereinigte Königreich und Griechenland) noch keine einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und der Kommission mitgeteilt. Die Kommission hat daher beschlossen, gegen diese Mitgliedstaaten Klage wegen Nichtmitteilung zu erheben.

Die Entscheidung Nr. 1753/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 2000 zur Einrichtung eines Systems zur Überwachung der durchschnittlichen spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen neuer Personenkraftwagen gibt den Mitgliedstaaten zwei Fristen vor: eine für die Erfassung, Übermittlung und Überwachung der Daten sowie für die Mitteilung der Durchführung (28. Februar 2001) und eine für die Übermittlung der Angaben im Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personenkraftwagen (1. Juli 2001). Die

---

<sup>19</sup> ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58.

<sup>20</sup> ABl. L 121 vom 11.5.1999, S.13.

<sup>21</sup> ABl. L 12 vom 18.1.2000, S.16.

Kommission hat gegen elf Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da sie die erforderlichen Informationen nicht innerhalb der genannten Fristen übermittelt haben.

Die Richtlinie 1999/13/EG des Rates vom 11. März 1999 über die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, die bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen bei der Verwendung organischer Lösungsmittel entstehen<sup>22</sup>, war bis zum 1. April 2001 umzusetzen. Ende 2001 hatten nur fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Luxemburg, Portugal, Schweden und die Niederlande) in vollem Umfang Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie verabschiedet und mitgeteilt. Die Kommission führt daher die Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung gegen alle anderen Mitgliedstaaten fort.

Umsetzungsfrist für die Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft<sup>23</sup> war der 19. Juli 2001. Ende 2001 hatten nur sechs Mitgliedstaaten (Österreich, Dänemark, Niederlande, Finnland, Luxemburg und Schweden) einschlägige Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und der Kommission mitgeteilt. Gegen alle anderen Mitgliedstaaten wurden die Vertragsverletzungsverfahren fortgesetzt.

Umsetzungsfrist für die Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 zur Anpassung der Messmethoden gemäß den Anhängen I, II, III und IV der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates an den technischen Fortschritt war der 1. Januar 2001. Ende 2001 hatten drei Mitgliedstaaten (Österreich, Griechenland und Italien) noch keine einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und der Kommission mitgeteilt. Die Kommission hat daher beschlossen, gegen diese drei Mitgliedstaaten Klage wegen Nichtmitteilung zu erheben.

Darüber hinaus wurden im Bereich Luftqualität folgende Maßnahmen wegen Nichtübereinstimmung ergriffen:

- Die Kommission übermittelte Italien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Verabschiedung von Rechtsvorschriften, die die Verwendung von FCKW in bestimmten Feuerlöschsystemen zulassen, was einen Verstoß gegen die Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, darstellt.
- Die Kommission beschloss, Österreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten wegen bestimmter österreichischer Vorschriften, die nicht mit Artikel 5 und Anhang I der Richtlinie 92/72/EWG des Rates über die Luftverschmutzung durch Ozon vereinbar sind.
- Die Kommission übermittelte Österreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Nichtumsetzung der Richtlinie 89/369/EWG des Rates über die Verhütung der Luftverunreinigung durch neue Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll und der Richtlinie 89/429/EWG des Rates zur Verringerung der Luftverunreinigung durch bestehende Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll. Da

---

<sup>22</sup> ABl. L 85 vom 29.3.1999, S. 1.

<sup>23</sup> ABl. L 163 vom 29.6.1999, S. 41.

die von Österreich übermittelte Antwort der Kommission nicht ausreichte, beschloss sie, in diesem Zusammenhang Klage gegen den Mitgliedstaat zu erheben.

- Die Kommission beschloss, Schweden eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten, da der Mitgliedstaat den Begriff „Neuanlage“ nicht entsprechend der Richtlinie 88/609/EWG des Rates zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft definiert hat.

Außerdem wurden auch Maßnahmen wegen der mangelhaften Anwendung der Richtlinie 89/369/EWG des Rates über die Verhütung der Luftverunreinigung durch neue Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll eingeleitet. So hielt die Kommission die Klage gegen Spanien (C-139/00) aufrecht, die wegen der Genehmigung von Verbrennungsanlagen, die gegen die Vorschriften der Richtlinie verstoßen, eingeleitet worden war. Wegen eines Verstoßes gegen eben diese Richtlinie erhob die Kommission ferner Klage gegen Frankreich.

#### **4. Wasser**

Die Kontrolle der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in Bezug auf die Wasserqualität stellt weiterhin einen wichtigen Arbeitsbereich der Kommission dar. Dies erklärt sich aus den zahlreichen und umfangreichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus dem einschlägigen Gemeinschaftsrecht sowie aus der zunehmenden Sensibilisierung der Bürger für Fragen der Wasserqualität.

Hinsichtlich der Richtlinie 75/440/EWG über das Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung sind mehrere Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Sie beziehen sich vor allem auf die Festlegung systematischer Aktionspläne (Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie), die als wichtiges Instrument für den Gewässerschutz (Nitrate, Pestizide usw.) gelten, sowie auf die Voraussetzungen für die Ausnahmen nach Artikel 4 Absatz 3.

In seinem Urteil vom 8. März 2001 (Rechtssache C-266/99) stellte der Gerichtshof fest, dass Frankreich gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 4 der Richtlinie 75/440/EWG des Rates verstoßen hat, da der Mitgliedstaat nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, um sicherzustellen, dass die Qualität des Oberflächenwassers für die Trinkwassergewinnung den nach Artikel 3 der Richtlinie festgelegten Werten entspricht. Da Frankreich keine Maßnahmen zur Durchführung des Urteils ergriffen hat, beschloss die Kommission dem Mitgliedstaat eine schriftliche Aufforderung zur Äußerung gemäß Artikel 228 des EG-Vertrags zu übermitteln.

Andererseits konnte die Kommission die Klage zurücknehmen, die beim Gerichtshof gegen Italien (Rechtssache C-375/00) wegen der Nichtfestlegung eines systematischen Aktionsplans für die Lombardei erhoben worden war, nachdem der Mitgliedstaat der Kommission den geforderten Aktionsplan übermittelt hatte.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 76/160/EWG über die Qualität der Badegewässer ist festzustellen, dass die Badegewässer zunehmend überwacht werden, und dass sich die Qualität dieser Gewässer verbessert. Trotz dieser Fortschritte laufen gegen zahlreiche Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren weiter, da die Anforderungen der Richtlinie bei weitem noch nicht vollständig erfüllt werden.

Die Kommission beschloss, die gemäß Artikel 228 gegen das Vereinigte Königreich erhobene Klage (Rechtssache C-85/01) wegen der Nichtbefolgung des Urteils des Gerichtshofs vom 14. Juli 1993 (Rechtssache C-56/90) hinsichtlich bestimmter Badegewässer der Fylde Coast im Nordwesten Englands zurückzunehmen, da inzwischen alle in Frage stehenden Badegewässer den festgelegten Grenzwerten entsprechen.

Die Kommission erhob gemäß Artikel 228 Klage gegen Spanien (Rechtssache C-278/01) wegen der Nichtbefolgung des Urteils des Gerichtshofs vom 12. Februar 1998 (Rechtssache C-92/96), in dem der Gerichtshof festgestellt hatte, dass Spanien die Qualität der Binnenbadegewässer nicht in der Weise verbessert hat, dass sie den in der Richtlinie festgelegten Grenzwerten entspricht.

Am 8. Juni 1999 erließ der Gerichtshof sein Urteil in der Rechtssache C-198/97, in dem er feststellte, dass Deutschland seine Verpflichtungen im Hinblick auf die Qualität der Gewässer und die Häufigkeit der Probenahmen nicht erfüllte. Was den Zustand der Badegewässer betrifft, so wird die Kommission die Entwicklung in Deutschland anhand des jährlichen Berichts der Kommission über die Qualität der Badegewässer weiter verfolgen. Ende 2001 war das im Jahr 2000 gegen Deutschland gemäß Artikel 228 eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtbefolgung des oben genannten Urteils noch nicht abgeschlossen.

In seinem Urteil vom 25. Mai 2000 (Rechtssache C-307/98) stellte der Gerichtshof fest, dass Belgien ohne angemessene Begründung zahlreiche Badegebiete an Binnengewässern aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen hat und nicht innerhalb von zehn Jahren nach Bekanntgabe der Richtlinie alle Maßnahmen erlassen hat, um sicherzustellen, dass die in der Richtlinie festgelegten Grenzwerte eingehalten werden. Die Antwort Belgiens auf das Aufforderungsschreiben, das die Kommission dem Mitgliedstaat gemäß Artikel 228 des Vertrags wegen der Nichtbefolgung des oben genannten Urteils zugeleitet hat, wird derzeit geprüft.

Die Kommission veröffentlicht jährlich einen Bericht über die Qualität der Badegewässer, um die Einhaltung der in der Richtlinie 76/160/EWG genannten Parameter hinsichtlich der Qualität der Gewässer und der Häufigkeit der Probenahmen zu überprüfen. Nachstehend wird beschrieben, wie sich die aufgrund der Erkenntnisse dieser Berichte eingeleiteten horizontalen Vertragsverletzungsverfahren im Laufe des Jahres 2001 entwickelt haben.

Der Gerichtshof verurteilte drei Mitgliedstaaten wegen der nur unzulänglichen Qualität ihrer Gewässer bzw. wegen unzureichender Häufigkeit von Probenahmen: Frankreich (Rechtssache C-147/00, Urteil vom 15. März 2001), das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-427/00, Urteil vom 13. November 2001) und Schweden (Rechtssache C-368/00, Urteil vom 14. Juni 2001). Die Kommission führte die gegen die Niederlande erhobene Klage fort (Rechtssache C-268/00) und erhob aus ähnlichen Gründen ferner Klage gegen Portugal (Rechtssache C-272/01) und Dänemark (Rechtssache C-226/01). Die aus demselben Grund eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Finnland und Italien konnten in Anbetracht der Erkenntnisse, die sich aus dem Kommissionsbericht über den Zustand der Badegewässer für die Badesaison 2000 ergaben, eingestellt werden.

Außerdem beschloss die Kommission die Klageerhebung gegen Frankreich, da der Mitgliedstaat nicht die geforderten Informationen über den Zustand der französischen Badegewässer in der Badesaison 1999 übermittelt hat.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie 76/464/EWG betreffend die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft sowie der Richtlinien, in denen spezifische Werte für einzelne Stoffe festgelegt sind, wurden gegen die meisten Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Bis Ende 2001 waren Urteile in den Rechtssachen ergangen, die gegen eine Reihe von Mitgliedstaaten wegen fehlender Programme mit Qualitätszielen zur Verringerung der Verschmutzung durch die in der Richtlinie genannten Stoffe eingeleitet worden waren: Luxemburg (Rechtssache C-206/96), Spanien (Rechtssache C-214/96), Italien (Rechtssache C-285/96), Belgien (Rechtssache C-207/97), Griechenland (Rechtssache C-384/97), Deutschland (Rechtssache C-184/97), Portugal (Rechtssache C-261/98) und die Niederlande (Rechtssache C-152/98). Die betreffenden Länder haben bisher keine hinreichenden Maßnahmen mitgeteilt, um die Einhaltung von Artikel 7 der Richtlinie zu gewährleisten. Die Kommission führt die Vertragsverletzungsverfahren gegen Luxemburg, Spanien und Italien fort, die gemäß Artikel 228 wegen der Nichtdurchführung der oben genannten Urteile eingeleitet worden waren. Ferner wurde in dieser Sache ein Verfahren gegen Belgien, Griechenland und Portugal eingeleitet. Die von Deutschland und Belgien Ende 2001 mitgeteilten Maßnahmen werden derzeit von der Kommission geprüft.

Ferner erhob die Kommission in ähnlicher Sache Klage gegen Frankreich (C-130/01). Nach Prüfung der zusätzlichen Maßnahmen, die von Irland mitgeteilt worden waren, kam die Kommission zu dem Schluss, dass die zuvor getroffene Entscheidung, beim Gerichtshof Klage gegen Irland zu erheben, gerechtfertigt ist, und beschloss die unverzügliche Ausführung der Entscheidung.

Die Kommission konnte das Verfahren, das wegen der Nichtbefolgung des Urteils vom 11. Juni 1998 (verbundene Rechtssachen C-232/95 und C-233/95) gemäß Artikel 228 gegen Griechenland eingeleitet worden war, einstellen, da der Mitgliedstaat inzwischen Programme mit Qualitätszielen zur Verringerung der Verschmutzung durch Stoffe der Liste II des Anhangs der Richtlinie 76/464/EWG für den Vegorit-See und den Pagasitikos-Golf aufgestellt hat.

Die Kommission beabsichtigt, den Mitgliedstaaten die Annahme von Programmen gemäß Artikel 7 der Richtlinie 76/464/EWG durch Erstellung eines einschlägigen Leitfadens zu erleichtern. Mit diesem Leitfaden möchte die Kommission die Mitgliedstaaten sowohl bei der Umsetzung dieser Richtlinie (Artikel 7 der Richtlinie 76/464/EWG) als auch der neuen Wasser-Rahmenrichtlinie 2000/60/EG unterstützen. Der Leitfaden wird acht Punkte vorsehen, die in den Programmen zur Verringerung der Verschmutzung zu berücksichtigen sind.

Nach Prüfung der in Bezug auf einen Nahrungsmittelbetrieb in Santo Tirso ergriffenen Maßnahmen (sprich dem Bau einer Abwasserbehandlungsanlage) und der Erkenntnisse, die sich aus der Überwachung durch die portugiesischen Behörden ergeben haben, kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Ableitungen den Anforderungen der Richtlinie 76/464/EWG genügen. Aus diesem Grunde wurde das Verfahren eingestellt.

Nachdem die Kommission bereits beschlossen hatte, beim Gerichtshof Klage gegen das Vereinigte Königreich wegen unzureichender Ausweisung der von der Richtlinie 79/923/EWG über Muschelgewässer betroffenen Gewässer sowie wegen der unterlassenen Aufstellung von Programmen zur Verringerung der Verunreinigung und Unzulänglichkeiten bei der angemessenen Überwachung der betreffenden Gewässer zu erheben, konnte die

Kommission das Verfahren einstellen, da der Mitgliedstaat inzwischen eine beträchtliche Zahl neu ausgewiesener Muschelgewässer und die entsprechenden Programme zur Verringerung der Verunreinigung sowie Überwachungsmaßnahmen mitgeteilt hat.

Da Irland keine Programme gemäß Artikel 5 der Richtlinie aufgestellt hat, wurde dem Mitgliedstaat von der Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet.

Die Kommission führt das Verfahren gegen Irland (Rechtssache C-316/00) fort, das beim Gerichtshof wegen mangelhafter Anwendung der Richtlinie 80/778/EWG anhängig ist. So hatte die irische Agentur für Umweltschutz festgestellt, dass - insbesondere im Trinkwasser im ländlichen Raum - häufig mikrobiologische Schadstoffe vorhanden waren.

Die Kommission beschloss, das Verfahren gegen Portugal einzustellen, das eingeleitet worden war, da dieser Mitgliedstaat für die Azoren keine Grenzwerte für die in Anhang I der Richtlinie 80/778/EWG aufgeführten Parameter festgelegt hatte.

Aufgrund der schlechten Qualität des Trinkwassers in mehreren Städten der Provinz Alicante (Javea, Denia, Teulada-Moraira, Benitachell, Muchamiel, Bussot und Aigues) richtete die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Spanien. Die Kommission hat von den spanischen Behörden umfassendere Informationen angefordert, um die auf diese Stellungnahme übermittelte Antwort abschließend prüfen zu können. Ferner wurde Spanien wegen der Verschmutzung der als für die Trinkwassergewinnung ausgewiesenen Gewässer, die auf die zunehmende Zahl von Schweinehaltungsbetrieben in der Region Baix Ter in der Provinz Gerona (Katalonien) zurückzuführen ist, eine weitere mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet.

Ferner leitete die Kommission Frankreich wegen der mangelhaften Anwendung der Richtlinie 80/778/EWG zwei mit Gründen versehene Stellungnahmen zu. Aufgrund der von den französischen Behörden übermittelten Antwort war sie jedoch in der Lage, die Verfahren einzustellen. Im ersten Fall ging es um die in acht französischen Gemeinden festgestellten Höchstkonzentrationswerte von Blei im Trinkwasser. Der zweite Fall betraf einen Verstoß gegen die Artikel 7, 8 und 12 der Richtlinie 80/778/EWG in Martinique.

Die Richtlinie 98/83/EG des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch vom 3. November 1998, die ab dem Jahre 2003 die Richtlinie 80/778/EWG ablösen soll<sup>24</sup>, musste spätestens zum 25. Dezember 2000 in einzelstaatliches Recht umgesetzt werden. Die Einhaltung der neuen Grenzwerte aufgrund der neuen Richtlinie kann jedoch möglicherweise bereits jetzt die Durchführung von Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten erforderlich machen. Ende 2001 hatten sechs Mitgliedstaaten (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich) noch keine (vollständigen) Umsetzungsmaßnahmen für diese Richtlinie verabschiedet und mitgeteilt. Aus diesem Grunde hat die Kommission die Klageerhebung gegen diese Mitgliedstaaten beschlossen.

Das Gemeinschaftsrecht enthält zwei Instrumente zur Verringerung des spezifischen Problems der Verunreinigung durch Phosphate und Nitrate und der daraus resultierenden Eutrophierung.

---

<sup>24</sup> ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 32.

Das erste dieser beiden Instrumente ist die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser. Danach müssen die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass alle Kommunen je nach ihrer Einwohnerzahl ab 1998, 2000 bzw. 2005 mit einem Abwasserkanalisations- und -aufbereitungssystem ausgestattet sind. Somit hat die Kommission künftig zusätzlich zur Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen und zur Übereinstimmung dieser Maßnahmen auch Fälle mangelhafter Anwendung zu kontrollieren. Da diese Richtlinie für die Verbesserung der Gewässerqualität und die Bekämpfung der Eutrophierung von grundsätzlicher Bedeutung ist, legt die Kommission besonderen Wert auf ihre fristgerechte Umsetzung.

Die Kommission erhob beim Gerichtshof Klage gegen Spanien (Rechtssache C-419/01) wegen der unzureichenden und nicht ordnungsgemäßen Ausweisung von empfindlichen Gebieten gemäß Artikel 5 der Richtlinie.

Die von der Kommission beim Gerichtshof erhobenen Klagen gegen Italien (Rechtssache C-396/00) wegen Nichtaufbereitung des kommunalen Abwassers im Großraum Mailand und gegen Österreich wegen Nichtübereinstimmung der Umsetzung der Richtlinie hinsichtlich der Fristen für die Sammlung und Aufbereitung des kommunalen Abwassers sind weiterhin anhängig. In seinen Schlussanträgen vom 11. Dezember 2001 stellte der Generalanwalt fest, dass Italien seinen Verpflichtungen nach Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie nicht nachgekommen ist, da bis zum 31. Dezember 1998 nicht sichergestellt war, dass das kommunale Abwasser der Stadt Mailand einer Zweitbehandlung oder gleichwertigen Behandlung gemäß Artikel 4 der Richtlinie unterzogen wird.

Die Kommission hat beschlossen, beim Gerichtshof Klage gegen Deutschland zu erheben, da der Mitgliedstaat nicht nachgewiesen hat, dass die in Deutschland angewandten Überwachungsmethoden mit den in Anhang I Abschnitt D genannten Referenzmethoden der Richtlinie gleichwertig sind.

Wegen mehrerer Verstöße gegen die Richtlinie beschloss die Kommission ferner, Klage gegen Belgien, Frankreich und Griechenland zu erheben. Die Klage gegen Belgien betrifft die verspätete Durchführung der Richtlinie in Bezug auf den Bau einer Kanalisation und von Kläranlagen. Die Klage gegen Frankreich betrifft die mangelhafte Ausweisung empfindlicher Gebiete und die nur unzureichende Abwasserbehandlung.

Was Griechenland betrifft, so beschloss die Kommission, Klage beim Gerichtshof zu erheben, da der Mitgliedstaat in Bezug auf die Region Elefsina seinen Verpflichtungen nach Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 91/271/EWG nicht nachgekommen ist. Außerdem führt die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland in Bezug auf eine Kläranlage in Psittalia/Athen (Beschluss der Klageerhebung 2001) und eine Kläranlage in Thessaloniki (eine mit Gründen versehene Stellungnahme wurde 2001 übermittelt) fort.

Ferner leitete die Kommission dem Vereinigten Königreich wegen der nicht korrekten Ausweisung und Überprüfung empfindlicher und weniger empfindlicher Gebiete gemäß der Richtlinie 91/271/EWG eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu. Die vom Vereinigten Königreich übermittelte Antwort wird derzeit unter technischen Gesichtspunkten geprüft.

Als zweites Instrument zur Bekämpfung der Eutrophierung ist die Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen

zu nennen. Die Kommission ist weiterhin in hohem Maße um eine Durchsetzung dieser Richtlinie bemüht.

In seinem Urteil vom 13. April 2000 (Rechtssache C-274/98) stellte der Gerichtshof einen Verstoß Spaniens fest, da der Mitgliedstaat keine Aktionsprogramme im Sinne von Artikel 5 der Richtlinie aufgestellt hatte. Anschließend übermittelte die Kommission dem Mitgliedstaat ein Aufforderungsschreiben gemäß Artikel 228 wegen der Nichtdurchführung dieses Urteils. Nachdem Spanien die Aufstellung aller erforderlichen Aktionsprogramme mitgeteilt hat, konnte die Kommission das Verfahren einstellen.

Am 8. November 2001 sprach der Gerichtshof sein Urteil in Bezug auf die Klage gegen Italien (Rechtssache C-127/99), die im Zusammenhang mit der Aufstellung der Aktionsprogramme und der Übermittlung der Berichte erhoben worden war. Darin stellte der Gerichtshof einen Verstoß Italiens fest, da der Mitgliedstaat versäumt hatte, Aktionsprogramme im Sinne von Artikel 5 dieser Richtlinie festzulegen, die Messungen gemäß Artikel 6 dieser Richtlinie durchzuführen und der Kommission einen Bericht im Sinne von Artikel 10 dieser Richtlinie vorzulegen.

In seinen Schlussanträgen vom 29. November 2001 in der Rechtssache C-258/00 gegen Frankreich schloss sich der Generalanwalt Geelhoed der Argumentation der Kommission an und forderte den Gerichtshof auf, einen Verstoß Frankreichs gegen Artikel 3 und Anhang I der Richtlinie wegen der unzureichenden Ausweisung von gefährdeten Gebieten festzustellen.

Die Kommission erhob beim Gerichtshof Klage gegen Irland (Rechtssache C-396/01) wegen der Nichtausweisung gefährdeter Gebiete und beschloss ferner, Klage gegen Belgien zu erheben wegen der Nichtübereinstimmung in Bezug auf die nationalen Umsetzungsmaßnahmen, die Aufstellung von Regeln der guten Praxis und die Ausweisung gefährdeter Gebiete.

Die Kommission leitete Portugal und Schweden wegen der unzureichenden Ausweisung von gefährdeten Gebieten mit Gründen versehene Stellungnahmen zu.

Die Verfahren gegen Deutschland (Rechtssache C-161/00) wegen Nichtübereinstimmung der eingeführten Aktionsprogramme und gegen die Niederlande (Rechtssache C-322/00) wegen verschiedener Unzulänglichkeiten der Aktionsprogramme sind weiterhin anhängig. In seinen Schlussanträgen in der Rechtssache C-161/00 vom 4. Oktober 2001 stellt der Generalanwalt fest, dass Deutschland seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 5 Absatz 4 und Anhang III Punkt 2 der Richtlinie nicht nachgekommen ist.

Die 1999 gegen Griechenland beschlossene Klage wegen fehlender Aktionsprogramme, nicht erfolgter Aufstellung von Regeln der guten landwirtschaftlichen Praxis und bestimmten Kontrollmaßnahmen konnte dagegen zurückgenommen werden, nachdem Griechenland alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hatte.

Die Kommission erhob vor dem Gerichtshof Klage gegen Belgien wegen der mangelhaften Anwendung der Artikel 3, 5, 10 und 12 der Richtlinie und zwar insbesondere wegen der unzureichenden Ausweisung von Gewässern, die von Verunreinigung betroffen sind bzw. von Verunreinigung betroffen werden könnten, der unzureichenden Ausweisung gefährdeter Gebiete und der Nichtveröffentlichung von Aktionsprogrammen für die gefährdeten Gebiete.



In seinem Urteil vom 7. Dezember 2000 (Rechtssache C-69/99) stellte der Gerichtshof einen Verstoß des Vereinigten Königreichs gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie fest, da es nicht alle erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hatte, um den Verpflichtungen aus Artikel 3 Absätzen 1 und 2 (Ausweisung der gefährdeten Gebiete) sowie aus Artikel 5 (Aufstellung von Aktionsprogrammen) nachzukommen. Da das Vereinigte Königreich immer noch keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Erfüllung der Anforderungen gemäß Artikel 3 Absätzen 1 und 2 sicherzustellen, hat die Kommission dem Mitgliedstaat ein Aufforderungsschreiben gemäß Artikel 228 zugestellt.

In seinem Urteil vom 8. März 2001 stellte der Gerichtshof fest, dass Luxemburg (Rechtssache C-266/00) gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie verstoßen hat, da der Mitgliedstaat nicht alle erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen ergriffen hat, um verschiedenen Bestimmungen der Richtlinie nachzukommen.

Die Kommission konnte das Verfahren gegen Finnland wegen Unzulänglichkeiten der Aktionsprogramme im Zusammenhang mit Sperrzeiten, den Kapazitäten von Tanks und Regeln für die Ausbringung von Dünger einstellen, nachdem der Mitgliedstaat nach der Zustellung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme neue Maßnahmen verabschiedet und mitgeteilt hat.

Die Kommission beschloss ferner, im Hinblick auf die Richtlinie 91/692/EWG zur Vereinheitlichung und zweckmäßigen Gestaltung der Berichte im Gewässerbereich Klage gegen Belgien zu erheben. Nach Prüfung der von Belgien übermittelten Antworten musste festgestellt werden, dass Belgien (was die Hauptstadtregion Brüssel betrifft) für mehrere Gewässerschutz-Richtlinien noch immer nicht alle Berichte übermittelt hat.

In seinem Urteil vom 12. Dezember 2000 (Rechtssache C-435/99) stellt der Gerichtshof fest, dass die Portugiesische Republik dadurch, dass sie der Kommission bis 1999 keine Berichte zu Gewässerschutz-Richtlinien übermittelt hat, gegen seine Verpflichtungen aus den betreffenden Richtlinien verstoßen hat. Da es nachträglich nicht mehr möglich war, die Informationen für fragliche Jahre zu erhalten, hat die Kommission das Verfahren eingestellt.

## **5. Natur**

Die beiden wesentlichsten Rechtsinstrumente zum Schutz der Natur sind die Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Bei der Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG konnten verschiedene Probleme hinsichtlich der Übereinstimmung noch nicht gelöst werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Jagd und Ausnahmen von der Schutzpflicht (Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 9).

So stellte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 7. Dezember 2000 gegen Frankreich im Zusammenhang mit den Terminen für die Eröffnung und Beendigung der Jagdsaison für Zugvögel in Frankreich (Rechtssache C-38/99) fest, dass Frankreich Artikel 7 Absatz 4 der Richtlinie nicht korrekt umgesetzt, nicht alle Maßnahmen zur Umsetzung für sein gesamtes Staatsgebiet mitgeteilt und diese Bestimmung nicht korrekt durchgeführt hat. Die neue Regelung hinsichtlich der Jagdzeiten, die von Frankreich im Jahr 2000 verabschiedet wurde, wirft in Bezug auf Artikel 7 Absatz 4 der Richtlinie weiterhin Probleme auf.

In seinem Urteil vom 17. Mai 2001 (Rechtssache C-159/99) stellte der Gerichtshof fest, dass die Italienische Republik dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten verstoßen hat, dass sie eine Regelung eingeführt hat, die den Fang und die Haltung der Arten *Passer italiae*, *Passer montanus* und *Sturnus vulgaris* (unter Verstoß gegen die Artikel 5 und 7 in Verbindung mit Anhang II der Richtlinie 79/409/EWG) erlaubt.

Die Kommission beschloss die Klageerhebung gegen Schweden wegen mangelhafter Umsetzung von Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 79/409/EWG (wie ersetzt durch Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie 92/43/EWG), Artikel 6 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 79/409/EWG.

Außerdem beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland wegen der Dauer der Jagdsaison zu erheben. Die Ausführung dieses Beschlusses wurde jedoch vorerst ausgesetzt, um die jüngst mitgeteilte Änderung des Ministerialbeschlusses in Bezug auf die Dauer der Jagdsaison zu prüfen.

Die Kommission richtete eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland und beschloss die Klageerhebung gegen diesen Mitgliedstaat, da die deutschen Jagdgesetze gegen Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie 79/409/EWG verstoßen.

Die deutschen Rechtsvorschriften geben eine Reihe von Wildenten zur Jagd frei, die nach der Richtlinie 79/409/EWG nicht zur Jagd freigegeben werden dürfen. Außerdem lassen die deutschen Rechtsvorschriften die Jagd auf einige Arten auch während der Nacht und in Zeiten zu, die nach der Richtlinie als Schutzzeiten gelten.

Die Kommission übermittelte Finnland eine Zusatzstellungnahme wegen der Nichtübereinstimmung der finnischen Jagdgesetzgebung mit Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 9 der Richtlinie (Jagd auf bestimmte Wasservogelarten während des Frühjahrs, Jagdsaison für bestimmte sonstige Vogelarten).

Im Anschluss an die mit Gründen versehene Stellungnahme, die Spanien Anfang 2000 im Zusammenhang mit der Jagd auf Zugvögel in Guipúzcoa übermittelt wurde, ist die Kommission gegenwärtig mit der Prüfung der Antwort Spaniens befasst.

Die Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit den Jagdpraktiken in zwei besonderen Schutzgebieten (Baie de Canche und Platier d'Oye) in Frankreich wurden eingestellt, da eine Unvereinbarkeit dieser Praktiken mit den Erhaltungszielen der Richtlinie nicht festgestellt werden konnte.

Im Laufe des Jahres 2000 wurden außerdem weitere Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtübereinstimmung mit der Richtlinie 79/409/EWG eingeleitet.

So erhob die Kommission Klage gegen Belgien wegen der fehlenden Umsetzung von Artikel 5 Buchstaben c) und e) und von Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 79/409/EWG (Rechtssache C-377/01) und wegen der mangelhaften Umsetzung von Artikel 4 Absätzen 1, 2 und 4 sowie von Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG (Rechtssache C-415/01).

Die Kommission leitete den Niederlanden eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu, da der Mitgliedstaat die Entnahme von Kiebitzeiern (*Vanellus vanellus*) in großem Umfang

genehmigt hat, was im Widerspruch zu den Anforderungen der Artikel 5 und 9 der Richtlinie steht.

Die Kommission übermittelte Spanien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Genehmigung der Jagd mit Leimruten (eine nicht-selektive Jagdmethode) in der Autonomen Region Valencia, was einen Verstoß gegen Artikel 8 und Anhang IV Buchstabe a) der Richtlinie darstellt.

Die Kommission leitete Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu wegen der Genehmigung von Jagdpraktiken, die den Anforderungen von Artikel 7 Absätzen 3 und 4 und Artikel 8 der Richtlinie nicht in vollem Umfang entsprechen.

Ende 2000, d. h. etwa sechseinhalb Jahre nach Ablauf der Frist vom Juni 1994 hat nun endlich auch der letzte Mitgliedstaat der Kommission seine Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG mitgeteilt. Allerdings bleibt die Umsetzung in vielen Fällen unzureichend, insbesondere in Bezug auf Artikel 6 über den Schutz der Lebensräume in den künftigen besonderen Schutzgebieten und Artikel 12 bis 16 über den Artenschutz.

So stellte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 6. Juni 2000 (Rechtssache C-256/98) fest, dass Frankreich dadurch gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie verstoßen hat, dass es nicht innerhalb der festgesetzten Frist alle erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, um Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie nachzukommen. Das auf der Grundlage von Artikel 228 gegen Frankreich eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wurde jedoch eingestellt, nachdem der Mitgliedstaat Ende Dezember 2001 einschlägige Umsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Artikel 6 der Richtlinie mitgeteilt hat.

Die Kommission hat ferner vor dem Gerichtshof Klage gegen Luxemburg (Rechtssache C-75/01) und Belgien (Rechtssache C-324/01) erhoben, da diese Mitgliedstaaten verschiedene Bestimmungen der Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben.

Die Kommission beschloss, vor dem Gerichtshof Klage gegen Portugal zu erheben, da der Mitgliedstaat mehrere Bestimmungen der Richtlinie 92/43/EWG und Richtlinie 79/409/EWG nicht ordnungsgemäß umgesetzt hat.

Auch gegen Schweden wurde Klage wegen mangelhafter Umsetzung der Artikel 4 Absatz 5, Artikel 5 Absatz 4, Artikel 6 Absätze 2 bis 4 sowie Artikel 15 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG erhoben (Rechtssache C-279/01).

Die Kommission beschloss, wegen der mangelhaften Umsetzung der Artikel 5, 6 und 7 der Richtlinie vor dem Gerichtshof Klage gegen Italien zu erheben.

Die Kommission leitete dem Vereinigten Königreich wegen der Nichtumsetzung mehrerer Bestimmungen der Richtlinie 92/43/EWG eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu. Aus demselben Grund (wie auch wegen der mangelhaften Umsetzung von Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 79/409/EWG) wurde auch den Niederlanden eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Das Vereinigte Königreich hat eine Antwort auf die Stellungnahme sowie weitere Informationen übermittelt, die derzeit unter technischen Gesichtspunkten geprüft werden.

Die Kommission leitete Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu, da die französischen Rechtsvorschriften, was den Schutz von Wölfen betrifft, nicht mit der Richtlinie 92/43/EWG übereinstimmen. Nach Prüfung der Antwort Frankreichs auf diese Stellungnahme, konnte die Kommission das Verfahren einstellen, da diese Bestimmungen außer Kraft gesetzt wurden.

Wie in der Vergangenheit liegen die Hauptprobleme bei der Anwendung der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG weiterhin in der Ausweisung und im Schutz der Gebiete und Lebensräume, ganz gleich ob es um die Klassifizierung als besondere Schutzgebiete für Vögel oder um die Einbeziehung in das Netz Natura 2000 und den Schutz der natürlichen Lebensräume geht.

Wie in der vorhergehenden Ausgabe des vorliegenden Berichts dargestellt, wirft die Klassifizierung von Gebieten als besondere Schutzgebiete für wildlebende Vogelarten gemäß Artikel 4 der Richtlinie 79/409/EWG (sofern die objektiven ornithologischen Kriterien für eine derartige Einstufung erfüllt sind) in mehreren Mitgliedstaaten weiterhin Schwierigkeiten auf.

In mehreren wichtigen Einzelfällen verfolgt die Kommission mit Nachdruck Vertragsverletzungsverfahren.

1999 erließ der Gerichtshof zwei Urteile gegen Frankreich. In seinem ersten Urteil (Rechtssache C-166/97) stellte der Gerichtshof fest, dass Frankreich gegen Artikel 4 Absatz 1 und 2 der Richtlinie verstoßen hat, da es im Mündungsgebiet der Seine keine ausreichende Fläche zum besonderen Schutzgebiet erklärt und keine Maßnahmen ergriffen hat, um dem eingerichteten besonderen Schutzgebiet einen ausreichenden Rechtsstatus zu verschaffen. Die Kommission beschloss, Frankreich gemäß Artikel 228 eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten, da der Mitgliedstaat nicht die Maßnahmen ergriffen hat, die zur Durchführung des Urteils im Hinblick auf den zweiten Klagepunkt erforderlich sind.

In seinem zweiten Urteil (Rechtssache C-96/98) stellte der Gerichtshof einen Verstoß Frankreichs insofern fest, als dieser Staat innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine ausreichend große Fläche im Sumpfgebiet des Poitou zum besonderen Schutzgebiet erklärt hat, keine Maßnahmen getroffen hat, um den im Sumpfgebiet des Poitou eingerichteten besonderen Schutzgebieten einen ausreichenden rechtlichen Schutzstatus zu verleihen und keine geeigneten Maßnahmen getroffen hat, um die Beeinträchtigung der im Sumpfgebiet des Poitou zum besonderen Schutzgebiet erklärten Gebiete und eines Teils der Gebiete, die zu besonderen Schutzgebieten hätten erklärt werden müssen, zu vermeiden. Die Kommission hat wegen der Nichtdurchführung des vorstehend genannten Urteils ein Vertragsverletzungsverfahren auf der Grundlage von Artikel 228 gegen Frankreich eingeleitet. Die Ende 2001 von diesem Mitgliedstaat mitgeteilten Maßnahmen werden zurzeit von der Kommission geprüft.

Am 7. Dezember 2000 erließ der Gerichtshof ein weiteres Urteil gegen Frankreich (Rechtssache C-374/98) im Zusammenhang mit ähnlichen Beschwerden, in dem er feststellte, dass Frankreich dadurch gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung verstoßen hat, dass es keinen Teil des Gebietes Basses Corbières zum besonderen Schutzgebiet erklärt und es versäumt hat, für dieses Gebiet besondere Schutzmaßnahmen zu treffen, die hinsichtlich ihrer geografischen Ausdehnung ausreichend sind. Auch in diesem

Fall beschloss die Kommission, Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten, da der Mitgliedstaat keine Maßnahmen zur Durchführung des Urteils ergriffen hat.

Obgleich besondere Schutzgebiete bereits seit dem Inkrafttreten der Richtlinie im Jahre 1981 hätten ausgewiesen werden müssen, ist in mehreren Mitgliedstaaten festzustellen, dass die zu besonderen Schutzgebieten erklärten Gebiete zahlen- und flächenmäßig unzureichend sind. Derzeit konzentriert sich die Kommission verstärkt darauf, allgemeine Vertragsverletzungsverfahren gegen die unzureichende Gesamtausweisung anstatt gegen die fehlende Ausweisung und den fehlenden Schutz jedes einzelnen Gebiets zu verfolgen.

So beschloss die Kommission Klageerhebung gegen Frankreich (Rechtssache C-202/01) wegen unzureichender Einstufung von Gebieten als besondere Schutzgebiete gemäß Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie. Das bereits zuvor im Zusammenhang mit dem Gebiet Basses Vallées de l'Aude eingeleitete Verfahren wurde eingestellt, da dieses Gebiet als ein besonderes Schutzgebiet eingestuft wurde und entsprechende Maßnahmen zur Erhaltung des Gebiets erlassen wurden.

Aus demselben Grund verfolgt die Kommission weitere Verfahren gegen andere Mitgliedstaaten. So verfolgt sie das Verfahren gegen Finnland (Rechtssache C-240/00) beim Gerichtshof weiter und hat ferner Klage gegen Italien (Rechtssache C-378/01) erhoben. Die von Portugal mitgeteilten Maßnahmen wurden geprüft und es wurde entschieden, die zuvor beschlossene Klageerhebung gegen diesen Mitgliedstaat unverzüglich auszuführen. Die Kommission leitet ferner Irland eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu wegen der nicht hinreichenden Ausweisung von besonderen Schutzgebieten und des nur unzureichenden Schutzes ausgewiesener und nicht ausgewiesener Gebiete. Eine jüngst eingegangene Antwort Spaniens auf die von der Kommission übermittelte mit Gründen versehene Stellungnahme im Hinblick auf die unzureichende Ausweisung von besonderen Schutzgebieten, wird derzeit geprüft.

Die Kommission konnte eine Klage gegen Spanien (Rechtssache C-354/00) wegen der Nichtausweisung einer ausreichenden Zahl besonderer Schutzgebiete in der Region Murcia zurückzunehmen, nachdem Spanien weitere Gebiete ausgewiesen hat.

Nach der Prüfung der Ausweisung einer erheblichen Zahl neuer besonderer Schutzgebiete, die von den Niederlanden mitgeteilt worden waren, konnte die Kommission das Verfahren gemäß Artikel 228 einstellen, durch das dieser Mitgliedstaat zur Durchführung des Urteils des Gerichtshofs vom 19. Mai 1998 (Rechtssache C-3/96) veranlasst werden sollte.

Die unzureichende Ausweisung von besonderen Schutzgebieten in Luxemburg wird nun im Zusammenhang mit einer allgemeineren Beschwerde hinsichtlich der nur unzureichenden luxemburgischen Gesetzgebung in Bezug auf den Schutz der besonderen Schutzgebiete geprüft. Das Verfahren gegen Deutschland wurde eingestellt, nachdem der Mitgliedstaat erhebliche Fortschritte in der Ausweisung besonderer Schutzgebiete nachweisen konnte. Diese Beschwerde ging auf eine Untersuchung der „International Bird Areas“ aus dem Jahre 1989 (IBA-Studie 1989) zurück; ein neues Vertragsverletzungsverfahren aufgrund jüngerer Untersuchungen wie der IBA-Studie 2000 ist nicht auszuschließen.

Von den Mitgliedstaaten wurden weitere Vorschläge für Gebiete übermittelt, die im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG als Schutzgebiete auszuweisen sind.

In seinem Urteil vom 11. September 2001 stellte der Gerichtshof fest, dass Irland (Rechtssache C-67/99), Deutschland (Rechtssache C-71/99) und Frankreich (Rechtssache C-220/99) dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie 92/43/EWG verstoßen haben, dass sie der Kommission innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht die in Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 dieser Richtlinie genannte Liste von Gebieten übermittelt haben. Vor dem Hintergrund einer möglichen Einleitung des Verfahrens nach Artikel 228 bat die Kommission die betreffenden Mitgliedstaaten um Informationen darüber, welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um das Urteil durchzuführen. Da Irland versäumt hat, rechtzeitig eine Antwort zu übermitteln, wurde dem Mitgliedstaat eine Aufforderung zur Äußerung zugeleitet.

Die Kommission beschloss, Schweden aufgrund der Unzulänglichkeit der vorgelegten „Indikativ-Liste“ ein ergänzendes Aufforderungsschreiben zu übermitteln.

Die Situation im Zusammenhang mit der von Österreich vorgelegten Liste ist noch immer nicht zufriedenstellend (eine mit Gründen versehene Stellungnahme wurde 1998 übermittelt), doch wird das weitere Verfahren von den für 2002 geplanten biogeografischen Seminaren abhängen.

Die ergänzende Liste, die Portugal im Anschluss an die Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme durch die Kommission (2000) vorgelegt wurde, wird noch geprüft.

Das Vereinigte Königreich hat seine nationalen Listen einer umfassenden Überprüfung unterzogen. Die meisten der neu ermittelten Gebiete sind der Kommission inzwischen offiziell als Schutzgebiete vorgeschlagen worden und werden gegenwärtig von der Kommission bewertet. Die Kommission beschloss, die Aussetzung der 1999 gegen das Vereinigte Königreich erhobenen Klage zu verlängern, bis auch die übrigen neu ermittelten Gebiete offiziell vorgeschlagen worden sind und alle neu mitgeteilten Gebiete auf dem nächsten biogeografischen Seminar offiziell bewertet wurden.

Die Kommission hat beschlossen, das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Niederlande einzustellen, da die von diesem Mitgliedstaat übermittelte ergänzende Liste im Rahmen des atlantischen biogeografischen Seminars als umfassend bewertet wurde und nur geringfügiger Änderungen bedurfte. Auch das Verfahren gegen Finnland konnte eingestellt werden, nachdem der Mitgliedstaat die Kommission darüber in Kenntnis gesetzt hatte, dass die vorgelegte Liste nun in Bezug auf fast alle ursprünglich vorgeschlagenen Gebiete als endgültig betrachtet werden kann.

Die ergänzende Liste, die im Jahr 2001 von Belgien übermittelt wurde, wird derzeit von der Kommission unter technischen Gesichtspunkten geprüft.

Während des Jahres 2001 wurden die Strukturfondspläne und -programme und Programme zur ländlichen Entwicklung weiterhin an die Voraussetzung geknüpft, dass die Mitgliedstaaten die noch fehlenden Listen der Gebiete für das Netz Natura 2000 in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen im Rahmen der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG vorlegen.

Die Kommission betreibt weiterhin eine strikte Politik, wenn es darum geht, die im Rahmen der LIFE-Verordnung zur Erhaltung der Gebiete bestimmten gemeinschaftlichen Finanzmittel für die in das Netz Natura 2000 einbezogenen oder einzubeziehenden Gebiete bereitzustellen. Außerdem nimmt sie bei allen Anträgen auf Kofinanzierung im Rahmen des Kohäsionsfonds

eine äußerst gewissenhafte Überprüfung vor, um die Einhaltung der Umweltvorschriften zu gewährleisten.

Die Probleme im Zusammenhang mit der mangelhaften Anwendung der besonderen Schutzregelung gemäß Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 79/409/EWG und Artikel 6 Absätzen 2 bis 4 der Richtlinie 92/43/EWG, d. h. Nichtausweisung von Gebieten als besondere Schutzgebiete, obwohl diese die ornithologischen Kriterien für eine Ausweisung erfüllen, und/oder Nichtanwendung der besonderen Schutzregelung im Zusammenhang mit Projekten, die diese Gebiete beeinträchtigen, bleiben weiter bestehen.

Die Kommission beschloss, Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten wegen der unzureichenden nationalen Rechtsvorschriften in Bezug auf den Schutz besonderer Schutzgebiete gemäß Artikel 4 der Richtlinie 79/409/EWG. Die von dem Mitgliedstaat Ende 2001 mitgeteilten Maßnahmen werden derzeit von der Kommission geprüft. Aus einem ähnlichen Grund wurde auch Luxemburg eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt.

Die Kommission beschloss die Klageerhebung gegen Österreich wegen eines Verstoßes gegen Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie 92/43/EWG im Zusammenhang mit der Erweiterung eines Golfplatzes im Enns-Tal, die das Schutzgebiet Wörschacher Moor beeinträchtigt.

Die Kommission prüft derzeit die von Belgien übermittelte Antwort, um zu entscheiden, ob die geplante Klageerhebung gegen Belgien wegen mangelhafter Schutzmaßnahmen im besonderen Schutzgebiet des Zwarte-Beek-Tals durchgeführt werden soll.

Die Kommission führt das Verfahren gegen Irland fort, das wegen der Nichtannahme von Schutzmaßnahmen gegen die Überweidung der unter die Richtlinie 79/409/EWG fallenden Lebensräume wildlebender Vogelarten in Westirland (Rechtssache C-117/00) eingeleitet worden war.

Die Kommission leitete Finnland eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu, da der Mitgliedstaat unter Verstoß gegen Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 79/409/EWG den Bau des Vuotos-Stausees und eines Kraftwerks genehmigt hat. Das Projekt beeinträchtigt die Sümpfe von Kemihäara - ein Gebiet, das als besonderes Schutzgebiet hätte ausgewiesen werden müssen.

Die Kommission beschloss, Schweden eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten wegen der unzureichenden Ausweisung eines wichtigen Vogelgebietes (Umeälvens delta), das durch den geplanten Bau einer Eisenbahnlinie im Norden Schwedens („Botniabanen“) beeinträchtigt wird.

Die Kommission beschloss, Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten, da der Mitgliedstaat unter Verstoß gegen Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 79/409/EWG den Bau eines Staudamms genehmigt hat, der ein besonderes Schutzgebiet (Baixo Vouga) erheblich beeinträchtigen wird.

Die Kommission beschloss, Österreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln, da versäumt wurde, das Gebiet „Steinfeld“ als besonderes Schutzgebiet im Sinne der Richtlinie 79/409/EWG auszuweisen und gemäß der Richtlinie 92/43/EWG als Gebiet

von gemeinschaftlichem Interesse vorzuschlagen. Die mit Gründen versehene Stellungnahme betrifft ferner die Nichtanwendung von Artikel 6 der letztgenannten Richtlinie im Zusammenhang mit einem Städtebauprojekt, einem Freizeitparkprojekt sowie einer geplanten Flughafenerweiterung in Bezug auf das genannte Gebiet.

Im Anschluss an das Urteil des Gerichtshofs vom 7. Dezember 2000 (Rechtssache C-374/98) sah sich die Kommission gezwungen, Portugal ein ergänzendes Aufforderungsschreiben zu übermitteln. Dieses Mal in Bezug auf die Anwendung von Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 79/409/EWG im Zusammenhang mit dem Staudammprojekt „Abrilongo“, das sich auf das besondere Schutzgebiet Campo Maior und die gemäß der Richtlinie zu schützenden Arten auswirkt.

Die Kommission leitete Portugal ferner eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen eines Schnellstraßenprojekts zu, das trotz seiner negativen Auswirkungen auf das besondere Schutzgebiet Castro Verde und ohne Berücksichtigung der Anforderungen von Artikel 6 Absatz 4 der Richtlinie 92/43/EWG genehmigt worden war.

Die Kommission beschloss, Spanien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten wegen des Verstoßes gegen Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG im Zusammenhang mit einem Bewässerungsvorhaben, durch das das besondere Schutzgebiet „Villafáfila“ in der Provinz Zamora beeinträchtigt werden könnte.

Die Kommission hat Österreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Diese bezog sich auf die nicht korrekte Abgrenzung des Schutzgebiets „Feuchte Ebene“ (Leitha-Auen) und die mangelhafte Anwendung von Artikel 6 Absatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG in Bezug auf den geplanten Bau einer Pferderennbahn, durch den dieses Gebiet in Niederösterreich (das als besonderes Schutzgebiet eingestuft und als Gebiet von gemeinschaftlichem Interesse vorgeschlagen wurde) beeinträchtigt werden kann.

Die Kommission hat Italien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet, da der Mitgliedstaat keine geeigneten Maßnahmen getroffen hat, um eine Beeinträchtigung des Gebiets „Is Arenas“ (das als Gebiet von gemeinschaftlichen Interesse vorgeschlagen wurde) durch die geplante Errichtung eines Feriendorfes mit zugehörigem Golfplatz zu vermeiden. Dies stellt einen Verstoß gegen Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie 92/43/EWG dar. Die von Italien übermittelte Antwort wird derzeit geprüft.

Die Kommission hat Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Diese bezog sich auf die mangelhafte Anwendung von Artikel 6 Absatz 3 und Absatz 4 in Bezug auf den Bau eines Staudamms, der ein als Gebiet von gemeinschaftlichem Interesse vorgeschlagenes Gebiet (Monchique) beeinträchtigen könnte.

Die Kommission hat Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Diese bezog sich auf die mangelhafte Anwendung von Artikel 6 Absatz 3 und Absatz 4 der Richtlinie 92/43/EWG sowie von Artikel 5 der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit dem Schnellstraßenprojekt Lissabon - Algarve.

Die Kommission hat Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt wegen der Aussetzung des Verfahrens gemäß Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG im



Zusammenhang mit gewissen Schäden, die in einem „Natura 2000“-Gebiet in Ostfrankreich entstanden sind.

Bei der Anwendung der Richtlinie 92/43/EWG können auch bestimmte Probleme auftreten, die nicht mit dem Schutz der als besondere Schutzgebiete ausgewiesenen oder dazu bestimmten Lebensräume, sondern vielmehr mit dem Artenschutz zusammenhängen. Artikel 12 der Richtlinie sieht ein strenges Schutzsystem für die in Anhang IV Buchstabe a) genannten Tierarten vor. Ausnahmen sind nur unter den in Artikel 16 Absatz 1 und Absatz 2 genannten Bedingungen möglich.

So erhob die Kommission beispielsweise beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland wegen der Bedrohung einer Schildkrötenart (*Caretta caretta*) auf der Insel Zakynthos (Rechtssache C-103/00). In seinen Schlussanträgen vom 25. Oktober 2001 kam der Generalanwalt zu dem Schluss, dass Griechenland gegen Artikel 12 Absatz 1 Buchstaben b) und d) verstoßen hat, da versäumt wurde, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um ein wirksames und strenges Schutzsystem für diese Art einzuführen und durchzusetzen.

Ferner hat die Kommission Deutschland wegen mangelhafter Maßnahmen zum Schutz der Lebensräume einer gefährdeten Hamsterpopulation (*Cricetus cricetus*) in der Horbacher Börde bei Aachen nahe der niederländischen Grenze eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Dieses Gebiet zählt zu den wichtigsten Lebensräumen dieser Art im Nordwesten Deutschlands. Die von Deutschland zum Schutz dieser Hamsterart geplanten bzw. durchgeführten Maßnahmen werden derzeit bewertet.

Die Kommission erhob beim Gerichtshof Klage gegen das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-434/01) wegen des mangelhaften Schutzes des großen Kamm-Molches (*Triturus cristatus*).

Die Kommission beschloss, Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten. Diese bezog sich auf einen Verstoß gegen Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe d) der Richtlinie sowie auf die unzureichende Prüfung der Auswirkungen des A28-Autobahnprojekts auf die Population des Juchtenkäfers *Osmoderma eremita*.

Im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 338/97 zur Durchführung des Washingtoner Übereinkommens von 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (auch „CITES-Übereinkommen“ genannt) in der Gemeinschaft sah sich Griechenland wegen des gegen diesen Mitgliedstaat eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens dazu veranlasst, 1999 mehrere Maßnahmen und Ministerialbeschlüsse als Ergänzung zum Gesetz Nr. 2637 vom 27. August 1998 mitzuteilen. Der Beschluss zur Klageerhebung beim Gerichtshof war bis zum Abschluss der Prüfung der Übereinstimmung der griechischen Rechtsvorschriften mit dem Gemeinschaftsrecht ausgesetzt worden. Schließlich konnte das Verfahren eingestellt werden, da die Bewertung der neuen Rechtsvorschriften, die der Kommission mitgeteilt worden waren, ergeben hat, dass diese mit der Verordnung 338/97/EG übereinstimmen.

Die Kommission beschloss, beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich zu erheben wegen der Verschmutzung des an der Mittelmeerküste gelegenen „Étang de Berre“ durch bestimmte unzulässige Schadstoffeinträge eines Wasserkraftwerks.

## **6. Lärm**

Umsetzungsfrist für die Richtlinie 2000/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen<sup>25</sup> war der 3. Juli 2001. Ab dem 3. Januar 2002 wird diese Richtlinie neun Richtlinien für verschiedene Geräte und Maschinen ersetzen. Die Kommission sah sich gezwungen, gegen 13 Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Ende 2001 waren noch gegen elf Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren anhängig, die keine einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und mitgeteilt bzw. dies nicht für ihr gesamtes Hoheitsgebiet getan hatten.

## **7. Chemische Stoffe und Biotechnologie**

Zu den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft im Bereich Chemie und Biotechnologie gehören mehrere Gruppen von Richtlinien zu Produkten oder Tätigkeiten, die gemeinsame Merkmale wie technische Komplexität, häufige Anpassungen an den neuesten Stand der Forschung und Technik, Geltungsbereich für Wissenschaft und Technik sowie umweltspezifische Risiken aufweisen.

Die Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe muss aufgrund des raschen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts oft geändert werden. So lief die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 2000/32/EG der Kommission vom 19. Mai 2000 zur sechszwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG an den technischen Fortschritt am 1. Juni 2001 ab. Darüber hinaus war die Richtlinie 2000/21/EG der Kommission vom 25. April 2000 über das Verzeichnis der gemeinschaftlichen Rechtsakte gemäß Artikel 13 Absatz 1 fünfter Gedankenstrich der Richtlinie 67/548/EWG des Rates bis spätestens zum 1. April 2001 umzusetzen.

In diesem Zusammenhang kommt es weiterhin häufig zu Verzögerungen vonseiten der Mitgliedstaaten bei der Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen, doch leitet die Kommission systematisch Verfahren ein, um die Einhaltung dieser Verpflichtung zu gewährleisten.

Die Kommission prüft zurzeit die von Deutschland übermittelte Antwort auf die mit Gründen versehene Stellungnahme, die dem Mitgliedstaat zugeleitet worden war, weil Definition und Bearbeitung von synthetischen Glasfasern (man-made vitreous (silicate) fibres - MMMF) gegen die Richtlinie 67/548/EWG verstoßen.

Die Kommission erhob Klage gegen das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-30/01), da der Mitgliedstaat bei seiner Auffassung blieb, dass die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in Bezug auf den freien Warenverkehr für Gibraltar nicht umzusetzen seien. Das Vereinigte Königreich hat aus diesem Grunde die Richtlinie 67/548/EWG und die nachfolgenden Änderungsrichtlinien, die Richtlinie 93/12/EWG des Rates über den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Brennstoffe, die Richtlinien in Bezug auf Lärmemissionen (Richtlinie 79/113/EWG und andere) sowie die Richtlinie 94/62/EG des Rates über Verpackungen und Verpackungsabfälle nicht umgesetzt.

---

<sup>25</sup> Abl. L 162 vom 3.7.2000, S.1.

Die Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten<sup>26</sup> war von den Mitgliedstaaten spätestens zum 14. Mai 2000 umzusetzen. Ende 2001 waren gegen sieben Mitgliedstaaten (Portugal, Spanien, Irland, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Luxemburg und Frankreich) Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen anhängig.

Tierversuche sind in der Richtlinie 86/609/EWG zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere geregelt.

In seinem Urteil vom 18. Oktober 2001 stellt der Gerichtshof fest, dass Irland nicht alle erforderlichen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Artikels 2 Buchstabe d sowie der Artikel 11 und 12 der Richtlinie getroffen und keine angemessene Sanktionsregelung für den Fall der Nichtbeachtung der Anforderungen der Richtlinie vorgesehen hat (Rechtssache C-354/99).

Die Kommission erhielt ihre Klage beim Gerichtshof gegen Frankreich (Rechtssache C-152/00) wegen unvollständiger und mangelhafter Umsetzung der Richtlinie aufrecht.

Ferner erhob die Kommission wegen mangelhafter Umsetzung der Richtlinie Klage gegen die Niederlande (Rechtssache C-205/01).

Die Kommission hat die gegen Belgien beschlossene Klageerhebung wegen zu zahlreicher Ausnahmen in Bezug auf die Verwendung von nicht eigens zu Versuchszwecken gezüchteten Katzen und Hunden bei Versuchen vorerst ausgesetzt, um die Maßnahmen zu prüfen, die kürzlich von dem Mitgliedstaat ergriffen wurden.

Die Kommission leitete Spanien wegen der mangelhaften Anwendung der Richtlinie in der Autonomen Region Andalusien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu.

Die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen (GVM) in geschlossenen Systemen wird durch die Richtlinie 90/219/EWG geregelt (wie geändert durch die Richtlinie 98/81/EG). Der rechtliche Rahmen, der die Anwendung genetisch veränderter Organismen (GVO) regelt, sprich die Richtlinie 90/220/EWG, wird ab dem 17. Oktober 2002 durch die Richtlinie 2001/18/EG vom 12. März 2001 geändert. Bis zu dieser Frist müssen die Mitgliedstaaten die Bestimmungen der Richtlinie umgesetzt haben. In Übereinstimmung mit dem Vorsorgeprinzip besteht das Ziel dieser Richtlinie in der Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften in den Mitgliedstaaten und in dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt bei einer gezielten Freisetzung (auch beim Inverkehrbringen) genetisch veränderter Organismen in der Gemeinschaft.

Die Kommission erhob vor dem Gerichtshof Klage gegen Frankreich (Rechtssache C-429/01) wegen der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung verschiedener Bestimmungen der Richtlinie 90/219/EWG in nationales Recht.

Die Richtlinie 90/219/EWG wurde durch die Richtlinie 98/81/EG des Rates vom 26. Oktober 1998 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in

---

<sup>26</sup> ABl. L 123 vom 24.4.1998, S.1.

geschlossenen Systemen<sup>27</sup> geändert, die spätestens zum 5. Juni 2000 umzusetzen war. Zum Ende des Jahres 2001 waren gegen sieben Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen anhängig. Gegen fünf Mitgliedstaaten wurde bereits Klage vor dem Gerichtshof erhoben.

Schließlich sind noch zwei Fälle wegen mangelhafter Anwendung der Richtlinie 90/220/EWG gegenüber Frankreich anhängig.

Der erste Fall betrifft die späteren Phasen des Verfahrens zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Produkten, die aus GVO bestehen oder GVO enthalten. Gemäß der Richtlinie muss die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, bei dem die ursprüngliche Anmeldung eingegangen ist, wenn die Genehmigung des Inverkehrbringens eines derartigen Produkts beschlossen wurde, ihre Zustimmung schriftlich erteilen, damit das Produkt in Verkehr gebracht werden kann. Zu zwei 1997 gefassten befürwortenden Entscheidungen hat Frankreich noch immer nicht seine Zustimmung erteilt. In einem ähnlichen Fall, in dem es um Maissaatgut geht, wurde der Gerichtshof vom französischen Staatsrat (*Conseil d'Etat*) um Vorabentscheidung (Rechtssache C-6/99) in der Frage ersucht, ob den nationalen Behörden nach einem befürwortenden Beschluss der Kommission im Sinne von Artikel 13 Absatz 4 der Richtlinie 90/220/EWG ein Ermessensspielraum zusteht. In seinem Urteil vom 21. März 2000 stellte der Gerichtshof Folgendes fest: Hat nach Weiterleitung eines Antrags auf Genehmigung des Inverkehrbringens eines GVO an die Kommission kein Mitgliedstaat Einwände erhoben, oder hat die Kommission einen „positiven Beschluss“ getroffen, so ist die zuständige Behörde, die den Antrag an die Kommission weitergeleitet hat, verpflichtet, die schriftliche Zustimmung, mit der das Produkt in den Verkehr gebracht werden kann, zu erteilen. Verfügt der betreffende Mitgliedstaat jedoch inzwischen über neue Informationen, durch die er zu der Auffassung gelangt, dass das angemeldete Produkt eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen kann, so ist er nicht verpflichtet, seine Zustimmung zu erteilen, sofern er die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten unverzüglich über diese neuen Informationen unterrichtet. In seinem Urteil vom 4. November 2000 schloss sich der französische *Conseil d'Etat* unlängst dem Urteil des Gerichtshofs an und stellte fest, dass das französische Ministerium ohne neue Informationen zu den betreffenden Risiken den von der Kommission auf der Grundlage der Stellungnahmen von drei wissenschaftlichen Ausschüssen getroffenen Beschluss nicht in Frage stellen kann. Das Verfahren gegen Frankreich ist noch anhängig (in der Phase der mit Gründen versehenen Stellungnahme). Indessen erwägt die Kommission die Anwendung der in Artikel 16 der Richtlinie 90/220/EWG vorgesehenen Schutzklausel.

Die Kommission hat beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich (Rechtssache C-296/01) wegen Nichtumsetzung bzw. mangelhafter Umsetzung mehrerer Bestimmungen der Richtlinie 90/220/EWG erhoben.

## **8. Abfälle**

Vertragsverletzungsverfahren im Bereich der Abfallwirtschaft, bei denen es sowohl um die formale Umsetzung als auch um die praktische Anwendung geht, kommen weiterhin häufig vor. Wie bereits in der vorhergehenden Ausgabe des vorliegenden Berichts dargestellt, erklären sich die Schwierigkeiten bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts in diesem

---

<sup>27</sup> ABl. L 330 vom 5.12.1998, S.13.

Bereich vermutlich damit, dass dies Verhaltensänderungen vonseiten der Bürger, der Verwaltungen und der Wirtschaftsbeteiligten erfordert, die zudem noch Kosten verursachen.

In Bezug auf die Abfall-Rahmenrichtlinie (Richtlinie 75/442/EWG wie geändert durch die Richtlinie 91/156/EWG) haben die Mitgliedstaaten noch immer gewisse Probleme, die einschlägigen Bestimmungen vollständig und korrekt in nationales Recht umzusetzen:

- Die Kommission erhob Klage gegen Österreich (Rechtssache C-194/01), da dieser Mitgliedstaat die gemeinschaftliche Definition von Abfall nicht korrekt in österreichisches Recht umgesetzt hat (Gewährung von Ausnahmen, die nach der gemeinschaftlichen Definition nicht zulässig sind, und Nichtumsetzung bestimmter Anhänge der Richtlinien 75/442/EWG und 91/689/EWG). Ferner leitete die Kommission diesem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu, da die Begriffe „Beseitigung“ und „Verwertung“ nicht in Übereinstimmung mit Anhang II der Richtlinie 75/442/EWG definiert wurden, und wegen der Nichtumsetzung der Bestimmungen hinsichtlich der Überprüfungspflicht in den Rechtsvorschriften bestimmter Bundesländer.
- Die Kommission erhob Klage gegen Luxemburg (Rechtssache C-196/01) wegen mangelhafter Umsetzung der Entscheidung 94/3/EG der Kommission über ein Abfallverzeichnis gemäß der Richtlinie 75/442/EWG. In seinen Schlussanträgen vom 13. Dezember 2001 schloss sich der Generalanwalt Léger den Auffassungen der Kommission an.
- Die Kommission übermittelte Italien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Einführung einer Ausnahmeregelung für Anlagen, die nicht gefährliche Abfälle verwerten, die über die in Artikel 11 der Richtlinie 75/442/EWG genannten Grenzen hinausgeht.
- Die Kommission hat dem Vereinigten Königreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Nach Prüfung der daraufhin von dem Mitgliedstaat übermittelten Antwort beschloss die Kommission die Klageerhebung vor dem Gerichtshof wegen der mangelhaften Umsetzung der Artikel 1-5, 8 und 12-14 der Richtlinie 75/442/EWG.
- Die Kommission hatte Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet, da die Region Wallonien in ihren Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien den Begriff „Abfall“ nicht korrekt definiert hat. Nachdem der Mitgliedstaat im Anschluss daran die erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die Definition von „Abfall“ verabschiedet und der Kommission mitgeteilt hat, konnte das Verfahren eingestellt werden.

Die meisten Schwierigkeiten bei der Umsetzung rühren aus der Anwendung der Abfall-Rahmenrichtlinie auf bestimmte Anlagen her. Hieraus erklärt sich auch die große Anzahl von Beschwerden, in denen es hauptsächlich um Probleme der Ablagerung von Abfällen geht (nichtgenehmigte Deponien, umstrittene Standorte, nicht richtig betriebene oder wasserverunreinigende Deponien usw.). Nach der Richtlinie ist vor der Inbetriebnahme einer Anlage zur Beseitigung und Verwertung von Abfällen eine Genehmigung einzuholen; im Falle der Abfallbeseitigung muss aus der Genehmigung hervorgehen, welche Vorkehrungen

zu treffen sind, um beim Betrieb der Anlagen die umweltschädlichen Auswirkungen zu beschränken.

Die Annahme der Richtlinie 1999/31/EG vom 26. April 1999 über Abfalldeponien<sup>28</sup> durch den Rat trägt zur Klärung des Rechtsrahmens für die Genehmigung von Deponien in den Mitgliedstaaten bei. Durch diese Richtlinie, die bis zum 16. Juli 2001 umzusetzen war, wurden sowohl die Anforderungen an Abfalldeponien, die nach der Umsetzungsfrist in Betrieb genommen werden, als auch die Anforderungen an bereits bestehende Deponien erheblich verschärft. Ende 2001 waren wegen der Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen gegen elf Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden: Belgien, Finnland (in Bezug auf die Provinz Åland), Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich.

Wie bereits erwähnt, untersucht die Kommission vor dem Hintergrund von Einzelfällen - so kann eine illegale Deponie ein Hinweis darauf sein, dass die Abfallbewirtschaftung dem Bedarf nur unzureichend gerecht wird -, ob möglicherweise allgemeine Probleme im Zusammenhang mit einer mangelhaften Anwendung des Gemeinschaftsrechts wie fehlende oder unzureichende Abfallbewirtschaftungspläne vorliegen.

In seinem Urteil vom 4. Juli 2000 stellte der Gerichtshof fest, dass die Griechische Republik das Urteil vom 7. April 1992 (Rechtssache C-45/91) nicht befolgt und gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 171 EG-Vertrag (jetzt Artikel 228) verstoßen hat, indem sie nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um gemäß Artikel 4 und 6 der Richtlinie 75/442/EWG über Abfälle und Artikel 12 der Richtlinie 78/319/EWG über giftige und gefährliche Abfälle sicherzustellen, dass die Abfälle in der Region Chania beseitigt werden, ohne die menschliche Gesundheit zu gefährden und die Umwelt zu schädigen. Wie bereits erwähnt ist dies das erste Mal, dass der Europäische Gerichtshof einen Mitgliedstaat zur Zahlung eines Zwangsgeldes gemäß Artikel 228 des Vertrags verurteilt hat. Hinsichtlich der Durchsetzung der gemeinschaftlichen Umweltgesetzgebung gegenüber den Mitgliedstaaten ist dies ein wichtiger Meilenstein für die Europäische Union.

In dem oben genannten Fall ging es um das Bestehen und den Betrieb einer illegalen Deponie für feste Abfälle in Kouroupitos in der Region Chania, wo feste Abfälle, begrenzte Mengen gefährlicher Abfälle (z. B. Altöl und Batterien) sowie verschiedene Arten von gewerblichen und industriellen Abfällen illegal abgeladen wurden. Der Gerichtshof hat Griechenland verurteilt, ein Zwangsgeld in Höhe von 20 000 € pro Tag Verzug bei der Durchführung zu zahlen. Vom 4. Juli 2000 bis Februar 2001 einschließlich hat die Kommission die griechischen Behörden in regelmäßigen Abständen zur Zahlung des täglichen Zwangsgeldes in Höhe von 20.000 € aufgefordert. Im März 2001 wurde die Deponie geschlossen; der Abfall wird seither in einer geeigneten Anlage beseitigt. Die Kommission stellte fest, dass Griechenland das Urteil durchgeführt hat, und hat daher das Verfahren eingestellt. Über den gesamten Zeitraum hat Griechenland jeweils fristgerecht insgesamt 5.400.000 € überwiesen.

In seinem Urteil vom 9. November 1999 (Rechtssache C-365/97) stellte der Gerichtshof fest, dass die italienischen Behörden gegen ihre Verpflichtungen verstoßen haben, indem sie nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen haben, um sicherzustellen, dass die in den

---

<sup>28</sup> ABl. L 182 vom 16.7.1999, S.1.

Wasserlauf durch das San-Rocco-Tal abgeleiteten Abfälle beseitigt werden, ohne die menschliche Gesundheit zu gefährden oder die Umwelt zu schädigen, und nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, damit die in einer illegalen Deponie abgelagerten Abfälle einem privaten oder öffentlichen Sammel- oder Beseitigungsunternehmen übergeben werden. Die Kommission ist zurzeit mit der Prüfung der Antwort Italiens befasst, die auf ein zuvor von der Kommission zugestelltes Aufforderungsschreiben hin gemäß Artikel 228 wegen der Nichtbefolgung des Urteils übermittelt wurde.

Außerdem hat die Kommission im Hinblick auf die mangelhafte Anwendung der Abfall-Rahmenrichtlinie (in manchen Fällen waren auch andere Richtlinien betroffen, wie die Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung) folgende Maßnahmen ergriffen:

- Klageerhebung gegen Griechenland (Rechtssache C-302/01) wegen einer wilden Deponie in Epitalio auf dem Peloponnes;
- Klageerhebung gegen Spanien (Rechtssache C-446/01) im Zusammenhang mit mehreren illegalen Müllhalden;
- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Spanien wegen einer illegalen Deponie in Bañeza (León);
- Klageerhebung gegen Spanien im Zusammenhang mit einem Schweinemassbetrieb in der Region Vera/Almería;
- Erhebung einer Klage beim Gerichtshof gegen Irland, da der Mitgliedstaat in mehreren Teilen des Landes eine nicht genehmigte Abfalldeponie nicht effektiv verhindert und Gebiete von besonderem Interesse nicht wirksam vor unkontrollierten Ablagerungen von Abfällen geschützt hat, sowie wegen der mangelhaften Anwendung der Genehmigungsanforderungen und der Nichterrichtung eines angemessenen Netzes von Beseitigungsanlagen gemäß Richtlinie 75/442/EWG;
- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Italien, da der Mitgliedstaat unter Verstoß gegen Artikel 4 und Artikel 8 der Richtlinie 75/442/EWG die Ablagerung gefährlicher Abfallstoffe auf dem Gelände eines Privatunternehmens genehmigt hat;
- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Italien wegen der Gefahren für die Umwelt, die durch die Ablagerung gefährlicher Abfälle im Gebiet von Granciaro di Castelliri (Frosinone) entstehen, sowie Übermittlung einer weiteren mit Gründen versehenen Stellungnahme wegen dreier Deponien für feste Abfallstoffe in Rodano (Mailand), von denen eine Gefährdung der Luft, des Bodens und des Grundwassers ausgehen und die eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen könnten;
- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Italien wegen der Ausnahme bestimmter Regionen von den Rechtsvorschriften in Bezug auf bestimmte Lebensmittelabfälle;

- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Spanien im Zusammenhang mit der Modernisierung einer Deponie in Zuazo (beispielsweise wegen fehlender Umweltverträglichkeitsprüfungen). Eine Antwort der spanischen Behörden wird derzeit von der Kommission geprüft;
- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Spanien wegen der Nichtdurchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß Richtlinie 85/337/EWG im Zusammenhang mit der Errichtung einer Deponie in Guancha, San Sebastián de la Gomera (Kanarische Inseln);
- Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme an Griechenland wegen der Genehmigung des Betriebs einer wilden Deponie in Pera Galini auf Kreta.

In Bezug auf die Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle ist festzustellen, dass die Mitgliedstaaten noch immer Probleme mit der korrekten Umsetzung der Bestimmungen in nationales Recht haben. Die Kommission hat:

- die Klage gegen Italien (Rechtssache C-65/00) aufrechterhalten, da die italienischen Rechtsvorschriften für gefährliche Abfälle hinsichtlich der Befreiung von Unternehmen, die gefährliche Abfälle verwerten, von der Genehmigungspflicht gemäß Richtlinie 91/156/EWG und Richtlinie 91/689/EWG nicht mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen. In seinen Schlussanträgen vom 20. September 2001 stellte Generalanwalt Mischo fest, dass Italien gegen Artikel 3 der Richtlinie 91/689/EWG verstoßen hat, da zugelassen wurde, dass diese Unternehmen von der Genehmigungspflicht befreit waren;
- beschlossen, wegen der mangelhaften Umsetzung von Artikel 2 Absatz 4, Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie Klage gegen Österreich zu erheben;
- dem Vereinigten Königreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Nach Prüfung der daraufhin übermittelten Antwort beschloss die Kommission schließlich, wegen der unvollständigen Umsetzung mehrerer Bestimmungen der Richtlinie Klage gegen den Mitgliedstaat zu erheben;
- Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Nichtumsetzung von Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (Begleitschein) zugeleitet.

Die vorstehend aufgeführten Beispiele zeigen, wie wichtig die Erstellung der Abfallbewirtschaftungspläne ist. Daher hatte die Kommission im Oktober 1997 beschlossen, gegen alle Mitgliedstaaten - mit Ausnahme Österreichs, das als einziger Staat einen systematischen Abfallbewirtschaftungsplan erstellt hat - Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Diese Verfahren beziehen sich auf Unzulänglichkeiten in Verbindung mit den Abfallbewirtschaftungsplänen gemäß Artikel 7 der Rahmenrichtlinie bzw. auf die Pläne zur Bewirtschaftung gefährlicher Abfälle gemäß Artikel 6 der Richtlinie 91/689/EWG sowie auf Verpackungsabfälle, für die nach Artikel 14 der Richtlinie 94/62/EG eine besondere Planung verlangt wird.

In seinen Schlussanträgen vom 5. Juli 2001 stellte der Generalanwalt fest, dass die französische Republik dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 7 Absatz 1 der Abfall-Rahmenrichtlinie, Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 91/689/EWG und Artikel 14 der



Richtlinie 94/62/EG verstoßen hat, dass sie nicht für ihr gesamtes Hoheitsgebiet und alle Abfallarten Abfallbewirtschaftungspläne erstellt hat und dass sie in keinem der aufgestellten Bewirtschaftungspläne ein besonderes Kapitel über Verpackungsabfälle vorgesehen hat.

Die gegen das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-35/00) und gegen Italien (Rechtssache C-466/99) beim Gerichtshof erhobenen Klagen wurden in Bezug auf alle drei Arten von Abfallbewirtschaftungsplänen aufrechterhalten. In beiden Rechtssachen hat sich der Generalanwalt der Auffassung der Kommission angeschlossen (Schlussanträge von Herrn Mischo vom 20. September 2001 in der Rechtssache C-466/99 und Schlussanträge von Herrn Tizzano vom 11. September 2001 in der Rechtssache C-35/00).

Andererseits konnte die Kommission die Klagen gegen Griechenland (Rechtssache C-132/00), Luxemburg (Rechtssache C-401/00) und Irland (Rechtssache C-461/99) zurücknehmen, da diese Mitgliedstaaten die noch ausstehenden Abfallbewirtschaftungspläne übermittelt haben. Die Kommission beschloss ferner, die Klage gegen Spanien zurückzuziehen, nachdem die spanischen Behörden die erforderlichen Abfallbewirtschaftungspläne übermittelt hatten.

In seinem Urteil vom 11. Dezember 2001 stellt der Gerichtshof fest, dass die Italienische Republik dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie 75/439/EWG des Rates in der Fassung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates verstoßen hat, dass sie der Kommission für den Zeitraum 1995 bis 1997 den Bericht gemäß Artikel 18 dieser Richtlinie nicht innerhalb der in dieser Bestimmung festgelegten Frist übermittelt hat (Rechtssache C-376/00).

Zur Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle ist festzustellen, dass die Kommission 1998 Vertragsverletzungsverfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten eingeleitet hatte, die der Kommission bestimmte erforderliche Angaben über Einrichtungen und Betriebe zur Beseitigung und Verwertung gefährlicher Abfälle nicht übermittelt hatten. In diesem Zusammenhang erhob die Kommission im Jahr 2001 beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland (Rechtssache C-33/01). Hingegen konnte die Kommission das Verfahren gegen Frankreich einstellen, nachdem der Mitgliedstaat die erforderlichen Informationen gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Richtlinie 91/689/EWG übermittelt hatte.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinien über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren (91/157/EWG und 93/86/EWG) hat die Kommission Italien eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt, da dieser Mitgliedstaat das Inverkehrbringen von Alkali-Mangan-Batterien gestattet hatte, was einen Verstoß gegen die Anforderungen der Richtlinie darstellt. Das Verfahren gegen Österreich wegen der nicht vollständigen Umsetzung und Durchführung des Programms, das gemäß der Richtlinie für Batterien aufzustellen ist, konnte hingegen von der Kommission eingestellt werden, nachdem der Mitgliedstaat im Anschluss an die Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hatte.

Die Kommission setzt die Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten fort, die die in Artikel 6 der Richtlinie geforderten Programme noch nicht aufgestellt haben. So leitete die Kommission Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu, da der Mitgliedstaat versäumt hatte, ein Programm gemäß Artikel 6 der Richtlinie zu übermitteln. Die Antwort Deutschlands wird derzeit unter technischen Gesichtspunkten geprüft.

Schließlich lief die Frist zur Umsetzung der Richtlinie 98/101/EG der Kommission vom 22. Dezember 1998 zur Anpassung der Richtlinie 91/157/EWG des Rates über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren an den technischen Fortschritt<sup>29</sup> am 1. Januar 2000 ab. Im Jahr 2001 konnte die Kommission die wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen für diese Richtlinie gegen Portugal, Griechenland, Irland, Deutschland und die Niederlande eingeleiteten Verfahren einstellen. Dagegen sah sich die Kommission jedoch gezwungen, beim Gerichtshof Klage gegen das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-373/01) und Italien (Rechtssache C-323/01) wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen für diese Richtlinie zu erheben.

In seinem Urteil vom 13. April 2000 (Rechtssache C-123/99) stellte der Gerichtshof fest, dass Griechenland gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie 94/62 über Verpackungen und Verpackungsabfälle verstoßen hat, indem es nicht die Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Die Kommission konnte das wegen der Nichtbefolgung dieses Urteils eingeleitete Verfahren gegen Griechenland einstellen, nachdem der Mitgliedstaat einschlägige Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet und der Kommission mitgeteilt hat.

Die Kommission prüft derzeit die Antwort der Niederlande auf eine mit Gründen versehene Stellungnahme, die die Kommission dem Mitgliedstaat in Bezug auf mehrere Punkte zugeleitet hatte, in denen die niederländischen Rechtsvorschriften nicht mit der Richtlinie in Einklang stehen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass Dänemark weder die in Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie genannten Ziele noch die Definitionen gemäß Artikel 3 dieser Richtlinie entsprechend umgesetzt hat. Aus diesem Grunde wurde Dänemark eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet.

Die Kommission erhob vor dem Gerichtshof Klage gegen Deutschland in Bezug auf die Verpackungsverordnung (gemeinhin unter der Bezeichnung „Töpfer-Verordnung“ bekannt, mit der die Wiederverwendung von Verpackungsmaterial gefördert wird, da die mit der deutschen Verordnung eingeführte Wiederverwendungsquote mit einem Handelshemmnis und indirekter Diskriminierung gegenüber eingeführten natürlichen Mineralwässern verbunden ist, die an der Quelle abgefüllt werden müssen).

Die Umsetzungsmaßnahmen müssen nicht nur der Kommission mitgeteilt werden, sondern auch mit den einschlägigen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in Einklang stehen. Die Kommission ist der Ansicht, dass dies in Dänemark nicht der Fall ist. Daher erhielt sie ihre Klage beim Gerichtshof (Rechtssache C-246/99) aufrecht, die wegen des in den dänischen Rechtsvorschriften verankerten Verbots des Inverkehrbringens von Bier und kohlendioxidhaltigen Getränken in Metalldosen und anderen nicht wiederverwendbaren Verpackungen (dem sogenannten „Can ban“) erhoben worden war. Die Kommission ist der Auffassung, dass das Inverkehrbringen solcher Verpackungen nach der Richtlinie gestattet sein sollte. In seinen Schlussanträgen vom 13. September 2001 schlug der Generalanwalt dem Gerichtshof vor, festzustellen, dass Dänemark seinen Verpflichtungen aus Artikel 18 (in Verbindung mit den Artikeln 5, 7 und 9) der Richtlinie 94/62/EG nicht nachgekommen ist.

---

<sup>29</sup> ABl. L 1 vom 5.1.1999, S. 1.

Die Kommission erhielt ihre Klage gegen Deutschland (Rechtssache C-228/00) vor dem Gerichtshof aufrecht, die sie wegen der Anwendung verschiedener Kriterien für die Unterscheidung zwischen zur Verwertung bestimmten Abfällen und zur Beseitigung bestimmten Abfällen und der daraus resultierenden Behinderungen der Verbringung von Abfällen, die gegen die Verordnung 259/93/EWG zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft verstoßen, erhoben hat.

Ferner führt die Kommission das Verfahren gegen Luxemburg (Rechtssache C-458/00) fort, das infolge eines Verstoßes gegen die Verordnung 259/93/EWG eingeleitet worden war, da dieser Mitgliedstaat die Verbringung von Abfällen zu französischen Verbrennungsanlagen, die für die energetische Verwertung ausgerüstet sind, nicht zulässt.

Gegen mehrere Mitgliedstaaten wurden 1999 Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtmitteilung der gemäß Artikel 41 der Verordnung Nr. 259/93/EWG erforderlichen Jahresberichte eingeleitet.

Die Kommission beschloss, vor dem Gerichtshof Klage gegen Deutschland zu erheben - zum einen weil der Mitgliedstaat versäumt hat, die Definition des Begriffs „gefährliche Abfälle“ in das deutsche Abfallgesetz zu übernehmen, zum anderen weil Artikel 7 Absatz 4 der Verordnung 259/93/EWG, nach dem es den Mitgliedstaaten gestattet ist, Einwände gegen eine geplante Verbringung von Abfällen aus den dort aufgelisteten Gründen zu erheben, in den thüringischen Rechtsvorschriften nicht berücksichtigt wurde.

Die Kommission beschloss, im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen aus den Niederlanden in andere Länder beim Gerichtshof Klage gegen die Niederlande zu erheben.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 75/439/EWG über die Altölbeseitigung leitete die Kommission gegen elf Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtübereinstimmung der nationalen Rechtsvorschriften mit mehreren Artikeln der Richtlinie ein. Dies betraf insbesondere die Verpflichtung zur vorrangigen Wiederaufbereitung von Altöl, sofern dem keine technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Sachzwänge entgegenstehen. Die Kommission leitete Österreich, Irland, Portugal und dem Vereinigten Königreich mit Gründen versehene Stellungnahmen zu. Die von Frankreich, Finnland, den Niederlanden, Belgien, Schweden und Dänemark übermittelten Antworten auf die Aufforderungsschreiben werden noch geprüft. Die Kommission leitete ferner Griechenland eine schriftliche Aufforderung zur Äußerung zu.

Im Zusammenhang mit dem in dieser Sache zuvor gegen Deutschland eingeleiteten Verfahren hatte die Kommission dem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme gemäß Artikel 228 übermittelt. Diese bezog sich auf die Nichtbefolgung des Urteils des Gerichtshofs vom 9. September 1999 (Rechtssache C-102/97), worin festgestellt wurde, dass Deutschland gegen seine Verpflichtungen verstoßen hat, indem es nicht die zur vorrangigen Wiederaufbereitung des Altöls erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, obwohl dem keine technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Sachzwänge entgegenstanden.

Ferner erhielt die Kommission ihre Klage beim Gerichtshof gegen Portugal wegen Nichtübereinstimmung der von diesem Land vorgenommenen Umsetzung der Richtlinie aufrecht (Rechtssache C-392/99).

Hinsichtlich der Beseitigung der beiden besonders gefährlichen Produkte polychlorierte Biphenyle (PCB) und polychlorierte Terphenyle (PCT) ist schließlich darauf zu verweisen, dass die Richtlinie 96/59/EG, welche die vorherige Richtlinie 76/403/EWG ablöst, von den Mitgliedstaaten bis zum 16. März 1998 umzusetzen war. In der Richtlinie heißt es, dass die Mitgliedstaaten binnen drei Jahren nach deren Annahme, d. h. bis zum 16. September 1999, einen Plan zur Dekontaminierung und/oder Beseitigung der in das Bestandsverzeichnis aufgenommenen Geräte und der darin enthaltenen PCB erstellen und die Grundzüge einer Regelung für die Einsammlung und spätere Beseitigung von Geräten, die nicht der Bestandsaufnahmepflicht gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie unterliegen, aufstellen. Allerdings haben viele Mitgliedstaaten der Kommission noch immer nicht die erforderlichen Maßnahmen mitgeteilt. In diesem Zusammenhang hat die Kommission im Laufe des Jahres 2001 daher:

- beschlossen, ein Gerichtsverfahren gegen Luxemburg (Rechtssache C-174/01), Italien (Rechtssache C-46/01), Irland (Rechtssache C-120/01), Frankreich (Rechtssache C-177/01) und Spanien (Rechtssache C-47/01) einzuleiten;
- beim Gerichtshof Klage gegen Deutschland erhoben. Ferner hat die Kommission die Klageerhebung gegen Portugal und Österreich sowie die unverzügliche Durchführung der zuvor beschlossenen Klage gegen Griechenland beschlossen.

Außerdem setzte die Kommission die Verfahren (Übermittlung eines Aufforderungsschreibens im Jahr 2000) gegen Belgien und das Vereinigte Königreich fort und prüfte ferner die von Schweden übermittelte Antwort auf eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Die Kommission konnte das Verfahren gegen Dänemark einstellen.

Gemäß Artikel 10 der Richtlinie 86/278/EWG über Klärschlamm haben die Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass Register geführt werden, in denen die erzeugten Schlammengen und die an die Landwirtschaft gelieferten Schlammengen, ihre Zusammensetzung und Eigenschaften sowie die Art ihrer Behandlung vermerkt werden. Dies ist notwendig, um überprüfen zu können, ob mit der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft keine Beeinträchtigung der Nahrungsmittelproduktion und der langfristigen Bodenqualität einhergeht. 2001 konnte die Kommission die meisten der im Jahr 2000 wegen Nichteinhaltung der in der Richtlinie festgeschriebenen Informations- und Überwachungspflichten eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren (Schweden, Irland und Portugal) einstellen. Die Antwort, die Belgien auf die mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt hat, wird gegenwärtig geprüft. Die Kommission beschloss, beim Gerichtshof Klage gegen Italien zu erheben. Ferner prüft sie die Antwort Österreichs auf die mit Gründen versehene Stellungnahme, die dem Mitgliedstaat wegen der Nichtumsetzung mehrerer Bestimmungen der Richtlinie zugeleitet worden war.

## **9. Umwelt und Industrie**

Die sogenannte „Seveso-II-Richtlinie“ 96/82/EG, die ab dem 3. Februar 2001 die Richtlinie 82/501/EWG („Seveso I“) ablöst, war bis spätestens zum 3. Februar 1999 umzusetzen. Im Laufe des Jahres 2001 führte die Kommission die Verfahren gegen Belgien, Irland und Deutschland fort, die im Jahr 2000 wegen der noch immer nicht vollständigen Mitteilung der einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen (insbesondere in Bezug auf die Artikel 11 und 12) eingeleitet worden waren. Ferner beschloss die Kommission, auch gegen Frankreich Klage zu erheben. Die Klagen gegen Österreich und Portugal wegen Nichtmitteilung von

Umsetzungsmaßnahmen wurden zurückgenommen, nachdem diese Mitgliedstaaten alle einschlägigen Maßnahmen mitgeteilt hatten.

Die Kommission erhielt die Klage gegen Spanien (Rechtssache C-139/00) aufrecht, da der Mitgliedstaat auf den Kanarischen Inseln (La Palma) den Betrieb von Verbrennungsanlagen genehmigte, die nicht den Anforderungen der Richtlinie 89/369/EWG über die Verhütung der Luftverunreinigung durch neue Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll entsprechen. Ferner erhob sie beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich (Rechtssache C-60/01), weil dort zahlreiche Verbrennungsanlagen betrieben werden, die erhebliche Dioxin-Emissionen aufweisen und daher gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle beschloss die Kommission, wegen mangelhafter Umsetzung mehrerer Artikel dieser Richtlinie beim Gerichtshof Klage gegen Österreich zu erheben.

Die Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (die sogenannte „IPPC“-Richtlinie) vom 24. September 1996 war bis spätestens zum 30. Oktober 1999 umzusetzen. Auch 2001 mussten die wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen an die Kommission eingeleiteten Verfahren fortgesetzt werden. So erhob die Kommission Klage gegen Belgien, Spanien, Griechenland und das Vereinigte Königreich (in Bezug auf Nordirland und Gibraltar) und beschloss, Klage gegen Luxemburg zu erheben. Die Klagen gegen Finnland und Deutschland konnten dagegen zurückgenommen werden, nachdem diese Mitgliedstaaten der Kommission alle einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatten.

## **10. Strahlenschutz**

Das Gemeinschaftsrecht beim Strahlenschutz beruht auf Kapitel III „Gesundheitsschutz“ des Euratom-Vertrages. Es deckt alle Aspekte des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen ab. Außerdem werden Luft, Wasser und Böden in der Gemeinschaft indirekt vor den Auswirkungen der Strahlung geschützt. Obwohl allgemein angenommen wird, dass das Thema Strahlenschutz hauptsächlich mögliche Expositionen aufgrund der Nutzung der Kernenergie betrifft, sind die Menschen jedoch vor allem Strahlen zu medizinischen Zwecken ausgesetzt. Die Kommission kontrolliert die Durchführung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zum Strahlenschutz auf der Grundlage von Artikel 124 und nach dem in den Artikeln 141 und 143 des Euratom-Vertrags festgelegten Verfahren, die Artikel 211 und Artikel 226 bzw. 228 des EG-Vertrags entsprechen.

Im Primärrecht, dem Euratom-Vertrag, werden den Mitgliedstaaten in den Artikeln 33 bis 37 bestimmte Verpflichtungen auferlegt, insbesondere in Bezug auf Ausbildung und Erziehung, Überwachung der Umwelt und Beseitigung radioaktiver Abfälle. Darüber hinaus gelten derzeit beim Strahlenschutz fünf zentrale Richtlinien und drei Verordnungen.

Die Besonderheit der auf dem Euratom-Vertrag beruhenden Rechtsvorschriften liegt darin, dass die Kommission die Übereinstimmung der Umsetzungsmaßnahmen vor deren endgültiger Annahme prüft. Gemäß Artikel 33 des Euratom-Vertrags haben die Mitgliedstaaten der Kommission alle Entwürfe zu Bestimmungen bekannt zu geben, mit denen die Beachtung der im Bereich Strahlenschutz festgesetzten Grundnormen sichergestellt werden soll. Die Kommission hat Empfehlungen zu erlassen, um diese Bestimmungen

miteinander in Einklang zu bringen. Auch wenn die gemäß Artikel 33 erlassenen Empfehlungen nicht verbindlich sind, werden sie von den Mitgliedstaaten normalerweise strikt eingehalten. Daher sind Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtübereinstimmung im Bereich Strahlenschutz seltener.

Wie im Jahr 2000 war die Zahl der gemäß Artikel 33 des Euratom-Vertrages vorgelegten Entwürfe für nationale Bestimmungen auch 2001 hoch, da viele Mitgliedstaaten weiterhin mit der Umsetzung der beiden wichtigsten Strahlenschutzrichtlinien 96/29/Euratom und 97/43/Euratom befasst waren, deren Umsetzungsfrist im Mai 2000 abgelaufen war. So gingen bei der Kommission 13 Mitteilungen von Entwürfen zu Rechtsvorschriften gemäß Artikel 33 des Euratom-Vertrags ein, die zum Teil geprüft und zu denen Bemerkungen abgegeben wurden, obgleich im Jahr 2001 keine formale Empfehlung erlassen wurde. Die Mitgliedstaaten, gegen die wegen verspäteter Mitteilung ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung anhängig war, wurden jedoch unverzüglich über das Nichterlassen einer Empfehlung informiert, um Verzögerungen im nationalen Gesetzgebungsverfahren zu verhindern.

Gemäß Artikel 35 des Euratom-Vertrages hat jeder Mitgliedstaat die notwendigen Einrichtungen zur ständigen Überwachung der Radioaktivität der Luft, des Wassers und des Bodens sowie zur Überwachung der Einhaltung der Grundnormen zu schaffen. Die Kommission kann die Arbeitsweise und Wirksamkeit derartiger Einrichtungen überwachen. Im Jahr 2001 nahm die Kommission in Österreich eine Kontrolle gemäß Artikel 35 vor.

Gemäß Artikel 36 des Vertrags übermitteln die Mitgliedstaaten Auskünfte über den in der Umwelt gemessenen Gehalt an Radioaktivität. Anhand dieser Auskünfte kann die Kommission u. a. beurteilen, ob die Grundnormen eingehalten werden. Seit der Verabschiedung der Empfehlung der Kommission zur Anwendung des Artikels 36 des Euratom-Vertrags (2000/473/Euratom) müssen die Mitgliedstaaten den Bestimmungen zum Inhalt und zu den Fristen der Meldungen entsprechen. Diese Bestimmungen gelten ab Juni 2001 rückwirkend für die Daten, die für das Jahr 2000 zu übermitteln waren.

Artikel 37 ist darauf ausgerichtet, eine radioaktive Verseuchung der Umwelt eines anderen Mitgliedstaats von vornherein auszuschließen und damit die Gesamtbevölkerung vor den Gefahren im Zusammenhang mit ionisierender Strahlung zu schützen. Dementsprechend sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, der Kommission über jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Abfälle allgemeine Angaben zu übermitteln. Die Kommission bewertet diese Daten um festzustellen, ob die Durchführung des Plans eine radioaktive Verseuchung des Wassers, des Bodens oder der Luft eines anderen Mitgliedstaats verursachen kann. Die Kommission gibt dazu eine Stellungnahme ab, die der Mitgliedstaat vor der Erteilung einer Genehmigung für das Projekt zu berücksichtigen hat. 2001 gingen 17 Mitteilungen der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 37 des Euratom-Vertrages bei der Kommission ein, zu denen sie sechs Stellungnahmen abgab.

Im Jahr 2001 war ein Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 37 anhängig: Die Kommission war der Ansicht, dass das Vereinigte Königreich seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 37 nicht nachgekommen war, da es nicht die allgemeinen Angaben im Zusammenhang mit dem Rückbau des JASON-Forschungsreaktor übermittelt hat. Da die Behörden des Vereinigten Königreichs die Auffassung vertreten, dass der Euratom-Vertrag (und insbesondere die Bestimmungen von Kapitel 3, zweiter Titel) nicht für militärische Anlagen gilt, erklärten sie, dass in Bezug auf diese Anlage keine Angaben gemäß Art. 37 des

Vertrags übermittelt würden. Da die Kommission die Auslegung des Vereinigten Königreichs nicht teilt, beschloss sie im Dezember 2000 dem Mitgliedstaat in dieser Angelegenheit ein Aufforderungsschreiben zu übermitteln. Die Behörden des Vereinigten Königreichs setzten die Kommission darüber in Kenntnis, dass die Arbeiten an JASON abgeschlossen seien, und blieben bei ihrer Ansicht. Im Dezember 2001 wurde der Beschluss gefasst, dem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

Wie bereits erwähnt lief die Frist für die Umsetzung der beiden wichtigsten Richtlinien im Bereich des Strahlenschutzes, nämlich der Richtlinie 96/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (ABl. Nr. L 159 vom 29.6.1996, S. 1) und der Richtlinie 97/43/Euratom über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition (ABl. Nr. L 180 vom 9.7.1997, S. 22) am 13. Mai 2000 ab. Zum selben Zeitpunkt wurden alle alten Richtlinien zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen (die seit 1959 verabschiedet worden waren) aufgehoben.

Die Richtlinie zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen erweitert den Geltungsbereich und führt weitreichendere Bestimmungen zum wirksamen und umfassenden Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung ein. Zu diesem Zweck wurden in der Richtlinie die Dosisgrenzwerte gesenkt, neue Anforderungen für die Rechtfertigung aller Tätigkeiten aufgestellt, bei denen ionisierende Strahlungen freiwerden, und eine erweiterte Fassung des sog. ALARA-Prinzips („As Low As Reasonably Achievable“) eingeführt, wonach die Strahlenexposition so gering wie praktisch möglich zu halten ist. Der Anwendungsbereich der Richtlinie umfasst Tätigkeiten, Arbeiten (auch Strahlenexposition aus natürlichen Strahlungsquellen) und Interventionsmaßnahmen. Ferner wird das neue Konzept der Freigabe und Freistellung für radioaktive Stoffe dargelegt. Schließlich stellt die Richtlinie neue Anforderungen für die Bemessung der Strahlendosis für einzelne Bevölkerungsgruppen auf.

Im Januar 2001 war eine Reihe von Vertragsverletzungsverfahren (gegen Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich) wegen Nichtmitteilung der endgültigen Umsetzungsmaßnahmen in Bezug auf die Richtlinie 96/29/Euratom anhängig. Allerdings konnte die Kommission die Vertragsverletzungsverfahren gegen Belgien, Griechenland, Luxemburg, Spanien und Schweden im Laufe des Jahres einstellen, da diese Mitgliedstaaten in der Zwischenzeit alle einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatten. Der Beschluss, beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich und Portugal zu erheben, wurde im Sommer 2001 gefasst und im Herbst 2001 ausgeführt. Was Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich betrifft, so haben diese Mitgliedstaaten 2001 in Bezug auf die Umsetzung der Richtlinie 96/29 erhebliche Fortschritte gemacht. Da jedoch noch immer nicht alle einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt wurden, beschloss die Kommission im Dezember 2001, gegen diese Mitgliedstaaten Klage zu erheben.

Mit der Richtlinie 97/43/Euratom über medizinische Exposition wird der Strahlenschutz für Patienten und medizinisches Personal verbessert. Dabei wird auch den jüngsten Entwicklungen in medizinischen Verfahren und Ausrüstungen Rechnung getragen. Die Richtlinie baut auf den Erfahrungen aus der operationellen Umsetzung früherer Richtlinien auf und stellt eine Ergänzung der Richtlinie 96/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen dar. Die neue Richtlinie enthält eine genauere Beschreibung des

Rechtfertigungsgrundsatzes, regelt die Aufteilung der Zuständigkeiten und legt Anforderungen für qualifizierte Experten im medizinischen Bereich fest.

Im Januar 2001 war eine Reihe von Vertragsverletzungsverfahren (gegen Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich) wegen Nichtmitteilung der endgültigen Umsetzungsmaßnahmen in Bezug auf die Richtlinie 97/43/Euratom anhängig. Allerdings konnte die Kommission die Vertragsverletzungsverfahren gegen Belgien, Dänemark, Griechenland, Luxemburg, Spanien und Schweden im Laufe des Jahres einstellen, da diese Mitgliedstaaten in der Zwischenzeit alle einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatten. Der Beschluss, beim Gerichtshof Klage gegen Irland, Frankreich und Portugal zu erheben, wurde im Sommer 2001 gefasst und im Herbst 2001 ausgeführt. Was Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich betrifft, so haben diese Mitgliedstaaten 2001 in Bezug auf die Umsetzung der Richtlinie 97/43 erhebliche Fortschritte gemacht. Da jedoch noch immer nicht alle einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt wurden, beschloss die Kommission im Dezember 2001, gegen diese Mitgliedstaaten Klage zu erheben.

Die Richtlinie 89/618/Euratom über die Unterrichtung der Bevölkerung enthält bestimmte Anforderungen für die Unterrichtung der Bevölkerung über die bei einer radiologischen Notstandssituation geltenden Verhaltensmaßregeln und zu ergreifenden Gesundheitsschutzmaßnahmen. Im Jahr 2001 beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich zu erheben, da sich bei der Überprüfung der Übereinstimmung der französischen Rechtsvorschriften herausgestellt hatte, dass diese nicht vollständig die Anforderungen der Richtlinie erfüllen, insbesondere in Bezug auf die Definitionen, die vorherige Unterrichtung der Bevölkerung und die Unterrichtung der Bevölkerung im Falle einer tatsächlichen Notstandssituation sowie die Unterrichtung des Einsatzpersonals. Die Kommission beschloss ferner eine Klageerhebung gegen Deutschland, da die deutschen Rechtsvorschriften nicht in vollem Umfang mit der Richtlinie übereinstimmen. Im Sommer 2001 wurden neue Rechtsvorschriften verabschiedet, die die festgestellten Mängel beseitigen. Die Kommission hat daher beschlossen, die beim Gerichtshof eingereichte Klage zurückzuziehen.

Die Richtlinie 90/641/Euratom über den Schutz externer Arbeitskräfte, die einer Gefährdung durch ionisierende Strahlungen beim Einsatz im Kontrollbereich ausgesetzt sind, sieht vor, dass externe Arbeitskräfte durch das radiologische Überwachungssystem den gleichen Schutz erhalten wie die vom Betreiber auf Dauer beschäftigten Arbeitskräfte. Externe Arbeitskräfte sind Arbeitskräfte, die von einem anderen Unternehmen als dem Betreiber einer im Rahmen der Strahlenschutzvorschriften genehmigten Einrichtung beschäftigt werden und einem Strahlungsrisiko ausgesetzt sind. Externe Arbeitskräfte können nacheinander in mehreren Einrichtungen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten tätig sein. Folglich können sie in mehreren Kontrollbereichen (mit erheblicher Strahlenbelastung) strahlenexponiert sein. Diese besonderen Arbeitsbedingungen erfordern ein spezifisches radiologisches Überwachungssystem, das dem Gesundheitsschutz dieser Arbeitskräfte angemessen ist. Im Jahr 2000 beschloss die Kommission die Klageerhebung gegen Belgien, da der Mitgliedstaat nicht über ein einheitliches System verfügt, das den Anforderungen der Richtlinie vollständig entspricht. Dieser Beschluss wurde Anfang 2001 ausgeführt.



## 11. Trends und aktuelle Situation

Wie bereits erwähnt, ist seit 1996 ein starker Anstieg der Zahl der Beschwerden zu verzeichnen, die jährlich bei der Kommission eingehen. Im Jahr 2001 entfiel ein Drittel aller Beschwerden und ein Drittel aller Vertragsverletzungsverfahren aufgrund der Nichteinhaltung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft, die von der Kommission untersucht wurden, auf den Umweltbereich. Insgesamt gingen in diesem Jahr ungefähr 600 neue Beschwerden im Zusammenhang mit umweltspezifischen Fragen ein.

Die zunehmende Zahl von Beschwerden in Bezug auf den Umweltbereich ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

- die regelmäßig Überwachung der Übereinstimmung der nationalen Umsetzungsmaßnahmen, die von den Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien mitgeteilt werden, durch die Kommission;
- das größere Bewusstsein der Öffentlichkeit für Umweltprobleme, die zunehmende Sensibilisierung für die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften im Umweltbereich sowie die Möglichkeit, die Kommission über Fälle der Nichteinhaltung des Gemeinschaftsrechts zu unterrichten (insbesondere im Rahmen des Beschwerdeverfahrens der Kommission<sup>30</sup>);
- die organisatorischen Probleme der Mitgliedstaaten, eine vollständige Einhaltung des Umweltrechts der Gemeinschaft zu gewährleisten. Diese Probleme sind auf die jeweiligen konstitutionellen und/oder administrativen Strukturen zurückzuführen. So liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung häufig bei mehr als einer Behörde (verschiedene Ministerien, zentrale, regionale oder lokale Behörden usw.);
- das Umweltrecht der Gemeinschaft, insbesondere so wichtige Richtlinien wie die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen oder die Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (geändert durch die Richtlinie 97/11/EG) hat einen weiten Geltungsbereich. Beide Richtlinien beinhalten weitreichende Verpflichtungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die im Rahmen von Planungs- und Genehmigungsverfahren für bestimmte Vorhaben berücksichtigt werden müssen und daher Entscheidungen erfordern, die unterschiedlichste Bereiche berühren und häufig auf verschiedene regionale und lokale Behörden aufgeteilt sind sowie große öffentliche Aufmerksamkeit erregen.

Die große Zahl der Beschwerden, die bei der Kommission eingehen, zeigt auch, dass es in den Mitgliedstaaten keine derartigen Beschwerdeverfahren gibt bzw. dass diese häufig nicht effizient genug sind.

Das Vertragsverletzungsverfahren gemäß der Artikel 226 und 228 des EG-Vertrags ist jedoch nicht das einzige (und häufig auch nicht das effizienteste) Mittel, um eine Einhaltung der

---

<sup>30</sup> Siehe das „Standardformular zwecks Einreichung einer Beschwerde bei der Kommission“, ABl. C 119 vom 30.4.1999, S. 5.

Rechtsvorschriften im Umweltbereich zu gewährleisten. In vielen Fällen könnten die Beschwerdeführer viel schneller zu ihrem Ziel gelangen, wenn sie auf die nationalen Rechtsbehelfsmöglichkeiten zurückgreifen würden.

Die Kommission (insbesondere die Generaldirektion Umwelt) hat ihrerseits ihre Bemühungen um einen proaktiveren Ansatz gegenüber den Mitgliedstaaten verstärkt, um diese bei einer verbesserten Umsetzung und Anwendung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich zu unterstützen. 2001 wurden in einigen Mitgliedstaaten mehrere Seminare veranstaltet, in denen die Kommission den zuständigen Behörden ihre Auffassung bezüglich einer korrekten Durchführung besonders komplexer Umweltrichtlinien dargelegt hat, um in Zukunft Fälle mangelhafter Anwendung des Gemeinschaftsrechts möglichst von vornherein zu vermeiden.

## **KAPITEL II: IMPEL (EUROPÄISCHES NETZ ZUR ANWENDUNG DES UMWELTRECHTS DER GEMEINSCHAFT)**

### **1. Hintergrund**

IMPEL ist ein informelles Netz der Umweltbehörden der Mitgliedstaaten und der Kommission, das seit 1992 besteht. Es wurde ins Leben gerufen, weil zunehmend deutlich wurde, dass die Phase der praktischen Anwendung, d. h. die Anwendung des Umweltrechts vor Ort, die Schwachstelle der ordnungspolitischen Kette war. Das oberste Ziel des Netzes besteht in der Schaffung des erforderlichen Antriebs für eine wirksamere Anwendung des Umweltrechts in der Europäischen Gemeinschaft. Das Netz bietet Möglichkeiten für einen Austausch von Informationen und Erfahrungen und fördert eine weiter gehende Übereinstimmung der Methoden zur Durchführung, Anwendung und Durchsetzung des Umweltrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft.

Ursprünglich standen bei der Tätigkeit des Netzes die Durchführung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich (vor allem in Bezug auf komplexe industrielle Betriebsvorgänge) im Mittelpunkt. Seither ist der Tätigkeitsbereich schrittweise erweitert worden und bezieht sich nun auch auf andere Teile des Regelungsprozesses. Eine vollständige Beschreibung der Entstehung dieses Netzes ist im ersten Jahresbericht (Abschnitt 3.5.1) zu finden. Im zweiten Jahresbericht wurden die Entwicklung der Struktur von IMPEL bis Juni 1999 und deren Rationalisierung beschrieben (Abschnitte 4.2 und 4.3). Infolge dieser Rationalisierung wurden die beiden bis dahin bestehenden ständigen Ausschüsse und die Plenartagungen abgeschafft und durch IMPEL-Tagungen ersetzt, die zweimal jährlich veranstaltet und durch Treffen im Rahmen von Projekten und Projektklustern ergänzt werden. Der vorliegende dritte Jahresbericht betrachtet nun, wie sich die Arbeit von IMPEL nach diesen Änderungen entwickelt hat, was erreicht werden konnte und welche Vorkehrungen getroffen werden, um den Wert und den Nutzen des Netzes auch in Zukunft zu gewährleisten.

### **2. IMPEL-Tätigkeiten**

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten des IMPEL-Netzes stehen seine Projekte. Diese befassen sich zumeist mit der Durchführung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich, vor allem in Bezug auf komplexe industrielle Betriebsvorgänge. Generell kann gesagt werden, dass im Rahmen der Projekte untersucht wird, wie die Rechtsvorschriften zum jeweiligen Zeitpunkt angewandt und durchgesetzt werden. Im Anschluss daran werden die bewährten Praktiken definiert. Die Projekte ermöglichen es den Teilnehmern, sich über die verschiedenen Konzepte für die Durchsetzung und Durchführung zu informieren. Über Seminare und Projektberichte werden diese Informationen auch nationalen Netzen und Netzen außerhalb der Gemeinschaft zugänglich gemacht.

Die Verabschiedung der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten (2001/331/EG) im April 2001 hatte erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit von IMPEL. Die Empfehlung stützte sich selbst in hohem Maße auf die Arbeiten, die im Rahmen früherer IMPEL-Projekte geleistet worden waren. Sie sieht mehrere Aufgaben vor, die speziell auf IMPEL zugeschnitten sind und die die IMPEL-Arbeitsprogramme in den nächsten Jahren entscheidend bestimmen werden. Zu diesen Aufgaben zählen die Erarbeitung einer Regelung

für die Berichterstattung der Mitgliedstaaten und die Beratung zu den Überwachungsstellen und Überwachungsverfahren in den Mitgliedstaaten; die Erarbeitung von Mindestkriterien für die Qualifikation von Umweltinspektoren; die Entwicklung von Ausbildungsprogrammen, um die Nachfrage nach qualifizierten Umweltinspektoren zu decken; die Vermeidung widerrechtlicher grenzüberschreitender Umweltpraktiken durch die Koordinierung von Inspektionen in Bezug auf Anlagen, die erhebliche länderübergreifende Auswirkungen haben können. IMPEL hat ein Überprüfungsprogramm für Überprüfungsstellen und Überprüfungsverfahren erarbeitet: Im Oktober 2001 wurde in Baden-Württemberg (Deutschland) eine erste Überprüfung durchgeführt. Ferner wurde ein Projekt in Bezug auf die Erarbeitung von Mindestkriterien für die Qualifikation von Umweltinspektoren gestartet.

Eine wichtige neue Entwicklung bei IMPEL war die Verabschiedung des Mehrjahresarbeitsprogramms auf der Namur-Tagung im Dezember. Dieses Programm wurde anhand der Empfehlung zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen und des Sechsten Umweltaktionsprogramms erarbeitet und wird den Rahmen für IMPEL-Projekte im Fünfjahreszeitraum 2002-2006 bilden. Das Dokument wird flexibel verwendet und ständig überprüft werden, um seine Relevanz auf Dauer zu gewährleisten.

### **3. Rechtsgrundlage**

Für das IMPEL-Netz gibt es keine offizielle Rechtsgrundlage. Allerdings wurde die Aufgabe des Netzes in der Mitteilung der Kommission über das Umweltrecht von 1996 und in der Entschließung des Rates der EU im Juni 1997 anerkannt. Wie bereits zuvor erwähnt, wird in der Empfehlung des Rates 2001/331 auf das IMPEL-Netz Bezug genommen. Gleiches gilt auch für den gemeinsamen Standpunkt des Rates zum Sechsten Umweltaktionsprogramm. In Artikel 3 Absatz 2 wird die Förderung einer wirksameren Umsetzung und Durchsetzung des gemeinschaftlichen Umweltrechts gefordert u. a. durch:

- die Förderung einer verbesserten Praxis bei Genehmigungen, Inspektionen, Überwachung und Durchsetzung durch die Mitgliedstaaten und
- einen verbesserten Informationsaustausch über die beste Praxis bei der Umsetzung, auch mittels des Europäischen Netzes zur Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft (IMPEL) im Rahmen von dessen Zuständigkeiten.

### **4. Beteiligung anderer Länder**

#### *4.1. Mittel- und osteuropäische Länder, Zypern und Malta/ Zusammenarbeit mit AC-IMPEL*

Das parallele Netz für die 12 Beitrittsanwärter, das sogenannte AC-IMPEL, wurde im Januar 1998 in Brüssel (Belgien) errichtet. Es arbeitet mit IMPEL eng zusammen, um die Beitrittsländer bei Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung und Durchsetzung des EU-Umweltrechts in der Zeit vor dem Beitritt zu unterstützen. Es unterscheidet sich von IMPEL insoweit, als die AC-IMPEL-Länder noch keine Mitgliedstaaten sind und den „gemeinschaftlichen Besitzstand“ im Bereich Umweltrecht noch nicht übernommen haben. Mit ihrem Beitritt zur EU werden sie Vollmitglied des IMPEL, so dass das AC-IMPEL-Netz nach Beitritt aller Kandidatenländer verschwinden wird. AC-IMPEL verfügt ebenfalls über ein bei der Kommission eingerichtetes Sekretariat.

Auf der IMPEL-Tagung in Paris im Dezember 2000 wurde erörtert, wie die Beziehungen zwischen den beiden Netzen gestärkt werden können. Eine vollständige Fusion wurde zu diesem Zeitpunkt als verfrüht ausgeschlossen. Allerdings wurde vereinbart, einen Teil der nächsten IMPEL-Tagung, die in Falun (Schweden) im Juni 2001 stattfinden sollte, als gemeinsame Tagung der beiden Netze zu veranstalten. Auf dieser gemeinsamen Tagung wurde die Feststellung der Tagung von Paris bestätigt, dass es für eine Vereinigung der beiden Netze noch zu früh sei. Stattdessen wurde beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Netzen weiter zu verstärken, und zwar beginnend mit der jährlichen Veranstaltung einer gemeinsamen Tagung, auf der die Beziehungen zwischen den beiden Netzen regelmäßig neu bewertet und Themen von gemeinsamen Interesse erörtert werden sollten. Die nächste Gemeinsame Tagung wird unter der spanischen Präsidentschaft, parallel zur allgemeinen IMPEL-Tagung, in Santiago de Compostela stattfinden. Gleichzeitig werden weiterhin Bedienstete aus den Beitrittsländern zur Teilnahme an den Seminaren und Arbeitstreffen aufgefordert, wenn dies für zweckmäßig erachtet wird. Diese Bediensteten beteiligten sich ferner an Austauschprogrammen im Bereich der Inspektionen (siehe unten) und haben dies für sehr hilfreich erachtet.

Mitglieder des AC-IMPEL-Netzes haben an verschiedenen IMPEL-Projekten teilgenommen wie dem irischen Projekt über die integrierte Genehmigung, der Konferenz über Einhaltung und Durchsetzung in Villach (Österreich), dem niederländischen Vergleichsprogramm und dem griechischen Projekt über Lebensmittelverarbeitung. Das erste AC-IMPEL-Projekt, an dem auch IMPEL teilnahm, wurde in Italien zu den Wechselbeziehungen zwischen integrierter Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC), Umweltverträglichkeitsprüfung und den SEVESO-Richtlinien und der EMAS-Verordnung durchgeführt. Dieses Projekt baute auf einem IMPEL-Projekt auf, das zu diesem Thema durchgeführt worden war.

Besondere Ausbildungsprogramme über Durchführungs- und Durchsetzungsfragen (mit Schwerpunkt auf der Schulung von Ausbildern) werden für die 12 Beitrittsländer in den kommenden Jahren veranstaltet, um sie bei der Angleichung ihrer Umweltrechtsvorschriften an diejenigen der Gemeinschaft zu unterstützen. Außerdem werden in den Beitrittsländern Sachverständige von IMPEL und AC-IMPEL sogenannte „peer reviews“ zu spezifischen Themen vornehmen. Ferner wurde ein AC-IMPEL-Austauschprogramm aufgestellt, an dem auch IMPEL-Mitglieder teilnehmen können.

Zu den Ergebnissen von AC-IMPEL zählen bisher:

- Bewertung der Strukturen und Verfahren zur Durchsetzung des Umweltrechts in Estland und Polen;
- Bewertung der Genehmigungs-, Überwachungs- und Durchsetzungskapazitäten der tschechischen Umweltbehörde;
- Aufbau einer Minibibliothek mit den wichtigsten einschlägigen IMPEL-Berichten und Dokumenten;
- innerstaatliche Schulung von Inspektoren im Rahmen von AC-IMPEL (3 Berichte: Polen, Ungarn und Lettland);
- Durchführungs- und Durchsetzungskapazitäten in Slowenien;

- Überprüfung der Durchführung und Durchsetzung im Umweltbereich in Ungarn;
- AC-IMPEL-Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen integrierter Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC), Umweltverträglichkeitsprüfung und den SEVESO-Richtlinien und der EMAS-Verordnung;
- Überprüfung der Durchführungs- und Durchsetzungskapazitäten Zyperns (erörtert auf der AC-IMPEL-Plenartagung, die im Juli 2001 auf Zypern stattfand).

Zurzeit wird eine Untersuchung zur Bewertung der Durchführungs- und Durchsetzungskapazitäten Lettlands in Bezug auf den „gemeinschaftlichen Besitzstand“ im Umweltrecht vorbereitet, die im Rahmen der nächsten AC-IMPEL-Plenartagung erörtert werden soll, die im Februar 2002 in Lettland stattfinden wird.

#### *4.2. Andere europäische Länder (EWR)*

Die Länder des europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), sprich Island, Liechtenstein und Norwegen wurden zur Teilnahme an Arbeitsgruppen aufgefordert, wenn ihre Beteiligung als wünschenswert betrachtet wird. Norwegen hat sich bereits an den beiden Arbeitsgruppen „Schulung und Austausch“ und „Grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen“ beteiligt. Norwegen hat ferner an den IMPEL-Tagungen 2000 in Oporto und Paris wie auch an den Tagungen 2001 in Falun und Namur teilgenommen.

### **5. IMPEL-Berichte 2000 und 2001**

In den Jahren 2000 und 2001 wurden von IMPEL Berichte vorgelegt u. a. über:

- Beschwerdeverfahren und Zugang zur Justiz für Bürger und NRO in Umweltangelegenheiten in der Europäischen Union;
- Datenblatt für Drucker (Informationen, wie Verschmutzungen durch die Druckindustrie vermieden, begrenzt und bekämpft werden können);
- IMPEL-Konferenz 2000 über Einhaltung und Durchsetzung;
- IMPEL-Arbeitstreffen über die Verwendung chlorierter Kohlenwasserstoffe in Industrieanlagen;
- Diffuse Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (Prüfung von Verfahren und Maßnahmen zur Schätzung im Hinblick auf atmosphärische Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen und vorgeschlagene Leitlinien);
- Finnisches Vergleichsprogramm (Selbstüberwachung und elektronische Berichterstattung);
- IMPEL-Arbeitstreffen über integrierte Genehmigung (eine Untersuchung der unterschiedlichen Ansätze der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Genehmigungen im Umweltbereich; Förderung der Entwicklung eines einheitlichen Ansatzes);

- Änderungen industrieller Betriebsvorgänge (eine Untersuchung der bewährten Praktiken in Bezug auf die Überwachung und Kontrolle der Änderungen in industriellen Betriebsvorgängen);
- Aus Unglücksfällen gezogene Lektionen;
- IMPEL-Überprüfungsinitiative, Phase 2: Bewertung und Test des Fragebogens und des Leitfadens;
- Beste Praktiken bei der Überwachung der Einhaltung;
- integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung; Einhaltung und Durchsetzung des EU-Umweltrechts durch Industriebetriebe (IPPC und Nicht-IPPC) der Lebensmittelherstellung und –verarbeitung;
- Vergleichsprogramme der Niederlande (Duldung, Förderung der Einhaltung, Mitteilung und ISO/EMAS, einfache Betriebserlaubnis);
- Allgemeine verbindliche Regeln (Untersuchung von Kriterien, die bei der Erarbeitung allgemein verbindlicher Regeln Anwendung finden sollten);
- IMPEL-Überprüfungsinitiative, Phase 3: Test des Überprüfungsprogramms:  
1. Überprüfung: Mannheim, Baden Württemberg (Deutschland), 15.-19. Oktober 2001.

Diese Berichte können auf der IMPEL-Website abgerufen werden unter

<http://europa.eu.int/comm/environment/impel/>

## **6. Arbeitsprojekte und Haushaltsmittel für die Jahre 2000 und 2001**

Seit 1997 werden IMPEL-Projekte im Allgemeinen von der Kommission kofinanziert; die Leitung der Projekte liegt bei den Mitgliedstaaten. Der Finanzierungsanteil der Kommission betrug bisher zwischen 50 und 80 %, obgleich die Kommission ausschließlich zu den förderfähigen Kosten einen Zuschuss leistet. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Mitgliedstaaten die Kosten für die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die in IMPEL-Projekten mitarbeiten, in vollem Umfang selbst tragen müssen. Dies sollte stets berücksichtigt werden, wenn man die Investitionen in IMPEL-Projekte betrachtet. Insgesamt wurden im Jahr 2000 315.914 € für Projekte bereitgestellt; 2001 belief sich diese Summe auf 235.184 €.

Die Arbeiten des IMPEL-Netzes bestehen weiterhin schwerpunktmäßig in der Durchführung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich, vor allem insoweit als komplexe industrielle Betriebsvorgänge betroffen sind. In der Regel wird im Rahmen der Projekte untersucht, inwieweit die Rechtsvorschriften angewandt und durchgesetzt werden; anschließend werden die bewährten Praktiken definiert. Das Projekt in Bezug auf die Beschwerdeverfahren und den Zugang zur Justiz für Bürger und NRO in Umweltangelegenheiten innerhalb der Europäischen Union hat Erkenntnisse geliefert, die für die Kommission besonders wertvoll waren.

Die Zahl und die Qualität der Berichte, die IMPEL in den Jahren 2000 und 2001 erarbeitet hat, unterstreichen den Erfolg des Netzes, was die Erreichung seiner Ziele betrifft. Einige werden insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen von Nutzen sein, wie

beispielsweise das „Datenblatt für Drucker“. Mehrere Berichte beschäftigten sich mit Aspekten der Durchführung der IPPC-Richtlinie. Die IMPEL-Konferenz 2000 über Einhaltung und Durchsetzung war ein beachtlicher Erfolg und hat die Arbeit von IMPEL bei einem breiteren Publikum bekannt gemacht. IMPEL hat die Herausforderung durch die Empfehlung zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen rasch aufgegriffen und bereits eine erste Reihe von Überprüfungen in Bezug auf Prüfstellen und -verfahren durchgeführt.

Die Website ist weiterhin ein großer Erfolg und eine sehr effiziente Möglichkeit, die Tätigkeit des IMPEL-Netzes weiter bekannt zu machen. Alle von IMPEL veröffentlichten Berichte können über die Website abgerufen werden. Dadurch ist gewährleistet, dass sie einem sehr großen Publikumskreis zugänglich sind.

## **7. Schlussfolgerungen und Ausblick**

Die Bedeutung des IMPEL-Netzes nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Arbeiten des Netzes sind weiterhin von sehr hoher Qualität; über die Website wurde das Netz bei einem breiteren Publikum bekannt gemacht. Die Verabschiedung des Mehrjahresarbeitsprogramms (das sich im Wesentlichen an der Empfehlung zur Festlegung der Mindestkriterien für Umweltinspektionen und dem Sechsten Umweltaktionsprogramm orientiert) setzt Schwerpunkte für die künftige Arbeit des Netzes und wird sicherstellen, dass die Tätigkeiten weiterhin von hohem Wert und Nutzen sein werden. Auf der IMPEL-Tagung vom 5.-7. Dezember 2001 in Namur wurde ein Mehrjahresarbeitsprogramm für den Zeitraum 2002-2006 angenommen.

## **8. INECE**

INECE bezeichnet das Internationale Netz für die Einhaltung und Durchsetzung von Umweltvorschriften. Es nahm seine Tätigkeit 1985 auf und hat sich inzwischen zu einem der wichtigsten internationalen Netze mit Kontakten in mehr als 130 Ländern entwickelt. Zu den bisherigen Leistungen zählen:

- die Veranstaltung von fünf internationalen Konferenzen,
- die Veröffentlichung der entsprechenden Konferenzberichte,
- die Herausgabe des INECE-Mitteilungsblattes,
- eine Informationswebsite,
- mehrere Schulungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Weltbankinstitut.

INECE veranstaltet in Abständen von mehreren Jahren internationale Konferenzen. Die nächste soll im April 2002 in San José (Costa Rica) stattfinden. Titel der Konferenz ist „Inaugurating a millennium of Implementation and Enforcement of Environmental Law“. Im Mittelpunkt der Konferenz werden Themen stehen wie die Bewertung der institutionellen Kapazitäten und Leistungen, die Sensibilisierung für die Notwendigkeit der Durchführung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften im Umweltbereich sowie die immer stärker werdende Rolle der Justiz in Bezug auf die Einhaltung und Durchsetzung der Umweltrechtsvorschriften. Zu jedem Thema werden Gastredner eingeladen und Workshops



veranstaltet, die den Teilnehmern Gelegenheit geben, die Themen umfassend zu erörtern und weiterzuentwickeln. Zum Ende der Konferenz werden auch Sitzungen der regionalen Netze stattfinden.

Der ausführende Planungsausschuss des INECE hat die Notwendigkeit erkannt, ein Mehrjahresarbeitsprogramm zu verabschieden. Ferner wurde auch begriffen, dass die Pflege der Beziehungen zu den regionalen Netzen – über die Veranstaltung internationaler Konferenzen im Abstand von etwa zwei Jahre hinaus - von großer Bedeutung ist. So wurde auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Netze (darunter IMPEL und AC-IMPEL) ein Arbeitsprogramm entworfen, zu dessen wichtigsten Zielen u. a. zählen: der Aufbau von Kapazitäten und effizienten Netzen, die Zusammenarbeit in Bezug auf die Durchsetzung von Rechtsvorschriften auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene sowie die Schärfung des Bewusstseins für die Notwendigkeit, die Rechtsvorschriften im Umweltbereich einzuhalten und durchzusetzen. Es wurden bereits zwei mögliche Projekte ins Auge gefasst, und zwar zum einen ein Schulungsprogramm zum Thema „Illegale grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle“ und zum anderen ein Projekt zur Zusammenstellung innovativer nationaler Entscheidungen und deren gemeinsame Nutzung.

**KAPITEL III: EINZELHEITEN ZU DEN VON DEN MITGLIEDSTAATEN MITGETEILTEN UMSETZUNGSMASSNAHMEN FÜR DIE RICHTLINIEN DER GEMEINSCHAFT; DIE INNERHALB DES BERICHTSZEITRAUMS UMZUSETZEN WAREN (EINGANG BIS EINSCHLIESSLICH 31. DEZEMBER 2001)**

(2000)

❖ **Richtlinie 97/43/Euratom des Rates vom 30. Juni 1997 über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition und zur Aufhebung der Richtlinie 84/466/Euratom**

*ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 22-27*

*Umsetzungsfrist: 12.5.2000*

---

<b>Belgien</b>	<p>01. Arrêté Royal du 20 juillet 2001 portant mise en vigueur de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de contrôle nucléaire, Moniteur belge du 30.8.2001, p. 28906 - F. 2001-2370 (C-2001/09537)</p> <p>02. Arrêté Royal portant sur les attributions et la désignation des membres du Département de contrôle et de surveillance de l'Agence fédérale de contrôle nucléaire chargée de veiller à l'application de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de contrôle nucléaire, Moniteur belge du 30.8.2001, p. 28907 - F. 2001-2370 (C-2001/09537)</p> <p>03. Arrêté Royal du 20 juillet 2001 portant règlement général de la protection de la population des travailleurs et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants, Moniteur belge du 30.8.2001, p. 28909 - F. 2001-2370 (C-2001/09537)</p>
<b>Dänemark</b>	<p>01. Sundhedsstyrelsens bekendtgørelse nr. 823 af 31. oktober 1997 om dosisgrænser fo ioniserende stråling</p> <p>02. Bekendtgørelse nr. 708 af 29. september 1998 om brugen af røntgenanlæg m.v.</p> <p>03. Bekendtgørelse nr. 975 af 16. december 1998 om medicinske røntgenanlæg til undersøgelse af patienter</p> <p>04. Bekendtgørelse nr. 48 af 25. januar 1999 om elektronacceleratorer til patientbehandling med energier fra 1 MeV til og med 50 MeV</p> <p>05. Bekendtgørelse nr. 209 af 6. april 1999 om dentalrøntgenanlæg til intra-orale optagelser med spændinger til og med 70 kV</p> <p>06. Bekendtgørelse nr. 663 af 16. august 1999 om større dentalrøntgenanlæg</p> <p>07. Bekendtgørelse nr. 765 af 6. oktober 1999 om røntgenterapiapparater til patientbehandling</p> <p>08. Bekendtgørelse nr. 954 af 23. oktober 2000 om anvendelse af abne radioaktive kilder pa sygehuse, laboratorier m.v.</p>
<b>Deutschland</b>	<p>01. Gesetz zur Änderung atomrechtlicher Vorschriften für die Umsetzung von Euratom-Richtlinien zum Strahlenschutz, BGBl. Teil I Nr. 20 vom 10.5.2000, S. 636</p> <p>02. Verordnung für die Umsetzung von Euratom-Richtlinien zum Strahlenschutz, BGBl. Teil I Nr. 38 vom 26.7.2001, S. 1714-1846</p>

---

❖ **Richtlinie 97/43/Euratom des Rates vom 30. Juni 1997 über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition und zur Aufhebung der Richtlinie 84/466/Euratom**

*ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 22-27*

*Umsetzungsfrist: 12.5.2000*

---

<b>Griechenland</b>	01. Décision 1014, Efimerida tis Kyverniseos, FEK n° 216/B du 6.3.2001, p. 4343
<b>Spanien</b>	01. Real Decreto por el que se establecen los criterios de calidad en medicina nuclear, aprobado el 5 de diciembre de 1997 - RD 1841/97, Boletín Oficial del Estado número 303 de 19.12.1997 02. Real Decreto por el que se establecen los criterios de calidad en radioterapia nuclear, aprobado el 17 de julio de 1998 - RD 1566/98, Boletín Oficial del Estado número 206 de 28.8.1998 03. Real Decreto por el que se establecen los criterios de calidad en radiodiagnóstico, aprobado el 23 de diciembre de 1999 - RD 1976/99, Boletín Oficial del Estado número 311 de 29.12.1999 04. Real Decreto 815/2001 sobre justificación del uso de las radiaciones ionizantes para la protección radiológica de las personas con ocasión de exposiciones médicas, Boletín Oficial del Estado número 168 de 14.7.2001
<b>Frankreich</b>	01. Loi sur la sécurité sanitaire de 1998 02. Ordonnance n° 2001-270 du 28 mars 2001 relative à la transposition de directives communautaires dans le domaine de la protection contre les rayonnements ionisants, JORF du 31.3.2001, p. 5056 03. Décret n° 2001-1154 du 5 décembre 2001 relatif à l'obligation de maintenance et au contrôle de qualité des dispositifs médicaux prévus à l'article L. 5212-1 du code de santé publique, JORF du 7.12.2001 p. 19481
<b>Irland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Italien</b>	01. Decreto legislativo 26 maggio 2000, n. 187, attuazione della Diretiva 97/43/Euratom in materia di protezione sanitaria delle persone contro i pericoli delle radiazioni ionizzanti connesse ad esposizioni mediche, GURI serie generale del 27.7.2000, n.105
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement Grand Ducal du 16 mars 2001 relatif à la protection sanitaire des personnes contre les dangers des rayonnements ionisants lors d'exposition à des fins médicales, Memorial du GD du Luxembourg n° 66 du 6.6.2001, p. 1292
<b>Niederlande</b>	01. Wet van 9 juli 2000 tot wijziging van de Kernenergiewet 02. Besluit stralingsbescherming 03. Wijzigingen van het Besluit kerninstallaties, splijtstoffen en erts en het Besluit vervoer splijtstoffen, erts en radioactieve stoffen
<b>Österreich</b>	01. Verordnung über Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung) 12/01/1972, Bundesgesetzblatt Nr. 47, 18.2.1972, S. 481-565 02. Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzgesetz), 11/06/1969, Bundesgesetzblatt Nr. 227, 8.7.1969, S. 1337-1349

---

❖ **Richtlinie 97/43/Euratom des Rates vom 30. Juni 1997 über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition und zur Aufhebung der Richtlinie 84/466/Euratom**

*ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 22-27*

*Umsetzungsfrist: 12.5.2000*

---

	03. Bundesgesetz mit dem das Arzneimittelgesetz geändert wird (Arzneimittelgesetz-Novelle 1993), Bundesgesetzblatt Nr. 107, 16.2.1994, 2021-2040.
	04. Bundesgesetz betreffend Medizinprodukte (MPG), Bundesgesetzblatt Nr. 657, 29.11.1996, S. 4579-4617
	05. Bundesgesetz mit dem Regelungen über Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Vorläuferstoffe (Suchtmittelgesetz, SMG), Bundesgesetzblatt Nr. 112, 5.9.1997, S. 1401-1418
	06. Bundesgesetz: Änderung des Bundesgesetzes über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz), Bundesgesetzblatt n° 327, 9.7.1996, 2515-2523.
	07. Ärztegesetz 1998 und Änderung des Ausbildungsvorbehaltsgesetzes, Bundesgesetzblatt n° 169, 10.11.1998, 1933-2011.
	08. Verordnung über die Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin und zum Facharzt (Ärzte-Ausbildungsordnung), Bundesgesetzblatt n° 152, 4.3.1994, 2113-2262
	09. Erlass zum unmittelbaren Anwendbarkeit von Richtlinien auf dem Gebiete des Strahlenschutzes im Bereich der Medizin ab dem 13. Mai 2000, vom 10. Mai 2000, GZ. 32.240/2-IX/11/2000
	10. Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle auf dem Gebiet des Strahlenschutzes im Bereich der Humanmedizin vom 3. Juli 2001, GZ. 32.240/2-IX/11/2001
<b>Portugal</b>	bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Finnland</b>	01. Säteilylaki, 27/03/1991, SSK 592/1991, ja sen muutokset 1102/1992, 1334/1994, 594/1995 ja 1142/1998
	02. Säteilyasetus, 20/12/1991, SSK 1512/1991
	03. STM:n asetus säteilyn lääketieteellisestä käytöstä, 10/05/2000, SSK 423/2000
	04. Laki Säteilyturvakeskuksesta, 22/12/1983, SSK 1069/1983
	05. Laki lääketieteellisestä tutkimuksesta, 09/04/1999, SSK 488/1999
	06. Kansanterveyslaki, 28/01/1972, SSK 66/1972
	07. Kansanterveysasetus, 21/08/1992, SSK 802/1992
	08. Laki terveydenhuollon valtakunnallisista henkilörekistereistä, 09/06/1989, SSK 556/1989
	09. Asetus terveydenhuollon valtakunnallisista henkilörekistereistä, 01/09/1989, SSK 774/1989
	10. Laki terveydenhuollon ammattihenkilöistä, 28/06/1994, SSK 559/1994
	11. Asetus terveydenhuollon ammattihenkilöistä, 28/06/1994, SSK 564/1994

---

❖ **Richtlinie 97/43/Euratom des Rates vom 30. Juni 1997 über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition und zur Aufhebung der Richtlinie 84/466/Euratom**

*ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 22-27*

*Umsetzungsfrist: 12.5.2000*

---

<b>Schweden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om allmänna skyldigheter vid medicinsk och odontologisk verksamhet med joniserande strålning - 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:1, 6.6.2000, s. 1-8</li> <li>02. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om röntgendiagnostik - 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:2, 6.6.2000, s. 1-9</li> <li>03. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter och allmänna råd om nukleärmedicin - 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:3, 6.6.2000, s. 1-9</li> <li>04. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om medicinsk strålbehandling - 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:4, 6.6.2000, s. 1-6</li> <li>05. Högskoleförordning - 04/02/1999, Svensk författningssamling 1993:100, 2.3.1993, s. 1-60</li> <li>06. Lag om yrkesverksamhet på hälso- och sjukvårdens område - 11/06/1998, Svensk författningssamling 1998:531, 22.6.1998, s. 1-18</li> <li>07. Förordning om yrkesverksamhet på hälso- och sjukvårdens område - 3/12/1998, Svensk författningssamling 1998:1513, 11.12.1998, s. 1-15</li> <li>08. Socialstyrelsens föreskrifter - 04/11/1996, Socialstyrelsens författningssamling 1996:26(M), 29.11.1996, s. 3</li> <li>09. Socialstyrelsens föreskrifter och allmänna råd. Kvalitetssystem I hälso- och Sjukvården - 25/10/1996, Socialstyrelsens författningssamling 1996:24(M), 20.12.1996, s. 3-20</li> </ul>
<b>Vereinigtes Königreich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. The Ionizing Radiation (medical exposure) Regulations 2000, Statutory Instrument No 1059 of 2000, Great Britain</li> <li>02. The Ionizing Radiation (medical exposure) Regulations (Northern Ireland) 2000, Statutory Instrument No 154 of 2000</li> </ul>

---

❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

<b>Belgien</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>01. Arrêté royal du 20 juillet 2001 portant mise en vigueur de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de contrôle nucléaire, Moniteur belge du 30.8.2001, p. 28906 - F. 2001-2370 (C-2001/09537)</li> <li>02. Arrêté Royal portant sur les attributions et la désignation des membres du Département de contrôle et de surveillance de l'Agence fédérale de contrôle nucléaire chargée de veiller à l'application de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de contrôle nucléaire, Moniteur belge du 30.8.2001, p. 28907 - F. 2001-2370 (C-2001/09537)</li> <li>03. Arrêté Royal du 20 juillet 2001 portant règlement général de la protection de la population des travailleurs et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants, Moniteur belge du 30.8.2001, p. 28909 - F. 2001-2370 (C-2001/09537)</li> </ol>
<b>Dänemark</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>01. Sundhedsstyrelsens bekendtgørelse nr. 823 af 31. oktober 1997 om dosisgrænser fo ioniserende stråling</li> <li>02. Bekendtgørelse nr. 708 af 29. september 1998 om medicinske røntgenanlæg til undersøgelse af patienter</li> <li>03. Bekendtgørelse nr. 975 af 16. december 1998 om medicinske røntgenanlæg til undersøgelse af patienter</li> <li>04. Bekendtgørelse nr. 48 af 25. januar 1999 om elektronacceleratorer til patientbehandling med energier fra 1 MeV til og med 50 MeV</li> <li>05. Bekendtgørelse nr. 209 af 6. april 1999 om dentalrøntgenanlæg til intra-orale optagelser med spændinger til og med 70 kV</li> <li>06. Bekendtgørelse nr. 663 af 16. august 1999 om større dentalrøntgenanlæg</li> <li>07. Bekendtgørelse nr. 765 af 6. oktober 1999 om røntgenterapiapparater til patientbehandling</li> <li>08. Bekendtgørelse nr. 954 af 23. oktober 2000 om anvendelse af abne radioaktive kilder på sygehuse, laboratorier m.v.</li> <li>09. Bekendtgørelse om undtagelsesregler fra lov om radioaktive stoffer, SIS-udkast af 22. december 2000</li> <li>10. Bekendtgørelse nr. 120 af 26. februar 2001 om ændring af bekendtgørelse om lægelig kontrol med arbejde med ioniserende stråling</li> <li>11. Bekendtgørelse nr. 206 af 23. marts 1990 om lægelig kontrol med arbejde med ioniserende stråling, s. 1-2</li> <li>12. Bekendtgørelse nr. 1165 af 16. december 1992 om arbejdsmedicinske undersøgelser efter lov om arbejdsmiljø</li> </ol>

❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

---

<b>Deutschland</b>	01. Gesetz zur Änderung atomrechtlicher Vorschriften für die Umsetzung von Euratom-Richtlinien zum Strahlenschutz, BGBl. Teil I Nr. 20 vom 10.5.2000, S. 636
	02. Verordnung vom 20. Juli 2001 für die Umsetzung von EURATOM-Richtlinien zum Strahlenschutz, BGBl. Teil I Nr. 38 vom 26.7.2001, S. 1714
<b>Griechenland</b>	01. Décision 1014, Efimerida tis Kyverniseos, FEK n° 216/B du 6.3.2001, p. 4343
<b>Spanien</b>	01. Real Decreto 783/2001, de 6 de julio de 2001, por el que se aprueba el Reglamento sobre protección sanitaria contra radiaciones ionizantes, Boletín Oficial del Estado número 178 de 26.7.2001, p. 27284
	02. Real Decreto 1836/1999, de 3 diciembre 1999, por el que se aprueba el Reglamento sobre instalaciones nucleares y radiactivas, Boletín Oficial del Estado número 313 de 31.12.1999
<b>Frankreich</b>	01. Décret n° 2001-215 du 8 mars 2001 modifiant le décret n° 66-450 du 20 juin 1966 relatif aux principes généraux de protection contre les rayonnements ionisants, JORF du 10.3.2001, p. 3869 - (NOR MESP0120118D)
	02. Ordonnance n° 2001-270 du 28 mars 2001 relative à la transposition de directives communautaires dans le domaine de la protection contre les rayonnements ionisants, JORF du 31.3.2001, p. 5056
<b>Irland</b>	01. Radiological protection Act 1991 (No 9 of 1991)
	02. Energy (Miscellaneous provisions) Act 1995 (No 35 of 1995)
	03. Food Safety Authority of Ireland Act, 1998 (No 29 of 1998)
	04. Radiological protection Act 1991(ionizing radiation) Order, 2000, Statutory Instrument No 125 of 2000
	05. European Communities (Revocation of Regulations relating to ionizing radiation and protection of outside workers from such radiations) Regulations 2000, Statutory Instrument No 131 of 2000
<b>Italien</b>	01. Avviso di rettifica ed errata-corrigge al decreto legislativo 26 maggio 2000, n. 241 di attuazione della direttiva 96/29/Euratom del Consiglio del 13/05/1996, che stabilisce le norme fondamentali di sicurezza relative alla protezione sanitaria della popolazione e dei lavoratori contro I rischi derivanti dalle radiazioni ionizzanti, GURI, serie generale del 22.3.2001, n. 68
	02. Decreto legislativo 9 maggio 2001, n. 257, GURI serie generale del 4.7.2001, n. 153, p. 9
	03. Avviso di rettifica ed errata-corrigge al decreto legislativo 26 maggio 2000, n. 241 di attuazione della direttiva 96/29/Euratom del Consiglio del 13/05/1996, che stabilisce le norme fondamentali di sicurezza relative alla protezione sanitaria della popolazione e dei lavoratori contro I rischi derivanti dalle radiazioni ionizzanti, GURI serie generale del 22.3.2001, n. 68
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 14/12/2000 concernant la protection de la population contre les dangers résultant des rayonnements ionisants, Mémorial A, N° 9 du 22.1.2001, p. 528

---

❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

<b>Niederlande</b>	01. Wet van 9 juli 2000 tot wijziging van de Kernenergiewet, Staatsblad 2000, 313 02. Besluit stralingsbescherming, Staatsblad 2001, 397
<b>Österreich</b>	01. Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, idF 657/1996 02. Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972 03. Rundschreiben vom 14.9.2000 zur unmittelbaren Anwendbarkeit der Richtlinie 96/29/Euratom ab dem 13. Mai 2000
<b>Portugal</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Finnland</b>	01. Säteilylaki, 27/03/1991, SSK 592/1991 ja sen muutos 1142/1998 02. Säteilyasetus, 20/12/1991, SSK 1512/1991 ja sen muutos 1143/1998 03. Työterveyshuoltolaki, 29/09/1978, SSK 743/1978 04. Valtioneuvoston päätös terveystarkastuksista erityistä sairastumisen vaaraa aiheuttavissa töissä, 30/12/1992, SSK 1672/1992 05. Laki Säteilyturvakeskuksesta, 22/12/1983, SSK 1069/1983 06. Asetus säteilyturvakeskuksesta, 27/06/1997, SSK 618/1997 07. Säteilyn käytön vapauttaminen turvallisuusluvasta ja ilmoitusvelvollisuudesta, 01/07/1999, OHJE N:o ST 1.5, 01/07/1999, s. 0-10 08. Säteilysuojelutoimet työpaikalla: 29/12/1999, OHJE N:o ST 1.6 29/12/1999, s. 0-14 09. Hammasröntgenlaitteiden käyttö ja valvonta, 27/05/1999, OHJE N:o ST 3.1, 27/05/1999, s. 0-10 10. Radionuklidlaboratorioiden säteilyturvallisuusvaatimukset, 01/07/1999, OHJE N:o ST 6.1, 01/07/1999, s. 0-9 11. Radioaktiiviset jätteet: 01/07/1999, OHJE N:o ST 6.2, 01/07/1999, s. 0-9 12. Säteilyaltistuksen seuranta, 25/02/2000, OHJE N:o ST 7.1, 25/02/2000, s. 0-9 13. Säteilyaltistuksen enimmäisarvojen soveltaminen ja säteilyannoksen laskemisperusteet, 01/07/1999, OHJE N:o ST 7.2, 01/07/1999, s. 0-20 14. Sisäisestä säteilystä aiheutuvan annoksen laskeminen, 01/07/1999, OHJE N:o ST 7.3, 01/07/1999, page 0-90 15. Säteilyannosten rekisteröinti: 25/02/2000, OHJE N:o ST 7.4, 25/02/2000, s. 0-7 16. Säteilytyötä tekevien työntekijöiden terveystarkkailu: 29/12/1999, OHJE N:o ST 7.5, 29/12/1999, s. 0-12 17. Säteilyturvallisuus luonnonsäteilylle altistavassa toiminnassa, 06/04/2000, OHJE N:o ST 12.1, 06/04/2000, s. 0-15 18. Säteilyturvakeskuksen päätös 202/310/99 Hammasröntgenlaitteiden käytön vapauttaminen turvallisuusluvasta, 24/05/1999 19. Ydinergialaki ja muu säännöstö 20. Ydinenergialaki, 11/12/1987, SSK 990/1987, kuten viimeksi muutettuna 635/1999 21. Ydinenergia-asetus, 12/02/1988, SSK 161/1998, kuten viimeksi muutettuna



❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

	1069/1999
	22. Valtioneuvoston päätös ydinvoimalaitosten turvallisuutta koskevista yleisistä määräyksistä, 14/02/1991, SSK 395/1991
	23. Valtioneuvoston päätös ydinvoimalaitosten valmiusjärjestelyjä koskevista yleisistä määräyksistä, 14/02/1991, SSK 397/1991
	24. Ydinvoimalaitoksen ympäristön väestön säteilyannosten arviointi: 23/01/1997, OHJE N:o YVL 7.2, 23/01/1997, s. 0-11
	25. Ydinvoimalaitoksen valmiusjärjestelyt: 23/01/1997, OHJE N:o YVL 7.4, 23/01/1997, s. 0-18
	26. Ydinvoimalaitosten radioaktiivisten aineiden päästöjen mittaus: 13/07/1992, OHJE N:o YVL 7.6, 13/07/1992, s. 0-7
	27. Ydinvoimalaitoksen ympäristön säteilyvalvonta 11/12/1995, OHJE YVL N:o 7.7, 11/12/1995, s. 0-10
	28. Ydinvoimalaitosten työntekijöiden säteilysuojelu: 14/12/1992, OHJE N:o YVL 7.9, 14/12/1992, s. 0-9
	29. Ydinvoimalaitoksen työntekijöiden säteilyaltistuksen valvonta, 29/08/1994, OHJE N:o YVL 7.10, 29/08/1994, s. 0-9
	30. Ydinjätteiden vapauttaminen valvonnasta: 19/03/1992, OHJE N:o YVL 8.2, 19/03/1992, s. 0-6
<b>Schweden</b>	01. Strålskyddslag, Svenska författningssamling (SFS) 1988:220
	02. Lag (2000:264) om ändring i strålskyddslagen (1988:220), SFS 2000:264, 9.5.2000
	03. Förordning (2000:808) om ändring i förordningen (1988:295) med instruktion för Statens strålskyddsinstitut, SFS 2000:808, 7.11.2000
	04. Förordning (2000:809) om ändring i strålskyddsförordningen (1988:293), SFS 2000:809, 7.11.2000
	05. Statens strålskyddsinstituts författningssamling, i det följande SSIFS : 1983:7; 1999:1; 1991:2; 1991:3; 1991:5; 1992:1; 1992:4; 1996:2; 1998:3; 1998:4; 1998:5; 1998:6; 2000:1; 2000:2; 2000:3; 2000:4; 2000:5; 2000:6; 2000:7; 2000:8; 2000:9; 2000:10; 2000:11
	06. Strålskyddslag, 19/05/1988 Svensk författningssamling 1988:220
	07. Strålskyddsförordning 19/05/1988, Svensk författningssamling 1988:293
	08. Förordning med instruktion för Statens strålskyddsinstitut 19/05/1988, Svensk författningssamling 1988:295
	09. Räddningstjänstlag 11/12/1986, Svensk författningssamling 1986:1102
	10. Räddningstjänstlagförordning 11/12/1986, Svensk författningssamling 1986:1107
	11. 9 kap. Miljöfarlig verksamhet och hälsoskydd, Svensk författningssamling 1988:808 - Arbetsmiljölagen 19/12/1977 Svensk författningssamling 1977:1160
	12. Lag om ändring i strålskyddslagen (1988:220) 27/04/2000, Svensk författningssamling 2000:264, 09.05.2000, s. 1-2

❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

- 
13. Förordning om ändring i förordningen (1988:295) med instruktion för Statens strålskyddsinstitut 19/10/2000 Svensk författningssamling 2000:808, 7.11.2000, s. 1-2
  14. Förordning om ändring i strålskyddsförordningen (1988:293) 19/10/2000, Svensk författningssamling 2000:809, 7.11.2000, s. 1-7
  15. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter m.m. om icke kärnenergianknutet radioaktivt avfall: 20/12/1983, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1983:7
  16. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om strålskärmning av röntgenanläggningar för medicinsk diagnostik: 22/03/1991, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1991:1
  17. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om strålskärmning av röntgenanläggningar för odontologisk diagnostik : 22/03/1991, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1991:2
  18. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om strålskärmning av röntgenanläggningar för veterinärmedicinsk diagnostik, 22/03/1991, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1991:3
  19. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om bäringskikare och pejlkompasser försedda med tritiumljus, 24/02/1992, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1992:1
  20. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om brandvarnare som innehåller strålkälla med radioaktivt ämne, 02/11/1992, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1992:4
  21. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om utförsel av gods och olja från zonindelad område vid kärntekniska anläggningar: 25/09/1996, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1996:2
  22. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om externa personer i verksamhet med joniserande strålning, 18/11/1996, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1996:3, s. 1-6
  23. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om kategoriindelning av arbetstagare och arbetsställen vid verksamhet med joniserande strålning, 29/10/1998, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1998:3
  24. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om dosgränser vid verksamhet med joniserande strålning, 29/10/1998, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1998:4
  25. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om mätning och rapportering av persondoser, 29/10/1998, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1998:5
  26. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om läkarundersökning för arbete med joniserande strålning, 29/10/1998, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 1998:6
  27. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om allmänna skyldigheter vid medicinsk och odontologisk verksamhet med joniserande strålning, 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:1, 6.6.2000, s. 1-8
-

❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

---

	28. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om röntgendiagnostik, 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:2, 6.6.2000, s. 1-9
	29. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter och allmänna råd om nukleärmedicin, 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:3, 6.6.2000, s. 1-9
	30. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om medicinsk strålbehandling, 28/04/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:4, 6.6.2000, s. 1-6
	31. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter och allmänna råd om röntgenverksamhet inom veterinärmedicinen, 26/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:5, 09.08.2000, s. 1-9
	32. Statens strålskyddsinstituts allmänna råd om kompetens hos strålskyddsexperter, 6/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:6, 9.8.2000, s. 1-4
	33. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om laborativ verksamhet med radioaktiva ämnen i form av öppna strålkällor, 26/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:7, 9.8.2000, s. 1-10
	34. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter och allmänna råd om radiografering, 26/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:8, 9.8.2000, s. 1-9
	35. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om verksamhet med acceleratorer och slutna strålkällor, 26/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:9, 9.8.2000, s. 1-6
	36. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om personsstrålskydd i verksamhet med joniserande strålning vid kärntekniska anläggningar, 26/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:10, 9.8.2000, s. 1-8
	37. Statens strålskyddsinstituts föreskrifter om strålskyddsföreståndare vid kärntekniska anläggningar, 26/05/2000, Statens strålskyddsinstituts författningssamling 2000:11, 9.8.2000, s. 1-2
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. Health and Safety at work Act 1974 (last amended 1996 and 1997)
	02. The Medicines (Administration of Radioactive Substances) Regulations 1978 (1978 n° 1006) modifié par The Medicines (Administration of Radioactive Substances) amendment Regulations 1995 (No 2147) et The medicines (radioactive Substances) Order 1978 1978 No 1004
	03. Food Safety Act 1990
	04. Environment Act 1995
	05. Food and Environment protection Act 1985
	06. Ionizing Radiations Regulations (Great Britain) 1999 of 9.12.1999 (1999/3232)
	07. Ionising Radiations Regulations (Northern Ireland) 2000, Statutory Rules of Northern Ireland No 375
	08. Radioactive substances Act 1993 (27 mai) (GB) as amended by Environment Act 1995

---

❖ **Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen**

*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1-14*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

- 
09. Radioactive (Basic standards) Scotland Regulation 2000 and Radioactive (Basic standards) Scotland Direction 2000 (Scottish SI 2000 No 100)
  10. The Radioactive Material (Road Transport) (Great Britain) Regulations 1996, Statutory Instrument 1350/1996, into force on 20/06/1996
  11. Health Protection (Ionising Radiation) Ordinance 2001 Interpretation and General Clauses Ordinance the Radiation (Emergency Preparedness and Public Information) Regulations 2001, Draft legal notice of 2001 Gibraltar Gazette
  12. The radiation (emergency preparedness and public information for Great Britain Regulations 2001 (2001 No 2975) of 20.9.2001
  13. Air navigation (cosmic radiation)( keeping of records) Regulations 2000 (No 1380) and air navigation (cosmic radiation) Order 2000 (No 1104)
  14. The radioactive substances (substances of low activity) exemption (amendment) Order 1992 (S.I. No 647)
  15. Nuclear reactors (environmental impact assessment for decommissioning) regulations 1999 (SI No 2892)
  16. Radiation (Emergency Preparedness and Public Information) Regulations 2001 (Great Britain) - (27/08/2001), SI 2001 N° 2975, entrée en vigueur 20/09/2001
  17. Radiation (Emergency Preparedness and Public Information) Regulations 2001 Northern Ireland (27/08/2001), SR of NI 2001 No 436
  18. Radioactive Substances (Clocks and Watches) England and Wales-Regulations 2001 – SI 2001 No 4005
  19. Requirements for the approval of Dosimetry services under the IRR 1999 (supplement on approval for emergency exposures during intervention)
-

❖ **Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten**

*ABl. L 123 vom 24.4.1998, S. 1-63*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

---

<b>Belgien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Arrêté royal du 5 juin 1975 relatif à la conservation, au commerce et à l'utilisation des pesticides et des produits phytopharmaceutiques, Moniteur belge du 4.11.1975, p. 13864</li> <li>02. Arrêté royal du 25 juillet 1985 modifiant l'arrêté royal du 5 juin 1975 relatif à la conservation, au commerce et à l'utilisation des pesticides et des produits phytopharmaceutiques, Moniteur belge du 18.12.1985 (N. 85-2623)</li> <li>03. Arrêté royal du 5 novembre 1991 modifiant l'arrêté royal du 5 juin 1975 relatif à la conservation, au commerce et à l'utilisation des pesticides et des produits phytopharmaceutiques, Moniteur belge du 19.12.1991 (N. 91-3783), p. 28911</li> <li>04. Arrêté Royal du 5 Septembre 2001 relatif à la mise sur le marché et l'utilisation des produits biocides, Moniteur belge du 12.10.2001, p. 35306</li> </ul>
<b>Dänemark</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Lov nr. 256 af 12 april 2000 om ændring af lov om kemiske stoffer og produkter</li> <li>02. Bekendtgørelse af 5 maj 2000 om ændring af bekendtgørelse om bekæmpelsesmidler</li> </ul>
<b>Deutschland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Griechenland</b>	01. Décret Présidentiel n° 205, Efimerida tis Kyverniseos, FEK 160A du 16.7.2001, p. 2429
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	01. Ordonnance n° 2001-321 du 11/04/2001 relative à la transposition de directives communautaires et à la mise en oeuvre de certaines dispositions du droit communautaire dans le domaine de l'environnement, JORF du 14.4.2001, p. 5820
<b>Irland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Italien</b>	01. Decreto legislativo 25/02/2000 n. 174, Supplemento ordinario alla Gazzetta ufficiale, serie generale, del 28/06/2000, n. 149, pag. 5
<b>Luxemburg</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Niederlande</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Bestrijdingsmiddelenwet 1962 (12/07/1962), ADW, Kluwer, STB. 288</li> <li>02. Regeling uitzondering bestrijdingsmiddelen (19/05/1978), ADW, Kluwer</li> <li>03. Regeling samenstelling, indeling, verpakking en etikettering estrijdingsmiddelen (SIVEB) (22/02/1980), ADW, Kluwer</li> <li>04. Regeling toelating bestrijdingsmiddelen 1995 (RTB'95) (23/02/1995), ADW, Kluwer</li> <li>05. Besluit wijziging toelatingsvoorschriften bestrijdingsmiddelen, ADW, Kluwer (20/02/1995)</li> <li>06. Bestrijdingsmiddelenbesluit (25/07/1964), ADW, Kluwer</li> <li>07. Besluit andere taken College voor de toelating van bestrijdingsmiddelen (12/11/1999), ADW, Kluwer</li> <li>08. Warenwetbesluit deponering informatie preparaten (21/12/1995), ADW, Kluwer</li> <li>09. Besluit milieutoelatingseisen niet-landbouwbestrijdingsmiddelen (27/07/1998)</li> <li>10. Wijziging van de Bestrijdingsmiddelenwet 1962 (implementatie biociden richtlijn), Tweede Kamer, vergaderjaar 1999-2000, 27 085, nrs 1-2, ADW, Kluwer</li> </ul>

---

❖ **Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten**

*ABl. L 123 vom 24.4.1998, S. 1-63*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

---

<b>Österreich</b>	01. Bundesgesetz, mit dem ein Biozid-Produkte-Gesetz erlassen wird sowie das Lebensmittelgesetz 1975 und das Chemikaliengesetz 1996 geändert werden, BGBl. I Nr. 105/2000
<b>Portugal</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Finnland</b>	01. Laki kemikaalilain muuttamisesta, SSK 1198/1999 02. Laki torjunta-ainelain muuttamisesta, SSK 1199/1999 03. Laki terveydensuojelulain 21 §:n muuttamisesta, SSK 1200/1999 04. Valtioneuvoston asetus biosidivamisteista, SSK 466/2000 05. Sosiaali- ja terveysministeriön asetus biosidivalmisteiden pakkaamisesta ja merkinnöistä, SSK 422/2000 06. Ympäristöministeriön asetus Suomen ympäristökeskuksen maksullisista suoritteista, SSK 420/2000 07. Sosiaali- ja terveysministeriön asetus sosiaali- ja terveydenhuollon tuotevalvontakeskuksen maksullisista suoritteista annetun sosiaali- ja terveysministeriön päätöksen muuttamisesta, SSK 498/2000 08. Landskapslag om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande kemikalier (09/04/1990), AFS Nr 32/1990 09. Landskapslag om ändring av landskapslagen angående tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande kemikalier (12/05/1995), AFS Nr 60/1995 10. Landskapsförordning om ändring av landskapsförordning om tillämpning i landskapet Åland av riksförfattningar om explosionfarliga ämnen och kemikalier (12/10/2000), AFS Nr 73/2000 11. Maa- ja metsätalousministeriön asetus 109/00 viljakasvien siemenkaupasta (24/11/200)
<b>Schweden</b>	01. Förordningen (2000:338) om biocidprodukter 02. Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS) 2000:3 om ändring i KIFS 1998:8 03. KIFS 1998:8 om kemiska produkter och biotekniska organismer 04. KIFS 2000:4 om ändring i KIFS 1994:12 05. Miljöbalken 1998:808 06. Förvaltningslagen 1986:223 07. Djurskyddsförordningen 1988:539 08. Sekretesslagen 1980:100 09. Sekretessförordningen 1980:657 10. Förordningen 2000:384 11. Sprängämnesinspektionens föreskrifter (SÄIFS) 1994:4 om varuinformationsblad 12. Marknadsföringslagen 1994:450 13. Förordningen 1998:942 om kemikalieavgifter m.m. 14. Förordningen 1998:900 om tillsyn enligt miljöbalken

---

❖ **Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten**

*ABl. L 123 vom 24.4.1998, S. 1-63*

*Umsetzungsfrist: 13.5.2000*

---

	15. Förrordningen 2000:341 om ändring i förrordningen om tillsyn
	16. Förrordningen 1988:525 med instruktion för Kemikalieinspektionen
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Biocidal Products Regulations 2001; 06/04/2001, Statutory Instrument No 880

---

❖ **Richtlinie 98/81/EG des Rates vom 26. Oktober 1998 zur Änderung der Richtlinie 90/219/EWG über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen**

*ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 13-31*

*Umsetzungsfrist: 5.6.2000*

<b>Belgien</b>	01. Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 09/12/1993 relatif aux installations effectuant des opérations mettant en oeuvre des micro-organismes ou des organismes, pathogènes ou génétiquement modifiés - Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 09/12/1993 betreffende de inrichtingen die activiteiten verrichten waarbij pathogene of genetisch gemodificeerde micro-organismen of organismen worden aangewend, Moniteur belge du 25.1.1994, p. 1424
	02. Ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 384 af 26. maj 2000
	02. Bekendtgørelse af 28. juni 2001 om genteknologi og arbejdsmiljø, Bekendtgørelse nr. 642 trådte i kraft den 16. juli 2001
	03. Bekendtgørelse af lov om arbejdsmiljø, Lovbekendtgørelse nr. 784 af 11. oktober 1999
<b>Deutschland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	01. Code de l'environnement Livre V Prévention des pollutions, des risques et des nuisances, Titre III
	02. Décret n° 93-773 du 27/03/1993 pris pour l'application s'agissant des utilisations civiles de l'article 6 de la loi n° 92-654 du 13/07/1992 relative au contrôle de l'utilisation et de la dissémination des organismes génétiquement modifiés et modifiant la loi n° 76-663 du 19/07/1976 relative aux installations classées pour la protection de l'environnement, JORF n° 75 du 30.3.1993
	03. Arrêté du 09/06/1993 relatif au dossier de déclaration d'utilisation confinée d'organismes génétiquement modifiés prévu à l'article 19 du décret n° 93-773 du 27/03/1993, JORF n° 148 du 29.6.1993
	04. Arrêté du 27/12/1994 relatif au dossier de demande d'agrément prévu au titre Ier du décret n° 93-773 du 27/03/1993, JORF n° 13 du 15.1.1995, p. 786
<b>Irland</b>	01. Genetically modified organisms (contained use) Regulations, 2001, Statutory Instrument No 73 of 2001
<b>Italien</b>	01. Decreto legislativo 12 aprile 2001, n° 206 (pubblicato nel "Supplemento ordinario n° 133 alla Gazzetta ufficiale della Repubblica italiana n° 126 del 1/6/2001 - Serie generale") Attuazione della direttiva 98/81/CE che modifica la direttiva 90/219/CE, concernente l'impiego confinato di microorganismi geneticamente modificati
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement du 5 octobre 2001 déterminant les informations que doivent contenir les demandes d'autorisation de projets d'utilisation confiée d'organismes génétiquement modifiés, Mémorial A n° 128 du 18.10.2001, p. 2592
<b>Niederlande</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 2/2001 de 4 de Janeiro, Diário da República - I série A, n.º 3 de 4.1.2001, p. 39
<b>Finnland</b>	01. Laki geenitekniikkalain muuttamisesta, 26/05/2000, SSK 490/2000



❖ **Richtlinie 98/81/EG des Rates vom 26. Oktober 1998 zur Änderung der Richtlinie 90/219/EWG über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen**

*ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 13-31*

*Umsetzungsfrist: 5.6.2000*

---

	02. Valtioneuvoston asetus geenitekniikka-asetuksen muuttamisesta, SSK 491/2000
	03. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön asetus geenitekniikalla muunnettujen mikro-organismien suljetun käytön riskiarvioinnin periaatteista sekä eristämisen ja muista suojatoimenpiteistä, 31/05/2000, SSK 492/2000
	04. Geenitekniikkalaki, 17/03/1995, SSK 377/1995
	05. Geenitekniikka-asetus, 24/04/1995, SSK 821/1995
<b>Schweden</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Genetically Modified Organisms (Contained Use) Regulations 2000, Statutory Instrument, Health and Safety 2000 No 2831 (coming into force 15.11.2000)
	02. Public Health (Genetically Modified Micro-Organisms) (Contained Use) Regulations 2001 - 26/04/2001, Second supplement to the Gibraltar Gazette No 3220 of 26.4.2001, p. 132-183
	03. The Genetically Modified Organisms (Contained Use) Regulations (Northern Ireland) 2001, Statutory Instrument N° 295/2001 of 15.11.2000, coming into operation 25.9.2001

---

❖ **Richtlinie 98/98/EG der Kommission vom 15. Dezember 1998 zur fünfundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)**

*ABl. L 355 vom 30.12.1998, S. 1-624*

*Umsetzungsfrist: 1.7.2000*

<b>Belgien</b>	<p>01. Arrêté royal du 28 septembre 2000 modifiant l'arrêté royal du 11 janvier 1993 réglementant la classification, l'emballage et l'étiquetage des préparations dangereuses en vue de leur mise sur le marché ou de leur emploi et l'arrêté royal du 5 octobre 1998 limitant la mise sur le marché et l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses, Moniteur belge n° 228 du 25.11.2000, p. 39238</p> <p>02. Arrêté royal du 28 septembre 2000 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme et son environnement, Moniteur belge n° 228 du 25.11.2000, p. 39339</p> <p>03. Arrêté ministériel du 10 octobre 2000 rectifiant l'annexe VI de l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement, Moniteur belge n° 228 du 25.11.2000, p. 39347</p>
<b>Dänemark</b>	<p>01. Bekendtgørelse nr. 1065 af 30 november 2000 om klassificering, emballering, maerkning, salg og opbevaring af kemiske stoffer og produkter</p>
<b>Deutschland</b>	<p>01. Vierte Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung, Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 48 vom 29.10.1999, S. 2059</p>
<b>Griechenland</b>	<p>01. Décision ministérielle 652/2000 modifiant la décision 378/94 du Conseil Chimique Supérieur pour la mise en conformité à la directive 98/98/CE de la Commission du 15 décembre 1998 portant vingt-cinquième adaptation au progrès technique de la directive 67/548/CEE du Conseil concernant le rapprochement des dispositions législatives, réglementaires et administratives relatives à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses et en conformité avec les errata de la directive 98/98/CE (19/03/2001), Efimerida tis Kyverniseos, FEK n° 363 du 5.4.2001, p. 6302</p>
<b>Spanien</b>	<p>01. Orden del Ministerio de la Presidencia de 5 de octubre del 2000, por la que se modifican los Anexos I, II, III, IV y V del Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado, etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real-Decreto 383/1995, de 10 de marzo. Boletín Oficial del Estado número 243 de 10.10.2000, p. 34757. Anexos en el Suplemento del Boletín Oficial del Estado número 243 de 10.10.2000</p>
<b>Frankreich</b>	<p>01. Arrêté du 27 juin 2000, JORF du 25.7.2000, p. 11434</p>
<b>Irland</b>	<p>01. European Communities (Classification, packaging, labelling and notification of dangerous substances) (Amendment) Regulations, 2000, Statutory Instrument No 393 of 29.11.2000</p>
<b>Italien</b>	<p>01. Decreto legislativo n. 205, GURI n. 205 del 2.9.2000</p>
<b>Luxemburg</b>	<p>01. Règlement grand-ducal du 8.6.2001 modifiant et complétant les annexes I, III, IV et VI de la loi modifiée du 15 juin 1994 (Mémorial A N° 68 du 13.6.2001)</p> <p>- relative à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses</p> <p>- modifiant la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses</p>

❖ **Richtlinie 98/98/EG der Kommission vom 15. Dezember 1998 zur fünfundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)**

*ABl. L 355 vom 30.12.1998, S. 1-624*

*Umsetzungsfrist: 1.7.2000*

---

<b>Niederlande</b>	01. Artikel 9(2) 'Besluit verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten WMS'.
	02. Artikel 19(2) 'Nadere regels verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten (WMS)'
	03. Bekendmaking wijziging EG-richtlijn betreffende bestuursrechtelijke bepalingen inzake gevaarlijke stoffen, Staatscourant van 21.9.2001, nr. 183
<b>Österreich</b>	01. Chemikalienverordnung 1999, BGBl. II Nr. 2000/81
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 195-A/2000, Diário da República I série A n.º 193 de 22.8.2000, p. 4248(2)
<b>Finnland</b>	01. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön päätös kemikaalien luokitusperusteita ja merkintöjen tekemistä koskevan sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön päätöksen muuttamisesta
<b>Schweden</b>	01. Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS 1999:3)
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) (No 2) Regulations, 1999, Statutory Instrument No 3165
	02. The Chemicals (Hazards Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations (Northern Ireland) 2001; 15.5.2001, S.R. I. 168

---

❖ **Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG**

*ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13-18*

*Umsetzungsfrist: 1.7.2000*

---

<b>Belgien</b>	01. Normes belges: - produits pétroliers, gasoil chauffage: NBN T52-716 octobre 2000 - produits pétroliers, combustibles résiduels: NBN T 52-717 octobre 2000 - produits pétroliers, gasoil marine: NBN T 52-703 janvier 2001  02. Arrêté royal du 07/03/2001 relatif à la dénomination, aux caractéristiques et à la teneur en soufre du gasoil de chauffage  03. Arrêté royal du 07/03/2001 relatif à la dénomination, aux caractéristiques et à la teneur en soufre de combustibles résiduels  04. Arrêté royal du 07/03/2001 relatif à la dénomination, aux caractéristiques et à la teneur en soufre du gasoil à usage maritime
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse af 22. juni 2000 om begrænsning av svovindholdet i visse flydende brændstoffer
<b>Deutschland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Griechenland</b>	01. Décision 340/2000 - Harmonisation de la législation hellénique à la directive 1999/32/CE, relative à la réduction de la teneur en soufre de quelques combustibles liquides, et à la modification de la directive 93/12/CEE (15/02/2001), Efimerida tis Kyverniseos, FEK 222/B du 6.3.2001, p. 4557
<b>Spanien</b>	01. Real Decreto 287/2001, de 16 de marzo, por el que se reduce el contenido de azufre de determinados combustibles líquidos. Boletín Oficial del Estado número 75 de 28.3.2001, p. 11532
<b>Frankreich</b>	01. Arrêté du 19 juin 2000 relatif aux caractéristiques du gazole pêche 02. Arrêté du 19 juin 2000 relatif aux caractéristiques du diesel marine léger, JORF du 27.6.2000, p. 9648 03. Arrêté du 25 avril 2000 relatif aux caractéristiques des fiouls lourds, JORF du 27.6.2000, p. 7056 04. Arrêté du 11 août 1999 modifiant l'arrêté du 29 août 1957 modifié fixant les caractéristiques du fioul domestique, JORF du 8.9.1999 05. Arrêté du 15 août 2000 modifiant l'arrêté du 25 juillet 1997 relatif aux prescriptions générales applicables aux installations classées pour la protection de l'environnement soumises à déclaration sous la rubrique n° 2910 (combustion), JORF du 25.9.2000, p. 15313
<b>Irland</b>	01. The Air Pollution Act (Sulphur Content of Heavy Fuel and Gas Oil) Regulations, 2001, Statutory Instrument N° 13 of 2001
<b>Italien</b>	01. Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 7 settembre 2001, n° 395: Recepimento della direttiva 99/32/CE relativa alla riduzione del tenore di zolfo di alcuni combustibili liquidi, GURI serie generale, n°255 del 2.11.2001
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 21 février 2000 concernant la teneur en soufre de certains combustibles liquides, Mémorial 16, du 7.3.2000, p. 491

---

❖ **Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EEG**

*ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13-18*

*Umsetzungsfrist: 1.7.2000*

---

<b>Niederlande</b>	01. Besluit van 13 juni 2000, tot wijziging van het Besluit zwavelgehalte brandstoffen ter uitvoering van richtlijn 99/32/EG van de Raad van de Europese Unie van 26 april 1999, betreffende een vermindering van eht brandstofgehalte van bepaalde vloeibare brandstoffen en tot wijziging van Richtlijn 93/12/EEG (PbEG L 121)
	02. Wijziging van het Besluit bepalingsmethode zwavelgehalte brandstoffen, Staatscournant van 18.7.2000, nr. 136, blz. 8
<b>Österreich</b>	01. Tiroler Heizungsanlagenverordnung 2000, LGBl. für Tirol Nr. 66/2000
	02. Verordnung der Oö. Landesregierung vom 3. November 1980 über die Lagerung und Verfeuerung von brennbaren Flüssigkeiten, LGBl. Nr. 83/1980, zuletzt geändert durch 57/1992
	03. Reduktion des Schwefelgehaltes in “Schwerölen” und “Gasölen” durch die Kraftstoffverordnung 1999, BGBl. II Nr. 418/1999
	04. Verordnung mit der die Verordnung über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Kraftstoffen für nicht zum Betreiben von Kraftfahrzeugen bestimmte Dieselmotoren geändert wird, BGBl. II Nr. 123/2000
	05. Kärntner Heizungsanlagengesetz (§14) und Verordnung betreffend Durchführungsbestimmungen zum Luftreinhaltegesetz, LGBl. Nr. 63/1998 und LGBl. Nr. 26/198
	06. Steiermärkisches Baugesetz, LGBl. Nr. 59/1995 für die Steiermark
	07. Burgenländisches Luftreinhalte- und Heizungsanlagengesetz 1999, LGBl. Nr. 44/2000 für Burgenland
	08. Vorarlberger Luftreinhalteverordnung, LGBl. Nr. 56/1998 und Verordnung über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen, LGBl. Nr. 57/1998 für Vorarlberg
	09. Niederösterreichische Bautechnikverordnung 1997 (§ 173 Abs. 1 Z. 2), LGBl. Nr. 8200/8-0 Stammverordnung 108/98 (Niederösterreich)
	10. Verordnung der Wiener Landesregierung , mit der die Verordnung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird, LGBl. Nr. 60/1990 für Wien
	11. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 02/02/1989 über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl, BGBl. Nr. 94/1989, 38. Stück, 14/02/1989
	12. Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994 idF BGBl. I Nr. 88/2000
	13. Tiroler Heizungsanlagengesetz 2000, LGBl. für Tirol Nr. 34/2000
	14. Verordnung der Landesregierung über eine Änderung der Luftreinhalteverordnung, LGBl. (Vorarlberg) Nr. 27/2000
	15. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 19. Dezember 2000 zur Durchführung des Burgenländischen Luftreinhalte- und Heizungsanlagengesetzes 1999, LGBl. Nr. 79/2000 für das Burgenland
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 281/2000 de 10 de Novembro, Diário da República - I série A - n.º 260 de 10.11.2000

---

❖ **Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG**

*ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13-18*

*Umsetzungsfrist: 1.7.2000*

---

<b>Finnland</b>	01. Valtioneuvoston asetus raskaan polttoöllyn ja kevyen polttoöllyn rikkipitoisuudesta, 28/12/2000, SSK 766/2000
	02. Landskapslagen om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften, 02/04/1991, ÅFS 32/1991
	03. Ålands landskapsstyrelses beslut om ändring av Ålands landskapsstyrelses beslut om tillämpning i landskapet Åland av vissa statsrådsbeslut rörande åtgärder mot förorening av luften, 12/10/2000, ÅFS 72/2000
<b>Schweden</b>	01. Förordningen 2000:372 om ändring i förordningen 1998:946 om svavelhaltigt bränsle
	02. Miljöbalken 1998:908
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Sulphur Content in Liquid Fuels (Scotland) Regulations 2000, S.S.I.No 169 of 30.6.2000
	02. The Sulphur Content in Liquid Fuels (England and Wales) Regulations 2000
	03. The Motor Fuel (Composition and Content) Ordinance 2001 (No 10 of 2001) first supplement to Gibraltar Gazette; 26.3.2001

---

❖ **Richtlinie 1999/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 1999 zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates hinsichtlich der Kennzeichnung bestimmter gefährlicher Stoffe in Österreich und Schweden**

*ABl. L 199 vom 30.7.1999, S. 57-58*

*Umsetzungsfrist: 30.7.2000*

---

<b>Belgien</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Dänemark</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Deutschland</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Griechenland</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Spanien</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Frankreich</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Irland</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Italien</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Luxemburg</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Niederlande</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Österreich</b>	01. Chemikalienverordnung 1999 - ChemV 1999, BGBI. II Nr. 81/2000
<b>Portugal</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Finnland</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>
<b>Schweden</b>	01. Förordning 1998:941 om kemiska produkter och biotekniska organismer 02. Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS) 1993:3 om ändring i KIFS 1994:12 03. KIFS 1998:8 om kemiska produkter och biotekniska organismer
<b>Vereinigtes Königreich</b>	<i>Keine Maßnahmen erforderlich</i>

---

❖ **Richtlinie 98/83/EG des Rates vom 3. November 1998 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch**

*ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 32-54*

*Umsetzungsfrist: 25.12.2000*

---

<b>Belgien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse om vandkvalitet og tilsyn med vandforsyningsanlaeg, Vandkvalitetdavid8kt, af 21. september 2001
<b>Deutschland</b>	01. Verordnung zur Novellierung der Trinkwasserverordnung vom 21. Mai 2001, BGBl. Teil I Nr. 24 vom 28.5.2001, S. 959
<b>Griechenland</b>	01. Décision ministérielle commune Y2/2600/2001, Efimerida tis Kyvernisseos, FEK 892/B du 11.7.2001, p. 10865 02. Décision (Euratom) Y4a 9019-01, Efimerida tis Kyvernisseos, FEK 1082/B du 14.8.2001, p. 14987
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	01. Décret n° 2001-1220 du 20 décembre 2001, JORF du 22.12.2001, p. 20381
<b>Irland</b>	01. European Communities (Drinking Water) Regulations, 2000, Statutory Instrument N° 39 of 1.1.2000
<b>Italien</b>	01. Decreto legislativo 2 febbraio 2001, n. 31, Supplemento ordinario n. 41/L alla Gassetta ufficiale, serie generale, n. 52 del 3.3.2001
<b>Luxemburg</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Niederlande</b>	01. Besluit van 23 september 1999, houdende wijziging van het Warenwetbesluit Bereiding en behandeling van levensmiddelen en van het Warenwetbesluit Verpakte Waters, Staatsblad van 29.6.1999, nr. 429
<b>Österreich</b>	01. Verordnung des Bundesministers für soeiale Sicherheit und Generationen über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung-TWV), BGBl. II Nr. 304/2001
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 243/2001, de 5 de Setembro, Diário da República I série A n.º 206 de 5.9.2001, p. 5754
<b>Finnland</b>	01. Laki terveydensuojelulain muuttamisesta, 19/05/2000, SSK 441/2000 02. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön asetus talousveden laatuvaatimuksista ja valvontatutkimuksista, 19/05/2000, SSK 461/2000 03. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön asetus talousveden valvontatutkimuksia tekevistä laboratorioista, 26/02/2001, SSK 173/2001 04. Terveystieteiden suojelulaki (20 §), 19/08/1994, SSK 763/1994 05. Ålands landskapsstyrelses beslut om ändring av Ålands landskapsstyrelses beslut angående tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar om hushållsvatten, 18/01/2001, ÅFS 3/2001 06. Landskapslag om hälsovården, ÅFS 36/1967, s. 119 07. Landskapslag om ändring av landskapslagen om hälsovården, ÅFS 99/1997, s. 269
<b>Schweden</b>	01. Statens livsmedelsverks föreskrifter om dricksvatten (SLVFS 2001)

---



❖ **Richtlinie 98/83/EG des Rates vom 3. November 1998 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch**

*ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 32-54*

*Umsetzungsfrist: 25.12.2000*

---

<b>Vereinigtes Königreich</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>01. Water, England and Wales 2000 No 3184, The Water Supply (Water Quality) Regulations 2000, Statutory Instrument of 2000, No 3184</li><li>02. Water Supply : The Water Supply (Water Quality) (Scotland) Regulations 2001, Statutory Instrument of 2001, 4.6.2001</li><li>03. Bill for an ordinance to amend the Public Health Ordinance in order to provide for the transposition into the law of Gibraltar Council Directive 98/83/EC of 3 November 1998 on the quality of water intended for human consumption, Third supplement to the Gibraltar Gazette, No 3219 of 19.4.2001</li><li>04. Public Health Ordinance (Amendment) Ordinance n° 19 of 2001 (07/06/2001), First supplement to the Gibraltar Gazette No 3, 227 of 7.6.2001, p. 117</li><li>05. Public Health (Potable water) rules 1994 (Amendment) Rules 2001 - Legal notice n° 61 of 2001 (7.6.2001), Second supplement to the Gibraltar Gazette No 3227 of 7.6.2001, p. 201</li><li>06. The Water supply (water quality) (Amendment) Regulation 2001 - Water, England and Wales (5.9.2001), Statutory Instrument 2001/2885</li></ol>
-----------------------------------	---

---

**EINZELHEITEN ZU DEN VON DEN MITGLIEDSTAATEN  
MITGETEILTEN UMSETZUNGSMASSNAHMEN FÜR DIE  
RICHTLINIEN DER GEMEINSCHAFT; DIE INNERHALB DES  
BERICHTSZEITRAUMS UMZUSETZEN WAREN (EINGANG BIS  
EINSCHLIESSLICH 31. DEZEMBER 2001)**

(2001)

- ❖ **Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 zur Anpassung der Messverfahren der Anhänge I, II, III und IV der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates an den technischen Fortschritt (entsprechend Artikel 10 der Richtlinie) (Text von Bedeutung für den EWR)**

*ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46-50*

*Umsetzungsfrist: 01.01.2001*

<b>Belgien</b>	01. Arrêté royal du 20/03/2000 remplaçant l'arrêté royal du 26/09/1997 relatif aux dénominations, aux caractéristiques et à la teneur en plomb des essences pour les véhicules à moteur, Moniteur belge du 12.04.2000, p. 11332 (F. 2000 - 943)
	02. Arrêté royal du 20/03/2000 remplaçant l'arrêté royal du 28/10/1996 relatif à la dénomination, aux caractéristiques et à la teneur en soufre du gasoil diesel pour les véhicules routiers, Moniteur belge du 12.04.2000, p. 11329 (F. 2000 - 942)
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 77 af 16. februar 2001 om kvaliteten af benzin og dieselolie
<b>Deutschland</b>	01. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraftstoffen vom 22. Dezember 1999, BGBl. Teil I Nr. 61 vom 31.12.1999, S. 2845-2846
<b>Griechenland</b>	01. Décision ministérielle 237/2001 qui approuve la décision du Conseil Supérieur de Chimie (AXS), Efimerida tis Kyverniseos, FEK 1284/B du 5.10.2001, p. 17469
<b>Spanien</b>	01. Real Decreto 1728/1999, de 12 de noviembre, por el que se fijan las especificaciones de los gasóleos de automoción y de las gasolinas. Boletín Oficial del Estado número 272 de 13.11.1998, p. 39659
<b>Frankreich</b>	01. Arrêté du 29/12/2000 modifiant l'arrêté du 23/12/1999 relatif aux caractéristiques du gazole et du gazole grand froid, JORF du 8.2.2001, p. 2142
	02. Arrêté du 29/12/2000 modifiant l'arrêté du 23/12/1999 relatif aux caractéristiques du supercarburant sans plomb, JORF du 8.2.2001, p. 2142
<b>Irland</b>	01. The Air Pollution Act, 1987 (Environmental Specifications for Petrol and Diesel Fuels) (Amendment) Regulations 2001, Statutory Instrument N° 234 of 2001, adopted 31/05/2001
<b>Italien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 6 avril 2001 modifiant les annexes I, II, III et IV du règlement grand-ducal du 21 février 2000 concernant la qualité de l'essence et des carburants diesel, Mémorial A N° 48 du 27.4.2001, p. 1025
<b>Niederlande</b>	01. Art. 6 of the "Besluit kwaliteitseisen brandstoffen wegverkeer", Staatscourant nr 237 van 6.12.2000, blz. 20
<b>Österreich</b>	01. Kraftstoffverordnung 1999, BGBl. II Nr. 418/1999
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 254/2001, de 22 de Setembro, Diário da República I série A n.º 221 de 22.9.2001, p. 6027

❖ **Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 zur Anpassung der Messverfahren der Anhänge I, II, III und IV der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates an den technischen Fortschritt (entsprechend Artikel 10 der Richtlinie) (Text von Bedeutung für den EWR)**

*ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46-50*

*Umsetzungsfrist: 01.01.2001*

---

<b>Finnland</b>	01. Valtioneuvoston asetus moottoribensiinin ja dieselöljyn laatuvaatimuksista, 28/12/2000, SSK 1271/2001 02. Valtioneuvoston asetus ilmanlaadusta, 09/08/2001, SSK 711/2001 03. Landskapslagen om miljöskydd och miljötillstånd, 23/05/2001, ÅFS 30/2001 04. Landskapsförordning om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksföfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften, ÅFS 38/2001 05. Landskapsförordning om ändring av landskapsförordningen om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksföfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften, ÅFS 48/2001
<b>Schweden</b>	01. Förordningen (1985:838) om motorbränslen i dess lydelse enligt (2 §), SFS 2000:1476; 16/01/2001
<b>Vereinigtes Königreich</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt

---

❖ **Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen**

*ABl. L 12 vom 18.1.2000, S.16-23*

*Umsetzungsfrist: 18.1.2001*

---

<b>Belgien</b>	01. Arrêté royal du 05.09.01 concernant la disponibilité d'informations sur la consommation de carburant et les émissions de CO <sub>2</sub> à l'intention des consommateurs lors de la commercialisation des voitures particulières neuves, Moniteur belge du 12.10.2001, p. 35480-35496
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 216 af 28. marts 2000 om energimaerkning m.v. af nye personbiler
<b>Deutschland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Irland</b>	01. European Communities (Consumer Information on Fuel Economy and CO <sub>2</sub> Emissions of new Passenger Cars) Regulations, 2001, Statutory Instrument 339 of 2001, signed into law on 19 July 2001
<b>Italien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 6 avril 2001 concernant la disponibilité d'informations sur la consommation de carburant et les émissions de CO <sub>2</sub> à l'intention des consommateurs lors de la commercialisation des voitures particulières neuves, Mémorial A 44 du 17.4.2001, p. 942
<b>Niederlande</b>	01. Besluit van 3 november 2000, houdende regels inzake de etikettering van het energiegebruik van personenauto's (Besluit etikettering energiegebruik personenauto's), Staatsblad 2000 475 (blz. 1-36)
<b>Österreich</b>	01. Bundesgesetz über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen beim Marketing für neue Personenkraftwagen (Personenkraftwagen-Verbraucherinformationsgesetz), BGBl. I Nr. 26/2001
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 304/2001, Diário da República n.º 274 de 26.11.2001, p. 7551
<b>Finnland</b>	01. Valtioneuvoston asetus autojen polttoaineenkulutuksen ja hiilidioksidipäästöjen ilmoittamisesta, SSK 938/2000, s. 2386
<b>Schweden</b>	01. Konsumentverkets (KOVFS 1996:12) riktlinjer för information om nya personbilers bränsleförbrukning, koldioxidutsläpp (co <sub>2</sub> ) och miljöklass samt 4 § marknadsföringslagen (1995:40), KOVFS 1996:12, 30/12/1996
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Passenger Car (Fuel Consumption and CO <sub>2</sub> Emissions Information) Regulations 2001 (No 3523) - Laid before Parliament: 31/10/2001; Coming into force: 21.11.2001

---

❖ **Richtlinie 2000/21/EG der Kommission vom 25. April 2000 über das Verzeichnis der gemeinschaftlichen Rechtsakte gemäß Artikel 13 Absatz 1 fünfter Gedankenstrich der Richtlinie 67/548/EWG des Rates (Text von Bedeutung für den EWR)**

*ABl. L 103 vom 28.4.2000, S. 70-71*

*Umsetzungsfrist: 1.4.2001*

---

<b>Belgien</b>	01. Arrêté Ministériel du 5 septembre 2001 modifiant l'article 2, §7, 1 <sup>o</sup> ,e, alinéa 2, de l'arrêté royal du 24 mai 1982, réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou pour son environnement, Moniteur belge du 10.10.2001, p. 34682
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 1002 af 14. december 1995 02. Bekendtgørelse nr. 702 af 18. juli 2001 om ændring af bekendtgørelse om anmeldelse af nye kemiske stoffer
<b>Deutschland</b>	01. § 2 Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 des Gesetzes über den Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	01. Real decreto 507/2001, de 11 de mayo, por el que se modifica el Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado y etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo. Boletín Oficial del Estado número 114 de 12.5.2001, p. 17175
<b>Frankreich</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Irland</b>	01. European Communities (Classification, packaging, labelling and notification of dangerous substances) (Amendment) Regulations, 2000, Statutory Instrument No 393 of 29.11.2000
<b>Italien</b>	01. Decreto 18 maggio 2001 - Recepimento della direttiva 2000/21/CE concernente l'elenco degli atti legislativi comunitari di cui all'art. 13 § 1, quinto trattino della direttiva 67/548/CEE in materia di classificazione, imballaggio ed etichettatura di sostanze pericolose, GURI, n. 165 del 18.7.2001, pag. 32
<b>Luxemburg</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Niederlande</b>	01. Artikel 71 van de Wet milieugevaarlijke stoffen (ADW, Kluwer) 02. Artikel 9, tweede lit, onder h, van het "Kennisgevingsbesluit gebaseerd op de Wet milieugevaarlijke stoffen"(ADW, Kluwer) 03. Artikel 4 van de Bestrijdingsmiddelenwet 1962(ADW, Kluwer)
<b>Österreich</b>	01. Bundesgesetz über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz 1996 – ChemG 1996), BGBl. I Nr. 53/1997 02. Bundesgesetz, mit dem ein Biozid-Produkte-Gesetz erlassen wird sowie das Lebensmittelgesetz 1975 und des Chemikaliengesetz 1996 geändert werden, BGBl. I Nr. 105/2000
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 222/2001 de 8 de Agosto, Diário da República , I série A, n.º 183, 8.8.2001, p. 4874

---

❖ **Richtlinie 2000/21/EG der Kommission vom 25. April 2000 über das Verzeichnis der gemeinschaftlichen Rechtsakte gemäß Artikel 13 Absatz 1 fünfter Gedankenstrich der Richtlinie 67/548/EWG des Rates (Text von Bedeutung für den EWR)**

*ABl. L 103 vom 28.4.2000, S. 70-71*

*Umsetzungsfrist: 1.4.2001*

---

<b>Finnland</b>	01. Sosiaali-ja terveystieteiden ministeriön asetus sosiaali-ja terveystieteiden uusien aineiden ilmoitusmenettelyä koskevan päätöksen 1642/1993 8 §:n muuttamisesta, 19/03/2001, SSK 261/2001
	02. Landskapsförordning om tillämpning i landskapet Åland av riksförfattningar om explosionsfarliga ämnen och kemikalier (ÅFS 5/1996) genom vilken rikets social- och hälsovårdsministeriets förordning om ändring av 8 § social- och hälsovårdsministeriets beslut om förfarandet vid anmälan om nya ämnen (FFS 261/2001) genomförs
<b>Schweden</b>	01. Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS 1998:8) om kemiska produkter och biotekniska organismer
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. Health and Safety : The Notification of New Substances (Amendment) Regulations 2001, No 1055, into force on 13/04/2001

---

❖ **Richtlinie 1999/13/EG des Rates vom 11. März 1999 über die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, die bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen bei der Verwendung organischer Lösungsmittel entstehen**

*ABl. L 85 vom 29.3.1999, S. 1-22*

*Umsetzungsfrist: 1.4.2001*

<b>Belgien</b>	<p>01. Arrêté du 20 avril 2001 du Gouvernement flamand modifiant l'arrêté du Gouvernement flamand du 6 février 1991 fixant le règlement flamand relatif à l'autorisation écologique et l'arrêté du Gouvernement flamand du 1er juin 1995 fixant les dispositions générales et sectorielles en matière d'hygiène de l'environnement, Moniteur belge du 10.7.2001, p.23818</p> <p>02. 14 arrêtés du Gouvernement de Bruxelles-Capitale du 8/11/2001 fixant des conditions d'exploiter à diverses installations: - industrie de revêtement de véhicules, - productions de vernis, laques, peintures, encres ou pigments, - fabrication de produits pharmaceutiques, - nettoyage de surfaces, - revêtements de cuir, - conversion du caoutchouc, - revêtement de fil de bobinage, - extraction d'huiles végétales et de graisses animales et activités de raffinage d'huiles végétales, - fabrication de chaussures et pantoufles ou parties de celles-ci, - imprégnation du bois, mise en peinture ou retouche de véhicules ou parties de véhicules, Moniteur belge du 4.12.2001, p. 41339</p>
<b>Dänemark</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Deutschland</b>	01. Verordnung vom 21. August 2001 zur Umsetzung der Richtlinie 1999/13/EG über die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, BGBl. Teil I Nr. 44 vom 24.8.2001, S. 2180
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	01. Arrêté du 29 mai 2000 portant modification de l'arrêté du 2 février 1998 relatif aux prélèvements et à la consommation d'eau ainsi qu'aux émissions de toute nature des installations classées pour la protection de l'environnement soumises à autorisation, JORF du 13.8.2000, p. 12553
<b>Irland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Italien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 4 juin 2001 portant - application de la directive 1999/13/CE du Conseil du 11 mars 1999 relative à la réduction des émissions de composés organiques volatils dues à l'utilisation de solvants organiques dans certaines activités et installations et - modification du règlement grand-ducal modifié du 16 juillet 1999 portant nomenclature et classification des établissements classés, Mémorial A n° 71 du 22.6.2001, p. 1432
<b>Niederlande</b>	01. Regeling oplosmiddelenboekhouding en metingen VOS-emissies, Staatscourant nr. 152 van 9.8.2001, blz. 5
<b>Österreich</b>	01. Änderung der Gewerbeordnung 1994, BGBl. I Nr. 88/2000
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 242/2001, de 31 de Agosto, Diário da República I série A n.º 202
<b>Finnland</b>	<p>01. Valtioneuvoston asetus orgaanisten liuottimien käytöstä eräissä toiminnoissa ja laitoksissa aiheutuvien haihtuvien orgaanisten yhdisteiden päästöjen rajoittamisesta, 31/05/2001, SSK 435/2001</p> <p>02. Valtioneuvoston asetus ympäristönsuojeluasetuksen muuttamisesta, 23/05/2001, SSK 436/2001</p>

❖ **Richtlinie 1999/13/EG des Rates vom 11. März 1999 über die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, die bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen bei der Verwendung organischer Lösungsmittel entstehen**

*ABl. L 85 vom 29.3.1999, S. 1-22*

*Umsetzungsfrist: 1.4.2001*

---

<b>Schweden</b>	01. Miljöbalken (1998:808)
	02. Förordning (1998:899) om miljöfarlig verksamhet och hälsoskydd
	03. Förordning (1998:900) om statliga myndigheters serviceskyldighet
	04. Förordning (1998:901) om verksamhetsutövers egenkontroll
	05. Förordning (1998:905) om miljökonsekvensbeskrivningar
	06. Tryckfrihetsförordningen
	07. Förvaltningslagen (1986:223)
	08. Sekretesslagen (1980:100)
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Environmental Protection Act 1990 (Part I); 01/11/1990
	02. The Pollution Prevention and Control Act 1999; 27/07/1999
	03. The Industrial Pollution Control (Northern Ireland) Order 1997 ; 26/11/1997
	04. The Pollution Prevention and Control (England and Wales) Regulations 2000; 01/08/2000
	05. The Pollution Prevention and Control (Scotland) Regulations 2000; 28/09/2000

---



❖ **Richtlinie 2000/32/EG der Kommission vom 19. Mai 2000 zur sechszwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR.)**

*ABl. L 136 vom 8.6.2000, S. 1-89*

*Umsetzungsfrist: 1.6.2001*

<b>Belgien</b>	01. Arrêté royal du 11 juillet 2001 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement, Moniteur belge du 5.9.2001, p. 30058 02. Arrêté royal du 11 juillet 2001 modifiant l'arrêté royal du 11 janvier 1993 réglementant la classification, l'emballage et l'étiquetage des préparations dangereuses en vue de leur mise sur le marché ou de leur emploi, Moniteur belge du 5.9.2001, p. 30129
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 1065 af 30. november 2000 om klassificering, emballering, mærkning, salg og opbevaring af kemiske stoffer og produkter
<b>Deutschland</b>	01. Vierte Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung, Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 48 vom 29.10.1999, S. 2059
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	01. Orden del Ministerio de la Presidencia de 5 de abril 2001 por la que se modifican los anexos I, IV, V, VI y IX del Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado y etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo. Boletín Oficial del Estado número 94 de 19.4.2001, p. 14216
<b>Frankreich</b>	01. Arrêté du 30 juin 2001 modifiant l'arrêté du 20 avril 1994 relatif à la déclaration, la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances et transposant les directives 2000/32/CE de la Commission du 19 mai 2000 et 2000/33/CE de la Commission du 25 avril 2000, portant respectivement vingt-sixième et vingt-septième adaptation au progrès technique de la directive 67/548/CEE modifiée, JORF du 31.8.2001, p. 12308, NOR MEST0110991A
<b>Irland</b>	01. European Communities (Classification, packaging, labelling and notification of dangerous substances) (Amendment) Regulations, 2000, Statutory Instrument No. 393 of 29.11.2000
<b>Italien</b>	01. Decreto 26 gennaio 2001. Disposizioni relative alla classificazione, imballaggio ed etichettatura di sostanze pericolose in recepimento alla direttiva 2000/32/CE, GURI n. 187 del 17.7.2001, pag. 5-6
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 8 juin 2001 a) modifiant et complétant les annexes I, III, IV, V, VI et IX de la loi modifiée du 15 juin 1994 - relative à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses et - modifiant la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses b) adaptant les règlements grands-ducaux du 6 janvier 1996, du 19 juin 1998 et du 21 mai 1999 portant exécution de la loi modifiée du 15 juin 1994, Mémorial A n° 68 du 13.6.2001, p. 1396
<b>Niederlande</b>	01. Besluit verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten 02. Regeling inwerkingtreding richtlijn nr. 2000/32/EG 03. Implementatie van artikel 2 van de genoemde richtlijn, Staatscourant nr. 114 van 18.6.2001

❖ **Richtlinie 2000/32/EG der Kommission vom 19. Mai 2000 zur sechszwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR.)**

*ABl. L 136 vom 8.6.2000, S. 1-89*

*Umsetzungsfrist: 1.6.2001*

---

<b>Österreich</b>	01. Chemikalienverordnung 1999, BGBl. II Nr. 81/2000
	02. Bekanntmachung vom 6. Oktober 2000, BGBl. II Nr. 326/2000
<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 222/2001, de 8 de Agosto, Diário da República I série A n.º 201
<b>Finnland</b>	01. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön asetus vaarallisten kemikaalien pakkauksen turvallisuudesta ja näkövammaisille tarkoitettua vaaratunnuksesta, 21/05/2001, SSK 430/2001
	02. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön asetus vaarallisten aineiden luettelosta, 21/05/2001, SSK 624/2001
	03. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön asetus kemikaalien luokitusperusteista ja merkintöjen tekemisestä, 26/09/2001, SSK 807/2001
<b>Schweden</b>	01. Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS 2000:9) om ändring i Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS 1994:12) om klassificering och märkning av kemiska av kemiska produkter (29/12/2000)
	02. 3 § Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS 2000:8) om ändring i Kemikalieinspektionens föreskrifter (KIFS 1998:8) om kemiska produkter och biotekniska organismer (29/12/2000)
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) Regulations 1994, Statutory Instrument 1994/3247 ("CHIP")
	02. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply (Amendment) Regulations 2000 (CHIP 2000) and Approved Supply list (Sixth Edition) (ASL) 2000 No 2381, coming into force 2.10.2000
	03. Notice of approval of the Code of Practice (ACoP). On 20.9.00, Annex V of Directive 67/548/EEC was adopted as an Approved Code of Practice
	04. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) Regulations (Northern Ireland) 1995; Statutory Rules 1995 No 168, coming into operation 15.3.2000
	05. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations 1995, Statutory Instrument 1995 No 168, coming into force on 2.10.2000

---

❖ **Richtlinie 2000/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen**

*ABl. L 162 vom 3.7.2000, S. 1-78*

*Umsetzungsfrist: 3.7.2001*

---

<b>Belgien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Dänemark</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Deutschland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Irland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Italien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Luxemburg</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Niederlande</b>	01. Regeling geluidsemissie buitenmaterieel, Staatscourant 2001, nr. 166, blz. 55, 29.8.2001 02. Intrekking van de Regeling geluidproductie bouwmaschinen (artikel 19, eerste lid van de Regeling geluidsemissie buitenmaterieel 03. Besluit van 22 juni 2001, houdende intrekking van het Besluit geluidproductie gazonmaaimachines, Staatsblad 2001, 309
<b>Österreich</b>	01. Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen, BGBl. II Nr. 249/2001
<b>Portugal</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Finnland</b>	01. Valtioneuvoston asetus ulkona käytettävien laitteiden melupäästöistä, 05/07/2001, SSK 621/2001
<b>Schweden</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Noise Emission in the Environment by Equipment for use Outdoors Regulations 2001, Statutory Instrument No 2001/1701 (in force completely on 3.7.2001)

---

❖ **Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien**

*ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1-19*

*Umsetzungsfrist: 16.7.2001*

<b>Belgien</b>	01. Arrêté du Gouvernement flamand du 13.07.01 modifiant l'arrêté du Gouvernement flamand du 6 février 1991 fixant le règlement flamand relatif à l'autorisation écologique et l'arrêté du Gouvernement flamand du 1er juin 1995 fixant les dispositions générales et sectorielles en matière d'hygiène de l'environnement, Moniteur belge du 19.9.2001, p. 31427
<b>Dänemark</b>	01. Lov nr. 479 af 7. juni 2001 om ændring af lov om miljøbeskyttelse og lov om forurennet jord, i kraft den 1. juli 2001 02. Bekendtgørelse nr. 650 af 29. juni 2001 om deponeringsanlæg, i kraft den 16. juli 2001 03. Bekendtgørelse nr. 647 af 29. juni 2001 om uddannelse af driftsledere og personale beskæftiget på deponeringsanlæg, i kraft den 16. juli 2001 04. Bekendtgørelse nr. 648 af 29. juni 2001 om ændring af bekendtgørelse om affald, i kraft den 16. Juli 2001 05. Bekendtgørelse nr. 646 af 29 juni 2001 om godkendelse af listevirksomhed, i kraft den 16. juli 2001
<b>Deutschland</b>	01. Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - KrW/AbfG) vom 27. September 1994, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weitere EG-Richtlinien zum Umweltschutz (Artikelgesetz) vom 27. Juli 2001, BGBl. Teil I Nr. 40 vom 2.8.2001, S.1950 02. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1998, BGBl. Teil I, S. 3050 03. Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. Teil I Seite 880) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Juli 2001, BGBl. Teil I Nr. 40 vom 2.8.2001, S. 1950 04. Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1997 (BGBl. Teil I Nr. S. 504) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weitere EG-Richtlinien zum Umweltschutz (Artikelgesetz) vom 27. Juli 2001, BGBl. Teil I Nr. 40 vom 2.8.2001, S. 1950 05. Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. Teil I, Seite 1001), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weitere EG-Richtlinien zum Umweltschutz (Artikelgesetz) vom 27. Juli 2001, BGBl. Teil I Nr. 40 vom 2.8.2001, S. 1950 06. Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen vom 20. Februar 2001, BGBl. Teil I Nr. 10 vom 27.2.2001, S. 305
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt

❖ **Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien**

*ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1-19*

*Umsetzungsfrist: 16.7.2001*

<b>Frankreich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Code de l'environnement Livre V, titre 1er</li> <li>02. Décret n° 2001-594 du 5 juillet 2001 relatif au Conseil national des déchets, JORF du 7.7.2001, page 10857 (NOR ATEP0190033D)</li> <li>03. Décret n° 2000-404 du 11 mai 2000 relatif au rapport annuel sur le prix et la qualité du service public d'élimination des déchets, JORF du 14.5.2000, p. 7265 (NOR ATEP0080001D)</li> <li>04. Décret n° 93-1410 du 29 décembre 1993 fixant les modalités d'exercice du droit à l'information en matière de déchets prévues à l'article 3-1 de la loi du 15 juillet 1975, JORF du 31.12.1993, p. 18703 (NOR ENVP9310021D)</li> <li>05. Arrêté du 9 septembre 1997 relatif aux décharges existantes et aux nouvelles installations de stockage de déchets ménagers et assimilés, JORF du 2.10.1997, p. 14292 (NCR ATEP9760348A)</li> </ul>
<b>Irland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Italien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Luxemburg</b>	01. Projet de règlement grand-ducal concernant la mise en décharge des déchets
<b>Niederlande</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Österreich</b>	01. Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz und das Wasserrechtsgesetz geändert werden (AWG-Novelle Deponien), BGBl. I Nr. 90/2000
<b>Portugal</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Finnland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Valtioneuvoston päätös kaatopaikoista, 04/09/1997, SSK 861/1997</li> <li>02. Valtioneuvoston päätös kaatopaikoista annetun valtioneuvoston päätöksen muuttamisesta, 18/11/1999, SSK 1049/1999</li> <li>03. Ympäristölupamenettelylaki, 19/04/1991, SSK 735/1991</li> <li>04. Ympäristölupamenettelyasetus 17/08/1992, SSK 772/1992</li> <li>05. Jätelaki, 03/12/1993, SSK 1072/1993</li> <li>06. Jäteasetus, 22/12/1993, SSK 1390/1993</li> <li>07. Ympäristöministeriön päätös yleisimpien jätteiden sekä ongelmajätteiden luettelosta, 14/11/1996, SSK 867/1996</li> <li>08. Valtioneuvoston asetus kaatopaikoista annetun valtioneuvoston päätöksen muuttamisesta annetun valtioneuvoston päätöksen voimaantulosäännöksen muuttamisesta, SSK 552/2001</li> </ul>
<b>Schweden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>01. Förordning (2001:512) om deponering av avfall, 19/06/2001</li> <li>02. Naturvårdsverkets föreskrifter (2001:14) om deponering av avfall, 10/07/2001</li> <li>03. Miljöbalken (konsoliderad version, utskrift från Regeringskansliets rättsdatabas), SFS nr 1998:808, 11/06/1998</li> <li>04. Renhållningsförfordning (1998:902) (konsoliderad version, utskrift från Regeringskansliets rättsdatabas), SFS nr 1998:902, 25/06/1998</li> <li>05. Förordning (1996:971) om farligt avfall (konsoliderad version, utskrift från Regeringskansliets rättsdatabas), SFS 1996:971, 26/09/1996</li> <li>06. Förordning (1998:901) om verksamhetsutövers egenkontroll, 14/07/1998</li> </ul>
<b>Vereinigtes Königreich</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt

❖ **Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft**

*ABl. L 163 vom 29.6.1999, S. 41-60*

*Umsetzungsfrist: 19.7.2001*

<b>Belgien</b>	01. Arrêté du Gouvernement wallon relatif à l'évaluation et la gestion de la qualité de l'air ambiant 02. Arrêté du gouvernement de la région de Bruxelles-Capitale relatif à la fixation de valeurs limites pour l'anhydride sulfureux, le dioxyde d'azote et les oxydes d'azote, les particules et le plomb dans l'air ambiant, Moniteur belge du 26.7.2001, p. 25341 - (F. 2001 - 1960)
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 671 af 9. juli 2001
<b>Deutschland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Frankreich</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Irland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Italien</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal portant application de la directive 1999/30/CE du Conseil du 22 avril 1999 relative à la fixation de valeurs limites pour l'anhydride sulfureux, le dioxyde d'azote et les oxydes d'azote, les particules et le plomb dans l'air ambiant, Mémorial A n° 67 du 7.8.2000, p. 1331
<b>Niederlande</b>	01. Besluit van 11 juni 2001, houdende uitvoering van richtlijn 1999/30/EG van de Raad van de Europese Unie van 22 april 1999, betreffende grenswaarden voor zwaveldioxide, stikstofdioxide en stikstofoxiden, zwevende deeltjes en lood in de lucht (PbEG L 163) en richtlijn 96/62/EG van de Raad van de Europese Unie van 27 september 1996 inzake de beoordeling en het beheer van de luchtkwaliteit (PbEG L 296) (Besluit luchtkwaliteit), Staatsblad 2001, 269 02. Besluit van 9 juli 2001, houdende vaststelling van het tijdstip van inwerkingtreding van het Besluit luchtkwaliteit, Staatsblad 2001, 344 03. Regeling van de Minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer van 9 juli 2001, nr. MJZ2001074955, houdende vaststelling van de wijze van meten en berekenen van luchtverontreiniging ingevolge het Besluit luchtkwaliteit (Meetregeling luchtkwaliteit), Staatscourant 2001, 135 04. Smogregeling 2001, Staatscourant 2001, 109
<b>Österreich</b>	01. Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz und das Wasserrechtsgesetz geändert werden (AWG-Novelle Deponien), BGBl. I Nr. 90/2000
<b>Portugal</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Finnland</b>	01. Valtioneuvoston asetus ilmanlaadusta, 09/08/2001, SSK 711/2001, s. 2187 02. Landskapslagen om miljöskydd och miljötillstånd, 23/05/2001, ÅFS 30/2001 03. Landskapsförordning om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften, 21/06/2001, ÅFS 38/2001 04. Landskapsförordning om ändring av landskapsförordningen om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften, 13/09/2001, ÅFS 48/2001

❖ **Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft**

*ABl. L 163 vom 29.6.1999, S. 41-60*

*Umsetzungsfrist: 19.7.2001*

---

<b>Schweden</b>	01. Miljöbalken (1998:908)
	02. Förordning 1997:693
	03. Förordning 2001:527
	04. Naturvårdsverkets föreskrifter NFS 2000:12
	05. Kungörelse 1993:12
	06. Kungörelse 1993:11
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. The Air Quality Limit Values Regulations 2001. 2001 No 2315, coming into force 19.6.2001
	02. The Air Quality Limit Values (Wales) Regulations 2001, coming into force 19.6.2001
	03. The Air Quality Limit Values (Scotland) Regulations 2000, 2001 No 224, coming into force 19.6.2001

---

❖ **Richtlinie 2000/33/EG der Kommission vom 25. April 2000 zur siebenundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR.)**

*ABl. L 136 vom 8.6.2000, S. 90-107*

*Umsetzungsfrist: 1.10.2001*

---

<b>Belgien</b>	01. Arrêté royal du 14 septembre 2001 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement, Moniteur belge du 1.11.2001, p. 37952
<b>Dänemark</b>	01. Bekendtgørelse nr. 1065 af 30. november 2000 om klassificering, emballering, mærkning, salg og opbevaring af kemiske stoffer og produkter
<b>Deutschland</b>	01. Prüfnachweisverordnung (ChemPrüfV), Bundesgesetzblatt I Nr. 48 vom 29.10.1999, S. 2060
<b>Griechenland</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Spanien</b>	01. Orden del Ministerio de la Presidencia de 5 de abril 2001 por la que se modifican los anexos I, IV, V, VI y IX del Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado y etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo. Boletín Oficial del Estado número 94 de 19.4.2001, p. 14216
<b>Frankreich</b>	01. Arrêté du 30 juin 2001 modifiant l'arrêté du 20 avril 1994 relatif à la déclaration, la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances et transposant les directives 2000/32/CE de la Commission du 19 mai 2000 et 2000/33/CE de la Commission du 25 avril 2000, portant respectivement vingt-sixième et vingt-septième adaptation au progrès technique de la directive 67/548/CEE modifiée, JORF du 31.8.2001, p. 12308 - NOR MEST0110991A
<b>Irland</b>	01. European Communities (Classification, packaging, labelling and notification of dangerous substances) (Amendment) Regulations, 2000 S.I. No.393 of 2000, Statutory Instrument No 393 of 29.11.2000
<b>Italien</b>	01. Decreto ministeriale 11 aprile 2001, recepimento della direttiva 2000/33 recante XXVII adeguamento al progresso tecnico della direttiva 67/548, Supplemento ordinario n. 203 alla GURI serie generale, n. 172 del 26.7.2001, pag. 1-425
<b>Luxemburg</b>	01. Règlement grand-ducal du 8 juin 2001 a) modifiant et complétant les annexes I, III, IV, V, VI et IX de la loi modifiée du 15 juin 1994 - relative à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses et - modifiant la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses b) adaptant les règlements grands-ducaux du 6 janvier 1996, du 19 juin 1998 et du 21 mai 1999 portant exécution de la loi modifiée du 15 juin 1994, Mémorial A n° 68 du 13.6.2001, p. 1396
<b>Niederlande</b>	01. Besluit verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten 02. Implementatie van artikel 1 van de genoemde richtlijn, Staatscourant nr. 140 van 24.8.2001
<b>Österreich</b>	01. Bekanntmachung des BMLFUW - BGBl. II Nr. 326/2000, gemäss Chemikaliengesetz 1996 (ChemG 1996) - BGBl. I Nr. 53/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 108/2001, iVm § 3 Abs. 5 sowie § 4 Abs. 2 der Chemikalienverordnung 1999 (Chem V 1999) BGBl. II Nr. 81/2000

---



- ❖ **Richtlinie 2000/33/EG der Kommission vom 25. April 2000 zur siebenundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR.)**

*ABl. L 136 vom 8.6.2000, S. 90-107*

*Umsetzungsfrist: 1.10.2001*

---

<b>Portugal</b>	01. Decreto-Lei n.º 222/2001, de 8 de Agosto, Diário da República I série A, n.º 201
<b>Finnland</b>	01. Sosiaali-ja terveystieteidenministeriön asetus kemikaalien luokitusperusteista ja merkintöjen tekemisestä, 26/9/2001, SSK 807/2001
<b>Schweden</b>	Bisher keine Maßnahmen mitgeteilt
<b>Vereinigtes Königreich</b>	01. Notice of Approval of adopting Annex V to EC Directive 67/548/EEC as an Approved Code of Practice

---

**ANLAGE I: AUSZUG AUS DEM „ACHTZEHNTEN JAHRESBERICHT ÜBER DIE ANWENDUNG DES GEMEINSCHAFTSRECHTS (2000)“ (KAPITEL „UMWELT“)**

Während des Jahres 2000 wies die Zahl der neuen Fälle (Beschwerden, von Amts wegen aufgedeckte Fälle und Verstöße) im Umweltbereich weiterhin zunehmende Tendenz auf (755 Fälle im Jahre 2000 gegenüber 612 im Jahre 1999). Die Kommission erhob in 39 Fällen beim Gerichtshof Klage gegen Mitgliedstaaten (keine davon auf der Grundlage von Artikel 228) und richtete 122 mit Gründen versehene Stellungnahmen bzw. Zusatzstellungnahmen (davon acht auf der Grundlage von Artikel 228) an die Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Kommission bestrebt ist, mutmaßliche Verstöße zu regeln, sobald diese festgestellt werden, d. h. ohne dass erst förmliche Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden müssen.

Das Verfahren auf der Grundlage von Artikel 228 (ex Artikel 171) stellte seine Wirksamkeit als letztes Hilfsmittel zur Veranlassung der Mitgliedstaaten zur Befolgung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs weiter unter Beweis. Im Jahre 2000 beschloss die Kommission in zwei Fällen die Anrufung des Gerichtshofs und versandte mehrere schriftliche Aufforderungen zur Äußerung bzw. mit Gründen versehene Stellungnahmen wegen Nichtmitteilung, Nichtübereinstimmung oder mangelhafter Anwendung. Eine ausführlichere Beschreibung der einzelnen Fälle folgt im zweiten Teil des Berichts, der sich der Lage in den einzelnen Bereichen widmet.

Seit 1993 die Möglichkeit zur Verhängung von Geldbußen für den Fall in Kraft trat, dass sich ein Mitgliedstaat nicht an die Urteile des EuGH hält, hat der Gerichtshof zum ersten Mal ein Urteil auf der Grundlage von Artikel 228 gefällt. Hierbei handelt es sich um die Rechtssache C-387/97 (Kommission gegen Griechenland) in Bezug auf die Beseitigung von Abfällen auf Kreta (siehe nachfolgenden Abschnitt „Abfälle“).

In Fällen anhaltender Weigerungen zur Beantwortung ihrer Auskunftersuchen wendet die Kommission weiterhin Artikel 10 des Vertrags an, wonach die Mitgliedstaaten gehalten sind, loyal mit den Gemeinschaftsorganen zusammenzuarbeiten. Diese mangelnde Zusammenarbeit hindert die Kommission daran, ihre Rolle als Hüterin des Vertrags wirksam wahrzunehmen.

Ferner setzte die Kommission im Jahre 2000 ihre Arbeit auf der Grundlage ihrer im Oktober 1996 verabschiedeten Mitteilung („Die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft“) fort. Insbesondere hat sie hinsichtlich der Umweltprüfungen einen Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates für auf die Umweltprüfungen in den Mitgliedstaaten anwendbare Mindestkriterien auf der Grundlage von Artikel 175 vorgelegt. In der Schlussphase des Vermittlungsverfahrens, das im September 2000 infolge von divergierenden Standpunkten des Europäischen Parlaments und des Rates über die Form des Rechtsakts eingeleitet worden war, einigte man sich Anfang Januar 2001 auf eine Empfehlung für Umweltprüfungen in den Mitgliedstaaten. Diese Empfehlung basiert im Wesentlichen auf einem von der schwedischen Präsidentschaft vorgelegten Kompromissvorschlag und einigen wenigen Änderungsvorschlägen des Europäischen Parlaments.

Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Berichte kann die Kommission möglicherweise 2003 im Lichte der bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung der

Empfehlung und der Tätigkeit des IMPEL-Netzes („Implementation and Enforcement of EU Environmental Law“) einen Richtlinienvorschlag zu Mindestkriterien für die Qualifikation von Umweltinspektoren und für Ausbildungsprogramme einbringen. Das IMPEL-Netz wird ferner als eigenen Beitrag eine Regelung für die Berichterstattung der Mitgliedstaaten und Beratung zu den Prüfstellen und Prüfverfahren ausarbeiten, die man als Prüfung auf Gegenseitigkeitsbasis („peer review“) bezeichnen könnte.

Das IMPEL-Netz setzte seine Tätigkeit fort. Besonders bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Tagung über die Umsetzung des Umweltrechts, die im Oktober 2000 in Villach, Österreich, stattfand, und auf der unter anderem der Gedanke der Einführung nationaler Netze unter der Federführung des IMPEL-Netzes eingehend erörtert wurde.

Ferner ergriff die Kommission im Jahr 2000 verschiedene Initiativen zur Entwicklung der Grundsätze der Umweltpolitik der Gemeinschaft. So verabschiedete die Kommission am 9. Februar 2000 ein Weißbuch zur Umwelthaftung<sup>31</sup>. Ziel des Weißbuchs ist es, verschiedene Möglichkeiten zu untersuchen, wie ein EG-Umwelthaftungssystem ausgestaltet werden kann, um (a) die Anwendung der Umweltgrundsätze des EG-Vertrags zu verbessern (d. h. Verursacher-, Vorsorge- und Vorbeugeprinzip), (b) die Umsetzung der gemeinschaftlichen Umweltgesetzgebung zu verbessern und (c) eine ausreichende Sanierung der Umwelt sicherzustellen. Die Schlussfolgerung des Weißbuchs lautet, dass die geeignetste Lösung eine Rahmenrichtlinie für Umwelthaftung wäre. Die Kommission beabsichtigt, im Laufe des Jahres 2001 einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Am 2. Februar 2000 verabschiedete die Kommission eine Mitteilung zum Vorsorgeprinzip<sup>32</sup>. Mit dieser Mitteilung verfolgt sie das Ziel, allen betroffenen Parteien zu erläutern, wie sie bei der Anwendung des Vorsorgeprinzips vorzugehen gedenkt, und Leitlinien für dessen Anwendung festzulegen.

Hinsichtlich der *Mitteilung der einzelstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten* war im Umweltbereich keine nennenswerte Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Bericht zu verzeichnen. Für mehrere Richtlinien lief 2000 die Umsetzungsfrist ab. Wie in der Vergangenheit musste die Kommission auch in diesem Jahr mehrere Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen gegen alle Mitgliedstaaten einleiten. Diese Verfahren werden in den nachfolgenden Kapiteln über die einzelnen Bereiche und Richtlinien näher betrachtet.

Wegen der *Nichtübereinstimmung der einzelstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung des EU-Rechts* laufen in allen Bereichen des Umweltrechts gegen alle Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren. Für die Kommission stellt die Kontrolle der Anpassung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten an die aus den Umweltrichtlinien herrührenden Verpflichtungen eine Priorität dar. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Gemeinschaftsbestimmungen in entsprechendes einzelstaatliches Recht sind gewisse Verbesserungen bei der Bereitstellung der ausführlichen Erläuterungen und Konkordanztabellen sowie der Mitteilung der Rechts- bzw. Verwaltungsvorschriften festzustellen, mit denen die Umsetzung der Richtlinien gewährleistet werden soll. Diese Anforderungen werden von Deutschland, Finnland, Schweden, den Niederlanden, Frankreich und mitunter von Dänemark und Irland erfüllt.

---

<sup>31</sup> KOM(2000) 66 endg.

<sup>32</sup> KOM(2000) 1 endg.

Die Kommission hat ferner *die ordnungsgemäße Anwendung des Gemeinschaftsrechts* durch die Mitgliedstaaten (Richtlinien und Verordnungen) *im Umweltbereich* zu überprüfen, worin ein Großteil ihrer Arbeit besteht. Zum einen muss sie nachprüfen, ob die Mitgliedstaaten bestimmten allgemeinen Verpflichtungen (wie beispielsweise der Ausweisung von Gebieten oder der Aufstellung von Programmen oder Managementplänen) auch tatsächlich nachkommen. Zum anderen müssen konkrete Fälle untersucht werden, in denen bestimmte Praktiken oder Entscheidungen der Verwaltung angeblich gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen. Beschwerden und Petitionen von Privatpersonen oder Nichtregierungsorganisationen an das Europäische Parlament sowie die schriftlichen und mündlichen parlamentarischen Anfragen beziehen sich meistens auf die mangelhafte Anwendung.

Nach der bereits in früheren Jahren festgestellten zunehmenden Tendenz nahm die Zahl der Beschwerden im Jahre 2000 weiter zu (1998: 432, 1999: 453 : 2000: 543). Die meisten Beschwerden bezogen sich auf Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland. Die 2000 registrierten Beschwerden entfallen im Großen und Ganzen auf folgende Bereiche: Natur (jede dritte Beschwerde), Umweltverträglichkeitsprüfung (jede vierte Beschwerde), Abfälle (jede sechste Beschwerde) und Gewässerverschmutzung (jede zehnte Beschwerde), wobei zuweilen in einer Beschwerde mehrere Probleme angesprochen werden. Auf die übrigen Bereiche entfallen 1-4 % der Beschwerden.

Wie bereits im vorhergehenden Bericht erwähnt, muss sich die Kommission bei der Untersuchung von Einzelfällen mit sehr konkreten und bürgernahen Sachverhalten und rechtlichen Situationen beschäftigen. Diese Tätigkeit bringt natürlich einige praktische Schwierigkeiten mit sich. Deshalb bemüht sich die Kommission in erster Linie um die Lösung der Probleme, die aufgrund mangelnder Übereinstimmung und Kommunikation bestehen, ohne jedoch die Fälle mangelhafter Anwendung (insbesondere diejenigen, die Grundsatzfragen, Probleme horizontaler Art oder mit den Richtlinien nicht zu vereinbarende Verwaltungspraktiken aufzeigen) zu vernachlässigen.

## **1. Freier Zugang zu Informationen**

Die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt ist eine besonders wichtige allgemeine Rechtsvorschrift, denn über die Verbreitung von umweltbezogenen Informationen kann das Bewusstsein der Bürger für alle Umweltprobleme geschärft werden, was eine aufgeklärte und wirksame Teilnahme an kollektiven Entscheidungen ermöglicht und zu einer Stärkung der demokratischen Kontrolle beiträgt. Nach Auffassung der Kommission können die Bürger über dieses Rechtsinstrument einen sinnvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Obgleich alle Mitgliedstaaten innerstaatliche Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie mitgeteilt haben, liegt nach wie vor in mehreren Fällen eine Nichtübereinstimmung vor, so dass das innerstaatliche Recht an die Anforderungen der Richtlinie angepasst werden muss.

Die Kommission gab gegenüber Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags wegen Nichtdurchführung des in der Rechtssache C-217/97 ergangenen Urteils ab. Darin wurde der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, dass sie einen Anspruch auf Zugang zu Informationen während eines verwaltungsbehördlichen Verfahrens nicht gewährt hat, soweit die Informationen der Behörde aufgrund des Verfahrens zuzugänglich sind, dass sie im Umweltinformationsgesetz nicht vorgesehen

hat, dass Informationen über die Umwelt auszugsweise übermittelt werden, sofern die vertraulichen Angaben ausgesondert werden können, und dass sie die Entrichtung einer Gebühr nicht auf die Fälle beschränkt hat, in denen tatsächlich eine Übermittlung von Informationen stattgefunden hat. Die Kommission hat beim Gerichtshof eine weitere Klage gegen Deutschland (Rechtssache C-29/00) wegen Nichteinhaltung der Zweimonatsfrist für die Beantwortung eines Auskunftersuchens erhoben.

Im Laufe des Jahres 2000 konnten mehrere Verfahren wegen Nichtübereinstimmung eingestellt werden. 1999 war gegen Belgien Klage erhoben worden (Rechtssache C-402/99), da die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts auf nationaler wie auf regionaler Ebene in einigen Aspekten mangelhaft war. Das Verfahren konnte eingestellt werden, da Belgien die betreffenden nationalen Maßnahmen angepasst hat. Ferner beschloss die Kommission die Einstellung eines weiteren Verfahrens gegen diesen Mitgliedstaat, da inzwischen die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Verpflichtung zur formellen Begründung der Verweigerung des Zugangs zu Informationen gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie eingeleitet worden sind. Nach der Entgegennahme der Mitteilung neuer Maßnahmen Spaniens konnte die Kommission auch das gegen diesen Mitgliedstaat eingeleitete Verfahren (Rechtssache C-189/99) zu mehreren Punkten der Nichtübereinstimmung zwischen den spanischen Rechtsvorschriften und der Richtlinie einstellen. Ein Verfahren wegen Nichtübereinstimmung der portugiesischen Rechtsvorschriften mit der Richtlinie konnte nach der Prüfung der von Portugal mitgeteilten Maßnahmen 2000 ebenfalls eingestellt werden.

Ferner beschloss die Kommission die Klageerhebung beim Gerichtshof gegen Frankreich (Rechtssache C-233/00), da die französischen Maßnahmen keine formale, ausdrückliche und mit der Richtlinie übereinstimmende Umsetzung mehrerer ihrer Elemente gewährleisten, wozu auch die Verpflichtung zur formalen Begründung der Verweigerung des Zugangs zu Informationen gehört.

Die Kommission beschloss, Klage gegen Österreich zu erheben, da die Richtlinie 90/313/EWG nicht vollständig umgesetzt worden ist (sechs österreichische Bundesländer haben die Bestimmungen über den freien Zugang zu Informationen und die Ausnahmen davon sowie über die Definitionen von öffentlichen Behörden und staatlichen Stellen nicht ordnungsgemäß umgesetzt).

In den Beschwerden, die der Kommission weiterhin zugehen, wird meistens darauf hingewiesen, dass sich die nationalen Behörden weigern, den Informationsersuchen nachzukommen, dass die Antwortfristen nicht eingehalten werden, dass die Ausnahmen von dem Grundsatz der Mitteilung zu großzügig ausgelegt oder unverhältnismäßig hohe Gebühren verlangt werden. Die Richtlinie 90/313/EWG ist eine der seltenen Richtlinien, die eine Bestimmung enthält, derzufolge die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, nationale Rechtsmittel gegen Ersuchen, die unzulässigerweise abgelehnt werden oder unberücksichtigt bleiben, bzw. gegen nicht zufriedenstellende Antworten vonseiten der Behörden einzuführen, bei denen der Zugang zu Informationen beantragt wird. Wenn die Kommission Beschwerden über derartige Sachverhalte erhält, empfiehlt sie den Beschwerdeführern, von den national eingeführten Rechtswegen Gebrauch zu machen, damit die Ziele der Richtlinie in der Praxis erreicht werden können. Aus diesem Grund geht die Kommission normalerweise derartigen Einzelbeschwerden nicht über Vertragsverletzungsverfahren nach, es sei denn, es lässt sich daraus eine allgemeine administrative Praxis bei dem betreffenden Mitgliedstaat erkennen.

Im Juni 1998 unterzeichneten die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten die Konvention der UN-Wirtschaftskommission für Europa über den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Entscheidungsprozessen und den Zugang zur Justiz im Umweltbereich (die sogenannte „Konvention von Aarhus“). Gemäß der in der Gemeinschaft üblichen Praxis kann die Gemeinschaft die Konvention erst dann ratifizieren, wenn die einschlägigen Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts einschließlich derjenigen der Richtlinie 90/313/EWG ordnungsgemäß geändert wurden, um diesen internationalen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Am 29. Juni 2000 verabschiedete die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen<sup>33</sup>. Der Vorschlag soll die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt ersetzen und basiert auf den bei der Anwendung der Richtlinie gewonnenen Erfahrungen. Der Vorschlag greift die Pflichten auf, die sich aus dem Übereinkommen von Aarhus für den Zugang zu Umweltinformationen ergeben. Er wird mithin auch den Weg für die Ratifizierung dieses Übereinkommens in der Gemeinschaft bereiten. Das dritte Ziel des Vorschlags besteht darin, die Richtlinie von 1990 an die sogenannte „elektronische Revolution“ anzupassen, damit sie den Wandel beim Erzeugen, Sammeln, Speichern und Übertragen von Information widerspiegelt. Dem Kommissionsvorschlag der Kommission ist ein Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Erfahrungen bei der Anwendung der Richtlinie 90/313/EWG<sup>34</sup> beigelegt.

## **2. Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die durch die Richtlinie 97/11/EG geänderte Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten stellt das optimale Rechtsinstrument für den gesamten Umweltbereich dar. Gemäß dieser Richtlinie müssen in zahlreichen Entscheidungen, die sich auf das Gemeinwohl auswirken, die Konsequenzen für die Umwelt berücksichtigt werden.

Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie 97/11/EG zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG lief am 14. März 1999 ab. Ende 2000 hatten sechs Mitgliedstaaten (Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Luxemburg und Spanien) der Kommission noch nicht ihre Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt. Daher beschloss die Kommission, gegen diese Mitgliedstaaten beim Gerichtshof Klage zu erheben. Die bereits zuvor eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung gegen Österreich, Finnland, Dänemark, Portugal und das Vereinigte Königreich konnten im Laufe des Jahres 2000 eingestellt werden.

Im Anschluss an die Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 1998 zum von der Kommission im Dezember 1996 angenommenen Vorschlag einer Richtlinie zur Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme<sup>35</sup> nahm die Kommission im Februar 1999 einen geänderten Vorschlag an.<sup>36</sup> Damit sollen umweltbezogene Erwägungen bereits im Stadium der Erarbeitung und Annahme von Rechtsakten

---

<sup>33</sup> KOM(2000) 402 endg.

<sup>34</sup> KOM(2000) 400 endg.

<sup>35</sup> KOM(96) 511 endg.

<sup>36</sup> KOM(1999) 73 endg.

berücksichtigt werden, die den Rahmen für künftige Projekte bilden. Am 30. März 2000 wurde ein gemeinsamer Standpunkt zu diesen Richtlinienvorschlag angenommen. Das Europäische Parlament schloss seine zweite Lesung zum gemeinsamen Standpunkt am 6. September 2000 ab und nahm 17 Änderungsanträge an. Auf der Grundlage des Standpunkts des Europäischen Parlaments nahm der Rat seine zweite Lesung im zweiten Halbjahr 2000 auf. Die Richtlinie dürfte in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 verabschiedet werden.

Wie bereits in den vorhergehenden Berichten über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts dargestellt, haben zahlreiche bei der Kommission eingegangene Beschwerden sowie zahlreiche Petitionen an das Europäische Parlament zumindest beiläufig die mangelhafte Anwendung der geänderten Richtlinie 85/337/EWG durch die nationalen Behörden zum Gegenstand. Diese Beschwerden bezüglich der Qualität der Umweltverträglichkeitsstudien und deren unzureichender Berücksichtigung stellen die Dienststellen der Kommission vor erhebliche Probleme, denn die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen durch die nationalen Behörden ist außerordentlich schwierig, und aufgrund des im Wesentlichen formalen Charakters der Richtlinie ist es nur in begrenztem Umfang möglich, die von den nationalen Behörden getroffene Wahl der Mittel zu kritisieren, wenn diese sich dabei an das in der Richtlinie niedergelegte Verfahren gehalten haben. Wie die Kommission bereits betonte, beziehen sich die Fälle mangelhafter Anwendung, die ihr im Zusammenhang mit dieser Richtlinie zur Kenntnis gebracht werden, häufig auf konkrete Tatbestände (ob überhaupt und wie geprüft wird). Eine Kontrolle etwaiger Verstöße könnte daher höchstwahrscheinlich am wirksamsten auf dezentraler Ebene, also insbesondere über die einzelstaatlichen Gerichte, ausgeübt werden.

Am 22. Oktober 1998 erließ der Gerichtshof ein Urteil gegen Deutschland (Rechtssache C-301/95) mit der Begründung, dass dieser Mitgliedstaat in mehreren Punkten gegen seine Verpflichtungen verstoßen hat. Da Deutschland keine ausreichenden Maßnahmen zur Befolgung dieses Urteils ergriffen hat, beschloss die Kommission, vor dem Gerichtshof das Verfahren auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags einzuleiten. Streitpunkt ist die unvollständige Umsetzung der Richtlinie in Bezug auf die in Anhang II der Richtlinie aufgeführten Projekte. Der Gerichtshof gelangte zu dem Urteil, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen die ihr aus der Richtlinie erwachsenden Verpflichtungen verstoßen hat, indem sie ganze Klassen der in Anhang II aufgeführten Projekte von vornherein von der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen hat. Deutschland hat während des Verfahrens mehrere Gesetzesentwürfe mit entsprechenden Zeitplänen vorgelegt, doch sind die erforderlichen Rechtsvorschriften noch immer nicht verabschiedet und der Kommission mitgeteilt worden.

Am 21. Januar 1999 erging in der Rechtssache C-150/97 ein Urteil, in dem der Gerichtshof feststellte, dass die Portugiesische Republik ihren Verpflichtungen gemäß Artikel 12 Absatz 1 der genannten Richtlinie nicht nachgekommen war, da sie die zur vollständigen und ordnungsgemäßen Umsetzung der Richtlinie 85/337/EWG erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht angenommen hat. Gemäß den Schlussanträgen des Generalanwalts Mischo stellte der Gerichtshof nicht nur die Nichteinhaltung der Umsetzungsfrist, sondern auch den Sachverhalt fest, dass die zur verspäteten Umsetzung der Richtlinie erlassenen portugiesischen Rechtsvorschriften<sup>37</sup> nicht für Projekte galten, deren

---

<sup>37</sup> Gesetzesverordnung 278/97 vom 8. Oktober 1997.

Genehmigungsverfahren zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, d. h. am 7. Juni 1990, bereits eingeleitet war.

Daher forderte die Kommission die portugiesischen Behörden auf, sie über die zur Befolgung der Urteile getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. Da die von Portugal ergriffenen Maßnahmen unzureichend waren, führte sie die auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags eingeleiteten Verfahren fort.

In der Rechtssache C-392/96 gelangte der Gerichtshof zu der Auffassung, dass Irland gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 12 der Richtlinie verstoßen hat, indem es nicht alle zur ordnungsgemäßen Umsetzung von Artikel 4 Absatz 2 in innerstaatliches Recht erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die in den Ziffern 1 (d) und 2(a) des Anhangs II der Richtlinie 85/337/EWG aufgeführten Projekte angenommen hat und Artikel 2 Absätze 3, 5 und 7 der Richtlinie nur teilweise in innerstaatliches Recht umgesetzt hat. In der Rechtssache ging es vor allem darum, dass Irland für bestimmte Projektarten wie Aufforstung, wenn damit negative ökologische Veränderungen verbunden sein könnten, Rodungen und Torfabbau die Schwellenwerte so hoch angesetzt hatte, dass in der Praxis für zahlreiche Projekte, die mit erheblichen Umweltauswirkungen einhergehen, die in der Richtlinie vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung entfallen würde. Die Nichtumsetzung von Artikel 2 Absätze 3, 5 und 7 der Richtlinie wurde von Irland nicht bestritten. Da Irland jedoch die erforderlichen Maßnahmen zur Befolgung des Urteils nicht ergriffen hat, übermittelte die Kommission Irland ein Aufforderungsschreiben auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags.

Die Kommission erhob Klage gegen Belgien (Rechtssache C-230/00) aufgrund der Vermutung, dass Belgien für zahlreiche Arten von Plänen und Projekten, die in den Geltungsbereich der Richtlinie fallen, stillschweigende Genehmigungen erteilt. Die Kommission sandte ferner eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Italien, wo in einigen Regionen für Projekte, für die ein Antrag auf Erschließungsgenehmigung vor dem Inkrafttreten bestimmter regionaler Vorschriften zur Umweltverträglichkeitsprüfung gestellt worden war, die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wurde, obwohl die Richtlinie in den Mitgliedstaaten seit dem 3. Juli 1988 (Frist für die Umsetzung der Richtlinie in geltendes Recht der Mitgliedstaaten) anwendbar ist.

Im Zusammenhang mit unzureichenden regionalen Gesetzesvorschriften zur Umsetzung von Anhang II der Richtlinie führt die Kommission weiterhin Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien und prüft derzeit die neuen Informationen, die Italien im Laufe des Jahres 2000 vorgelegt hat.

Ferner wurden verschiedene Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter Anwendung eingeleitet. So richtete die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Luxemburg in Bezug auf die Nichteinhaltung der in der Richtlinie vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsverfahren bei der Genehmigung eines Autobahnprojekts in Luxemburg, gegen Portugal wegen mangelhafter Öffentlichkeitsbefragung im Zusammenhang mit bestimmten Schnellstraßenprojekten und an Spanien wegen Verstoßes gegen die Richtlinie im Zusammenhang mit dem Schnellstraßenprojekt Oviedo-Llanera (Asturien) sowie den Umbauarbeiten an der Bahnstrecke Valencia-Tarragona.

In einer von einem luxemburgischen Gericht beantragten Vorabentscheidung vom 19. September 2000 (Rechtssache C-287/98) hat der Gerichtshof für Recht erkannt, dass ein nationales Gericht, das die Rechtmäßigkeit eines Verfahrens zur Enteignung von in



Privateigentum befindlichen Grundstücken zu prüfen hat, die im Rahmen des Baus einer Autobahn zum Wohle der Allgemeinheit erfolgt, dabei überprüfen kann, ob der nationale Gesetzgeber innerhalb der von der Richtlinie 85/337/EWG gezogenen Grenzen seines Entscheidungsspielraums geblieben ist, namentlich wenn eine vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts unterblieben ist, die erhobenen Angaben der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurden und die betroffene Öffentlichkeit entgegen Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie keine Gelegenheit hatte, sich vor der Durchführung des Projekts dazu zu äußern.

### **3. Luft**

Für die Richtlinie 96/62/EG über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität lief die Umsetzungsfrist am 21. Mai 1998 ab. Diese Richtlinie wird mehreren Rechtsakten der Gemeinschaft als Grundlage dienen: Damit sollen neue Grenzwerte für Luftschadstoffe, auch für die in den geltenden Richtlinien bereits aufgeführten Luftschadstoffe, festgelegt, die Alarmschwellen für die Unterrichtung der Öffentlichkeit bestimmt und die Methoden für die Beurteilung der Luftqualität vereinheitlicht und verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorgesehen werden, damit ein wirksamer Schutz der menschlichen Gesundheit und der Ökosysteme gewährleistet wird. Ende 2000 waren alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Spanien ihrer Verpflichtung zur Mitteilung von Umsetzungsmaßnahmen für Artikel 3 der Richtlinie 96/62/EG nachgekommen. Im Laufe des Jahres 2000 konnte die Kommission im Anschluss an eine während des Jahres 2000 übermittelte mit Gründen versehene Stellungnahme das Vertragsverletzungsverfahren gegen Belgien sowie das Verfahren im Zusammenhang mit einer 1999 erhobenen Klage gegen Griechenland (Rechtssache C-463/99) einstellen. Die gegen Spanien erhobene Klage (Rechtssache C-417/99) musste jedoch aufrechterhalten werden.

Für die Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte waren bis spätestens 30. Juni 1998 Umsetzungsmaßnahmen zu ergreifen. Ende 2000 hatten alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Frankreich einschlägige Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt, so dass die gegen Italien (Rechtssache C-418/99) und Irland (Rechtssache C-355/99) eingeleiteten Verfahren eingestellt werden konnten. Das Verfahren gegen Frankreich (Rechtssache C-320/99) musste jedoch fortgesetzt werden.

Für die Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG<sup>38</sup> des Rates musste die Umsetzung bis zum 1. Juli 1999 erfolgen. Nach Erhalt der Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen konnten die 1999 gegen Luxemburg, Belgien, die Niederlande, Deutschland, Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Österreich, Schweden und Finnland eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren eingestellt werden. Italien hat die Gesetzesverordnung zur Umsetzung der Richtlinie ebenfalls verabschiedet, doch ist sie bislang nicht veröffentlicht worden. Auf der anderen Seite beschloss die Kommission, gegen das Vereinigte Königreich Klage wegen Nichtmitteilung (in Bezug auf Gibraltar) zu erheben.

---

<sup>38</sup> ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58.

Für die Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG<sup>39</sup> waren bis spätestens 1. Juli 2000 Umsetzungsmaßnahmen zu treffen. Schweden, Dänemark, Finnland und die Niederlande haben die einschlägigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt, während die Umsetzung im Vereinigten Königreich und in Österreich nicht das gesamte Hoheitsgebiet erfasst. Andere Mitgliedstaaten hatten Ende 2000 noch keine Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt.

Darüber hinaus wurden 1999 folgende weitere Richtlinien im Bereich Luftqualität angenommen, die zwar erst im Jahre 2001 umgesetzt werden müssen, deren frühere Umsetzung jedoch möglich ist:

- Richtlinie 1999/13/EG vom 11. März 1999 über die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen, die bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen bei der Verwendung organischer Lösungsmittel entstehen<sup>40</sup>;
- Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft<sup>41</sup>;
- Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen<sup>42</sup>. Die Kommission ergriff ferner verschiedene Maßnahmen aufgrund der mangelhaften Anwendung von Richtlinien im Zusammenhang mit der Luftqualität, doch da sich diese Maßnahmen im Wesentlichen auf andere Umweltrichtlinien beziehen, werden sie im jeweiligen Kontext behandelt (vgl. Abschnitt 8. *Abfälle* und Abschnitt 9. *Umwelt und Industrie*).

#### **4. Wasser**

Die Kontrolle der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in Bezug auf die Wasserqualität stellt weiterhin einen wichtigen Arbeitsbereich der Kommission dar. Dies erklärt sich aus den zahlreichen und umfangreichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus dem einschlägigen Gemeinschaftsrecht sowie aus der zunehmenden Sensibilisierung der Bürger für Fragen der Wasserqualität.

Hinsichtlich der Richtlinie 75/440/EWG über das Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung sind mehrere Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Sie beziehen sich vor allem auf die Festlegung systematischer Aktionspläne (Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie), die als wichtiges Instrument für den Gewässerschutz (Nitrate, Pestizide usw.) gelten, sowie auf die Voraussetzungen für die Ausnahmen nach Artikel 4 Absatz 3.

In seinem Urteil vom 17. Juni 1998 (Rechtssache C-214/97) gegenüber Portugal stellte der Gerichtshof fest, dass die von den portugiesischen Behörden übermittelten Unterlagen trotz ihres Titels und der darin beschriebenen Projekte keinen systematischen Aktionsplan

---

<sup>39</sup> ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13.

<sup>40</sup> ABl. L 85 vom 29.3.1999, S. 1.

<sup>41</sup> ABl. L 163 vom 29.6.1999, S. 41.

<sup>42</sup> ABl. L 12 vom 18.1.2000, S. 16.

darstellen, da kein Zeitplan für die Verbesserung der Wasserqualität vorgegeben wird, nicht alle Wasserläufe einbezogen wurden und ein geeigneter Rahmen für die Verbesserung der Wasserqualität fehlt. Da Portugal selbst nach dem Urteil des Gerichtshof keinen angemessenen systematischen Aktionsplan vorlegte, wurde diesem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Nachdem Portugal daraufhin im Jahre 2000 endlich einen systematischen Aktionsplan nachreichte, der den Anforderungen der Richtlinie voll und ganz genüge, konnte die Kommission das Verfahren schließlich einstellen.

Ferner erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Italien (Rechtssache C-375/00) da der Mitgliedstaat keinen systematischen Aktionsplan für die Lombardei festgelegt hatte.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 76/160/EWG über die Qualität der Badegewässer ist festzustellen, dass die Badegewässer zunehmend überwacht werden, und dass sich die Qualität dieser Gewässer verbessert. Trotz dieser Fortschritte laufen gegen zahlreiche Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren weiter, da die Anforderungen der Richtlinie bei weitem noch nicht vollständig erfüllt werden.

Die Kommission beschloss die Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel 228 gegen das Vereinigte Königreich wegen der Badegewässer der Fylde Coast im Nordwesten Englands, wo bestimmte als Strände ausgewiesene Gebiete nicht die Grenzwerte der Richtlinie einhalten. Nach Auffassung der Kommission ist das Urteil des Gerichtshofs vom 14. Juli 1993 (Rechtssache C-56/90) immer noch nicht vollständig befolgt.

Das gegen Spanien eingeleitete Verfahren gemäß Artikel 228 im Anschluss an das Urteil des Gerichtshofs vom 12. Februar 1998 (Rechtssache C-92/96), worin ein Verstoß dieses Mitgliedstaats festgestellt wird, da Spanien die Qualität der Binnenbadegewässer nicht in der Weise verbessert hat, dass sie den in der Richtlinie festgelegten Grenzwerten entspricht, wurde fortgeführt. Die Antwort Spaniens auf die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission aus dem Jahre 2000 wird derzeit geprüft.

Am 8. Juni 1999 erließ der Gerichtshof sein Urteil in der Rechtssache C-198/97, in dem er feststellte, dass Deutschland seine Verpflichtungen im Hinblick auf die Qualität der Gewässer und die Häufigkeit der Probenahmen nicht erfüllte. Da dem Urteil des Gerichtshofs noch immer nicht Folge geleistet wurde, beschloss die Kommission, gegen Deutschland das Verfahren gemäß Artikel 228 des Vertrags einzuleiten.

In seinem Urteil vom 25. Mai 2000 (Rechtssache C-307/98) stellte der Gerichtshof fest, dass Belgien ohne angemessene Begründung zahlreiche Badegebiete an Binnengewässern aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen hat und nicht innerhalb von zehn Jahren nach Bekanntgabe der Richtlinie alle Maßnahmen erlassen hat, um sicherzustellen, dass die in der Richtlinie festgelegten Grenzwerte eingehalten werden. Daher beschloss die Kommission, eine schriftliche Aufforderung zur Äußerung gemäß Artikel 228 des Vertrags wegen Nichtdurchführung des vorgenannten Urteils an Belgien zu richten.

Außerdem erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich (Rechtssache C-147/00), die Niederlande (Rechtssache C-268/00), das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-427/00) und Schweden (Rechtssache C-368/00) wegen der Qualität der Gewässer und/oder der Häufigkeit der Probenahmen. Aus demselben Grund beschloss sie ferner, Klage gegen Dänemark zu erheben, und sie leitete Finnland eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu. Das beim Gerichtshof gegen Portugal eingeleitete Verfahren ist ebenfalls noch anhängig.

Die Antwort Italiens auf die mit Gründen versehene Stellungnahme von 1999 wird derzeit geprüft. Die 1999 gegen Frankreich erhobene Klage wegen der fehlenden Messung des gemäß der Richtlinie obligatorischen Parameters „Gesamtcoliiforme Bakterien“ wurde mit dem vorstehend erwähnten Verfahren gegen Frankreich zusammengeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie 76/464/EWG betreffend die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft sowie der Richtlinien, in denen spezifische Werte pro Stoff festgelegt sind, wurden gegen die meisten Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Aufgrund fehlender Programme mit Qualitätszielen zur Verringerung der Verschmutzung durch Stoffe der Liste II des Anhangs der Richtlinie kam es 2000 zu zahlreichen Verfahren und neuen Urteilen gegen die Mitgliedstaaten wegen Vertragsverletzung.

Im Anschluss an die Urteile des Gerichtshofs vom 11. Juni 1998 gegen Luxemburg (Rechtssache C-206/96), vom 25. November 1998 gegen Spanien (Rechtssache C-214/96) und vom 1. Oktober 1998 gegen Italien (Rechtssache C-285/96), worin ein Verstoß dieser Staaten wegen Unterlassung einer der Aufstellung von Programmen mit Qualitätszielen zur Verringerung der Verschmutzung durch diese Stoffe festgestellt wird, teilten diese Staaten Maßnahmen mit, um Artikel 7 der Richtlinie nachzukommen. Die Prüfung dieser komplexen Maßnahmen hält noch an.

Die Kommission beabsichtigt, den Mitgliedstaaten die Annahme von Programmen gemäß Artikel 7 der Richtlinie 76/464/EWG durch Erstellung eines einschlägigen Leitfadens zu erleichtern. Mit diesem Leitfaden möchte die Kommission die Mitgliedstaaten sowohl bei der Umsetzung dieser Richtlinie (Artikel 7 der Richtlinie 76/464/EWG) als auch der neuen Rahmenrichtlinie Wasser 2000/60/EG unterstützen. Das Dokument wird acht Punkte umfassen, die in den Programmen zur Verringerung der Verschmutzung zu berücksichtigen sind.

Auf die Urteile des Gerichtshofs vom 21. Januar 1999 gegen Belgien (Rechtssache C-207/97) und vom 11. November 1999 gegen die Bundesrepublik Deutschland (Rechtssache C-184/97) in Verfahren, die auf demselben Klagegrund beruhen, folgten 2000 zwei weitere Urteile: die Urteile vom 25. Mai 2000 gegen Griechenland (Rechtssache C-384/98) und vom 13. Juli 2000 gegen Portugal (Rechtssache C-261/98). Ein ähnliches Verfahren ist gegen die Niederlande anhängig (Rechtssache C-152/98). Die Kommission beschloss ferner, Klage gegen Frankreich und Irland zu erheben.

Im Anschluss an zwei Urteile des Gerichtshofs aus dem Jahre 1998 (Rechtssachen C-208/97 und C-213/97), in denen Verstöße Portugals bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen zur Umsetzung der auf der Richtlinie 76/46/EWG über die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer basierenden Einzelrichtlinien festgestellt wurden, hat Portugal ausreichende Maßnahmen zur Befolgung der Urteile mitgeteilt. Daher konnten die Verfahren eingestellt werden.

Aufgrund unzureichender Programme zur Verringerung der Verschmutzung kommt es zu zahlreichen Einzelfällen von mangelhafter Anwendung dieser Richtlinie (Verschmutzung bestimmter Wasserläufe durch landwirtschaftliche oder industrielle Ableitungen). Diese punktuellen Schwierigkeiten lassen sich nur durch Gesamtkonzepte lösen. In mehreren

Mitgliedstaaten bestehen noch Probleme, da die Ableitungen nicht immer einer systematischen vorherigen Genehmigung bedürfen.

So läuft das auf Artikel 228 beruhende, im Anschluss an das Urteil vom 11. Juni 1998 (verbundene Rechtssachen C-232/95 und C-233/95) gegen Griechenland eingeleitete Verfahren weiter, da Griechenland die Programme zur Verringerung der Verschmutzung für die Stoffe der Liste II der Richtlinie 76/464/EWG für den Vegoritis-See und den Pagasitikos-Golf nicht aufgestellt hat. Die von Griechenland mitgeteilten Maßnahmen wurden als nicht ausreichend erachtet. Daher wurde dem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme gemäß Artikel 228 des Vertrags zugeleitet.

Das auf der Grundlage des Artikels 226 gegen Portugal eingeleitete Verfahren wegen der Ableitungen eines Nahrungsmittelbetriebs in Santo Tirso läuft ebenfalls weiter, wobei die Kommission die von den portugiesischen Behörden angenommenen Maßnahmen prüft. Nachdem die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Portugal gerichtet hatte, wonach die Betriebsbedingungen eines Werks, das Pflanzenschutzmittel herstellt und die Abwässer ohne vorherige Aufbereitung in den Wasserlauf des Flusses Capa Rota ableitet, möglicherweise eine mangelhafte Anwendung der Richtlinie 76/464/EWG darstellen, konnte die Kommission das Verfahren im Laufe des Jahres 2000 einstellen.

Die Kommission beschloss, beim Gerichtshof Klage gegen das Vereinigte Königreich wegen unzureichender Ausweisung der von der Richtlinie 79/923/EWG über Muschelgewässer betroffenen Gewässer sowie wegen der unterlassenen Aufstellung von Programmen zur Verringerung der Verunreinigung und Unzulänglichkeiten bei der angemessenen Überwachung der betreffenden Gewässer zu erheben. Das Vereinigte Königreich teilte indessen eine beträchtliche Zahl neu ausgewiesener Muschelgewässer und die entsprechenden Maßnahmen zur Verringerung der Verunreinigung mit, die derzeit von der Kommission geprüft werden. Daher ist das betreffende Verfahren noch vor dem Gerichtshof anhängig.

Nachdem Finnland seine Maßnahmen in Bezug auf die Ausweisung der betreffenden Gewässer, die Aufstellung von Qualitätszielen, die Aufstellung von Programmen zur Verringerung der Verunreinigung und die Durchführung von Probenahmen mitgeteilt hatte, konnte die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Finnland wegen mangelhafter Anwendung der Richtlinie 78/659/EWG über Fischgewässer einstellen.

Auch das Verfahren gemäß Artikel 228 gegen Portugal infolge des Urteils vom 18. Juni 1998 (Rechtssache C-183/97), in dem die Nichtübereinstimmung der portugiesischen Rechtsvorschriften mit der Richtlinie 80/68/EWG über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe festgestellt wurde, konnte von der Kommission eingestellt werden. Am 22. April 1999 erließ der Gerichtshof sein Urteil in der Rechtssache C-340/96, worin festgestellt wird, dass das Vereinigte Königreich gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie 80/778/EWG über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch verstoßen hat, indem es unverbindliche Verpflichtungserklärungen von Wasserversorgungsunternehmen angenommen hatte. Im Jahre 2000 konnte die Kommission das Verfahren gemäß Artikel 228 des Vertrags einstellen, da das Vereinigte Königreich ihr die ergriffenen erforderlichen Maßnahmen mitgeteilt hat.

Die Kommission erhob beim Gerichtshof Klage gegen Irland (Rechtssache C-2000/316) wegen mangelhafter Anwendung der Richtlinie 80/778/EWG aufgrund des Vorhandenseins mikrobiologischer Schadstoffe, die von der irischen Agentur für Umweltschutz im

Trinkwasser - insbesondere in der Wasserversorgung des ländlichen Raums - entdeckt worden waren.

Die Kommission beschloss die Klageerhebung beim Gerichtshof gegen Portugal, da dieser Mitgliedstaat für die Azoren keine Grenzwerte für die in Anhang I der Richtlinie 80/778/EWG aufgeführten Parameter festgelegt hat.

Aufgrund der schlechten Qualität des Trinkwassers in mehreren Städten der Provinz Alicante (Javea, Denia, Teulada-Moraira, Benitachell, Muchamiel, Bussot und Aigues) richtete die Kommission ferner eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Spanien. Die Antwort der spanischen Behörden wird zurzeit geprüft.

Die Richtlinie 98/83/EG des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch vom 3. November 1998, die ab dem Jahre 2003 die Richtlinie 80/778/EWG ablösen soll<sup>43</sup>, musste spätestens zum 25. Dezember 2000 in einzelstaatliches Recht umgesetzt werden. Die Einhaltung der neuen Grenzwerte aufgrund der neuen Richtlinie kann jedoch möglicherweise bereits jetzt die Durchführung von Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten erforderlich machen. Es muss jedoch mit Bedauern darauf hingewiesen werden, dass am 25. Dezember 2000 kein Mitgliedstaat die vollständigen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatte. Die Kommission hat Mitteilungen von Finnland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich erhalten, doch betreffen diese entweder nicht das gesamte Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats und/oder es wurden nicht alle Punkte der Richtlinie umgesetzt.

Das Europäische Parlament und der Rat verabschiedeten am 23. Oktober 2000 eine neue Richtlinie (2000/60/EG) zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik<sup>44</sup>. Die Mitgliedstaaten haben drei Jahre Zeit, um die darin enthaltenen Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen.

Das Gemeinschaftsrecht enthält zwei Instrumente zur Bekämpfung des spezifischen Problems der Verunreinigung durch Phosphate und Nitrate und der daraus resultierenden Eutrophierung.

Das erste dieser beiden Instrumente ist die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser. Danach müssen die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass alle Kommunen je nach ihrer Einwohnerzahl ab 1998, 2000 bzw. 2005 mit einem Abwasserkanalisations- und -aufbereitungssystem ausgestattet sind. Somit hat die Kommission künftig zusätzlich zur Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen und zur Übereinstimmung dieser Maßnahmen auch Fälle mangelhafter Anwendung zu kontrollieren. Da diese Richtlinie für die Verbesserung der Gewässerqualität und die Bekämpfung der Eutrophierung von grundsätzlicher Bedeutung ist, legt die Kommission besonderen Wert auf ihre fristgerechte Umsetzung.

In seinem Urteil vom 6. Juni 2000 (Rechtssache C-236/99) stellte der Gerichtshof fest, dass Belgien gegen seine Verpflichtung aus Artikel 17 der Richtlinie verstoßen hat, da es der Kommission ein Programm für den Vollzug dieser Richtlinie übermittelt hat, das hinsichtlich

---

<sup>43</sup> ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 32.

<sup>44</sup> ABl. L 327 vom 22.12.2000, S.1.

der Region Brüssel-Hauptstadt nicht mit der Richtlinie in Einklang steht. Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Spanien wegen unzureichender und falscher Ausweisung von empfindlichen Gebieten gemäß Artikel 5 der Richtlinie hält an.

Die Kommission erhob beim Gerichtshof Klage gegen Italien (Rechtssache C-396/00) wegen Nichtaufbereitung des kommunalen Abwassers im Großraum Mailand und gegen Österreich wegen Nichtübereinstimmung der Umsetzung der Richtlinie hinsichtlich der Fristen für die Sammlung und Aufbereitung des kommunalen Abwassers. Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen mangelhafter Erfüllung verschiedener Anforderungen der Richtlinie wurde im Laufe des Jahres 2000 fortgeführt. Ferner übermittelte die Kommission Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen mehrerer Verstöße gegen die Richtlinie.

Als zweites Instrument zur Bekämpfung der Eutrophierung ist die Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen zu nennen. Die Kommission misst den zur Durchsetzung dieser Richtlinie eingeleiteten Verfahren nach wie vor große Bedeutung bei.

Im Anschluss an das Urteil des Gerichtshofs vom 1. Oktober 1998 in der Rechtssache C-71/97, in dem der Gerichtshof feststellte, dass Spanien keine Regeln der guten fachlichen Praxis aufgestellt und die als gefährdet angesehenen Gebiete nicht ausgewiesen hat, konnte die Kommission indessen das Verfahren gemäß Artikel 228 des Vertrags einstellen, nachdem Spanien die erforderlichen Maßnahmen mitgeteilt hatte. In seinem Urteil vom 13. April 2000 hingegen (Rechtssache C-274/98) stellte der Gerichtshof einen Verstoß Spaniens fest, da es keine Aktionsprogramme im Sinne von Artikel 5 der Richtlinie aufgestellt hatte.

Das beim Gerichtshof gegen Italien eingeleitete Verfahren im Zusammenhang mit der Aufstellung der Aktionsprogramme und der Übermittlung der Berichte ist weiterhin anhängig (Rechtssache C-127/99).

Ferner erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich (Rechtssache C-258/00) wegen unzureichender Ausweisung der gefährdeten Gebiete und gegen Deutschland (Rechtssache C-161/00) wegen Nichtübereinstimmung der eingeführten Aktionsprogramme. Die 1999 gegen Griechenland beschlossene Klage wegen fehlender Aktionsprogramme, nicht erfolgter Aufstellung von Regeln der guten landwirtschaftlichen Praxis und bestimmten Kontrollmaßnahmen ist weiter anhängig, wurde jedoch angesichts der Mitteilung bestimmter Maßnahmen vonseiten Griechenlands noch nicht eingereicht. Gegen die Niederlande wurde Klage wegen verschiedener Unzulänglichkeiten der Aktionsprogramme erhoben (Rechtssache C-322/00). Dagegen konnte die Kommission das Verfahren gegen Österreich wegen des unverbindlichen Charakters der Aktionsprogramme einstellen, nachdem dieser Mitgliedstaat die einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften geändert und die Kommission hierüber in Kenntnis gesetzt hat. Ferner stellte die Kommission das Verfahren gegen das Vereinigte Königreich ein, nachdem es im Anschluss an die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission das Ythan-Mündungsgebiet als durch Nitrat gefährdetes Gebiet ausgewiesen hat.

Die beiden gegen Belgien eingeleiteten Verfahren - eines wegen Nichtübereinstimmung der Umsetzung bei einzelstaatlichen nationalen Umsetzungsmaßnahmen, der Aufstellung von Regeln der guten Praxis und der Ausweisung gefährdeter Gebiete, das andere wegen

mangelhafter Anwendung der Richtlinie - bleiben anhängig. In beiden Fällen beschloss die Kommission die Anrufung des Gerichtshofs.

In seinem Urteil vom 7. Dezember 2000 (Rechtssache C-69/99) stellte der Gerichtshof einen Verstoß des Vereinigten Königreichs gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie fest, da es nicht alle erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hatte, um den Verpflichtungen aus Artikel 3 Absätze 1 und 2 (Ausweisung der gefährdeten Gebiete) sowie aus Artikel 5 (Aufstellung von Aktionsprogrammen) nachzukommen.

Ferner erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Luxemburg (Rechtssache C-266/00) im Zusammenhang mit Regeln der guten fachlichen Praxis, Programmen und der Übermittlung der Berichte. Außerdem leitete die Kommission Finnland eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen Unzulänglichkeiten der Aktionsprogramme im Zusammenhang mit Sperrzeiten, den Kapazitäten von Tanks und Regeln für die Ausbringung von Dünger zu. Die im Anschluss an diese mit Gründen versehene Stellungnahme von Finnland eingeleiteten Maßnahmen werden gegenwärtig von der Kommission geprüft.

Schließlich leitete die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Richtlinie 91/692/EWG zur Vereinheitlichung und zweckmäßigen Gestaltung der Berichte im Gewässerbereich ein. So hatten einige Mitgliedstaaten die Berichte nicht bzw. unvollständig oder verspätet übermittelt, die zur Umsetzung bestimmter Richtlinien zu erstellen sind. Infolgedessen ist die Kommission ihrerseits nicht in der Lage, die von ihr im Namen der Gemeinschaft vorzulegenden Berichte ordnungsgemäß zu erstellen. Daher erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Portugal (Rechtssache C-435/99). Das Verfahren gegen Belgien ist weiterhin anhängig, da die Kommission gegenwärtig die Ende 2000 eingegangene Antwort Belgiens prüft. Die Verfahren gegen Spanien, Italien und Irland hingegen konnten im Laufe des Jahres 2000 eingestellt werden, da diese Mitgliedstaaten als Antwort auf die an sie gerichteten, mit Gründen versehenen Stellungnahmen bereits entsprechende Berichte übermittelt hatten. Auch das gegen Frankreich eingeleitete Verfahren konnte im Anschluss an die Prüfung der französischen Antwort auf die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission eingestellt werden.

## **5. Natur**

Die beiden wesentlichsten Rechtsinstrumente zum Schutz der Natur sind die Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Bei der Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG konnten verschiedene Probleme hinsichtlich der Übereinstimmung noch nicht gelöst werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Jagd und Ausnahmen von der Schutzpflicht (Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 9). So stellte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 7. Dezember 2000 gegen Frankreich im Zusammenhang mit den Terminen für die Eröffnung und Beendigung der Jagdsaison für Zugvögel in Frankreich (Rechtssache C-38/99) fest, dass Frankreich Artikel 7 Absatz 4 der Richtlinie nicht korrekt umgesetzt, nicht alle Maßnahmen zur Umsetzung für sein gesamtes Staatsgebiet mitgeteilt und die genannte Bestimmung nicht korrekt durchgeführt hat. Ferner erhielt die Kommission die Klage vor dem Gerichtshof gegen Italien (Rechtssache C-159/99) wegen Nichtumsetzung von Artikel 9 (Ausnahmen von der Schutzregelung aufgrund der Artikel 5, 6, 7 und 8) aufrecht. Außerdem beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen



Griechenland wegen der Dauer der Jagdsaison zu erheben. Desgleichen beschloss die Kommission die Klageerhebung gegen Schweden wegen mangelhafter Umsetzung bestimmter Vorschriften der Richtlinie 79/409/EWG einschließlich Artikel 9. Dieser Fall betrifft auch Artikel 4 (wie ersetzt durch Artikel 6 Absätze 2, 3 und 4 der Richtlinie 92/43/EWG) und Artikel 6 Absatz 3 der Richtlinie 79/409/EWG.

Die Kommission beschloss, beim Gerichtshof Klage gegen Finnland wegen Nichtübereinstimmung der finnischen Jagdgesetzgebung mit der Richtlinie zu erheben (Jagd auf bestimmte Wasservogelarten während des Frühjahrs, Jagdsaison für bestimmte sonstige Vogelarten). Im Anschluss an die mit Gründen versehene Stellungnahme, die Spanien Anfang 2000 im Zusammenhang mit der Jagd auf Zugvögel übermittelt wurde, ist die Kommission gegenwärtig mit der Prüfung der Antwort Spaniens befasst. Die Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit den Jagdpraktiken in zwei besonderen Schutzgebieten (Baie de Canche und Platier d'Oye) in Frankreich werden noch von der Kommission geprüft.

Im Laufe des Jahres 2000 wurden mehrere weitere Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit der Richtlinie 79/409/EWG eingeleitet. So beschloss die Kommission Klageerhebung gegen Belgien wegen fehlender Umsetzung von Artikel 5 Buchstaben c) und e) und von Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 79/409/EWG. Eine weitere Klage gegen Belgien wurde beim Gerichtshof wegen mangelhafter Umsetzung von Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4 sowie Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG erhoben.

Ende 2000, d. h. etwa sechseinhalb Jahre nach Ablauf der Frist im Juni 1994 hat nun endlich auch der letzte Mitgliedstaat der Kommission seine Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG mitgeteilt. Allerdings bleibt die Umsetzung in vielen Fällen unzureichend, insbesondere in Bezug auf Artikel 6 über den Schutz der Lebensräume in den künftigen besonderen Schutzgebieten sowie in Bezug auf die Artikel 12 bis 16 über den Artenschutz. So stellte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 6. Juni 2000 (Rechtssache C-256/98) fest, dass Frankreich dadurch gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie verstoßen hat, dass es nicht innerhalb der festgesetzten Frist alle erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, um Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie nachzukommen. Da Frankreich nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieses Urteils getroffen hat, leitete die Kommission diesem Mitgliedstaat eine Aufforderung zur Äußerung zu und beschloss ferner, auch eine mit Gründen versehene Stellungnahme gemäß Artikel 228 des Vertrags an Frankreich zu richten. Die Kommission beschloss ferner, vor dem Gerichtshof Klage gegen Luxemburg und Belgien zu erheben, da diese Mitgliedstaaten verschiedene Bestimmungen der Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben. Auch gegen Schweden wurde Klage wegen mangelhafter Umsetzung der Artikel 4 Absatz 5, Artikel 5 Absatz 4, Artikel 6 Absätze 2 bis 4 sowie Artikel 15 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG erhoben.

Wie in der Vergangenheit liegen die Hauptprobleme bei der Anwendung der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG weiterhin in der Einstufung und im Schutz der Gebiete und Lebensräume, ganz gleich ob es um die Ausweisung als besondere Schutzgebiete für Vögel oder um die Einbeziehung in das Netz Natura 2000 und den Schutz der natürlichen Lebensräume geht.

Wie in der vorhergehenden Ausgabe des vorliegenden Berichts dargestellt, wirft die Einstufung von Gebieten als besondere Schutzgebiete für wildlebende Vogelarten gemäß

Artikel 4 der Richtlinie 79/409/EWG bei mehreren Mitgliedstaaten weiterhin Schwierigkeiten auf, wenn die objektiven ornithologischen Kriterien für eine derartige Einstufung erfüllt sind.

In mehreren Einzelfällen von beträchtlicher Bedeutung verfolgt die Kommission vorrangig Vertragsverletzungsverfahren.

1999 erließ der Gerichtshof zwei Urteile gegen Frankreich. In seinem ersten Urteil (Rechtssache C-166/97) stellte der Gerichtshof fest, dass Frankreich gegen Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie verstoßen hat, da es im Mündungsgebiet der Seine keine ausreichende Fläche zum besonderen Schutzgebiet erklärt und keine Maßnahmen ergriffen hat, um dem eingerichteten besonderen Schutzgebiet einen ausreichenden Rechtsstatus zu verschaffen. Dagegen wies er den Klagegrund in Bezug auf die Gründung einer Industrieanlage mitten in dem besonderen Schutzgebiet ab, weil die Kommission seiner Auffassung nach keine ausreichenden Gründe vorlegte, um die von den französischen Behörden vorgebrachten Gründe zu widerlegen. Im Jahre 2000 blieb das auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags gegen Frankreich eingeleitete Verfahren anhängig, damit die französischen Behörden alle zur Durchführung des Urteils erforderlichen Maßnahmen treffen.

In seinem zweiten Urteil (Rechtssache C-96/98) stellte der Gerichtshof einen Verstoß Frankreichs insofern fest, als dieser Staat innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine ausreichend große Fläche im Sumpfgebiet des Poitou zum besonderen Schutzgebiet erklärt hat, keine Maßnahmen getroffen hat, um den im Sumpfgebiet des Poitou eingerichteten besonderen Schutzgebieten einen ausreichenden rechtlichen Schutzstatus zu verleihen und keine geeigneten Maßnahmen getroffen hat, um die Beeinträchtigung der im Sumpfgebiet des Poitou zum besonderen Schutzgebiet erklärten Gebiete und eines Teils der Gebiete, die zu besonderen Schutzgebieten hätten erklärt werden müssen, zu vermeiden. Da Frankreich nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieses Urteils getroffen hat, beschloss die Kommission im Jahre 2000, Frankreich eine schriftliche Aufforderung zur Äußerung gemäß Artikel 228 des Vertrags zu übermitteln.

Am 7. Dezember 2000 erließ der Gerichtshof ein weiteres Urteil gegen Frankreich (Rechtssache C-374/98) im Zusammenhang mit ähnlichen Beschwerden, in dem er feststellte, dass Frankreich dadurch gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung verstoßen hat, dass es keinen Teil des Gebietes Basses Corbières zum besonderen Schutzgebiet erklärt und es versäumt hat, für dieses Gebiet besondere Schutzmaßnahmen zu treffen, die hinsichtlich ihrer geografischen Ausdehnung ausreichend sind. Die Kommission konnte das Verfahren gegen Österreich wegen Nichteinstufung des Lechtals in Tirol als besonderes Schutzgebiet einstellen, da dieser Mitgliedstaat der Kommission die erforderlichen einschlägigen Maßnahmen mitgeteilt hat.

Obgleich besondere Schutzgebiete bereits seit dem Inkrafttreten der Richtlinie im Jahre 1981 hätten ausgewiesen werden müssen, ist in mehreren Mitgliedstaaten festzustellen, dass die zu besonderen Schutzgebieten erklärten Gebiete zahlen- und flächenmäßig unzureichend sind. Derzeit konzentriert sich die Kommission verstärkt darauf, allgemeine Vertragsverletzungsverfahren gegen die unzureichende Gesamtausweisung anstatt gegen die fehlende Einstufung und den fehlenden Schutz jedes einzelnen Gebiets zu verfolgen.

So beschloss die Kommission Klageerhebung gegen Frankreich wegen unzureichender Einstufung von Gebieten als besondere Schutzgebiete gemäß Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie. Die bereits zuvor eingeleiteten Verfahren im Zusammenhang mit zwei einzelnen

Gebieten (Plaine des Maures und Basses Vallées de l'Aude) wurden in dieses Verfahren mit einbezogen.

Aus demselben Grund verfolgt die Kommission weitere Verfahren gegen andere Mitgliedstaaten. So erhält sie die Verfahren gegen Deutschland, Italien, Luxemburg, Portugal und Finnland aufrecht. Gegen Finnland hat sie beim Gerichtshof Klage erhoben (Rechtssache C-240/00), während sie gegenwärtig die von Deutschland und Portugal mitgeteilten Maßnahmen prüft, um daraufhin das weitere Vorgehen gegen diese beiden Mitgliedstaaten zu beschließen. Ferner beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen Spanien wegen Nichtausweisung einer ausreichenden Zahl besonderer Schutzgebiete in der Region Murcia zu erheben (Rechtssache C-354/00). Zudem beschloss die Kommission, Spanien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen unzureichender Ausweisung von besonderen Schutzgebieten im ganzen Land zuzuleiten.

Die Kommission prüft zurzeit eine beträchtliche Zahl besonderer Schutzgebiete, die von den Niederlanden im Anschluss an die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission gemäß Artikel 228, mit der dieser Mitgliedstaat zur Durchführung des Urteils des Gerichtshofs vom 19. Mai 1998 (Rechtssache C-3/96) veranlasst werden sollte, neu ausgewiesen wurden.

Von den Mitgliedstaaten wurden weitere Vorschläge für Gebiete übermittelt, die nach der Richtlinie 92/43/EWG als Schutzgebiete auszuweisen sind. So erklärte das Vereinigte Königreich weitere Gebiete zu Schutzgebieten im Sinne der Richtlinie und begann mit der Übermittlung der neu ausgewiesenen Gebiete an die Kommission. Diese neu ausgewiesenen Gebiete werden gegenwärtig von der Kommission bewertet, und die Kommission beschloss die Aussetzung der 1999 gegen das Vereinigte Königreich erhobenen Klage, bis die Bewertung der neu mitgeteilten Gebiete abgeschlossen ist. Im Jahre 2000 beschloss die Kommission ferner, die Aussetzung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Niederlande nach der Übermittlung einer umfangreichen Liste durch diesen Mitgliedstaat zu verlängern. Diese Liste wird im Rahmen der atlantischen biogeografischen Region gemeinsam mit den Listen der Gebiete bewertet, die von anderen Mitgliedstaaten in dieser Region vorgelegt werden. Die Situation im Zusammenhang mit der von Österreich vorgelegten Liste ist noch nicht vollends zufriedenstellend, doch werden die weiteren Verfahren von den für 2001 geplanten biogeografischen Seminaren abhängen. Auch die 2000 im Anschluss an die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die Kommission von Portugal vorgelegte ergänzende Liste wird noch geprüft. Angesichts der 1998 von Finnland vorgelegten umfangreichen Liste beschloss die Kommission die Aussetzung der 1998 gegen Finnland erhobenen Klage vor dem Gerichtshof und die Prüfung der von Finnland im Laufe des Jahres 2000 ergriffenen Maßnahmen.

Die von der Kommission beim Gerichtshof erhobenen Klagen gegen Irland (Rechtssache C-67/99), Deutschland (Rechtssache C-71/99) und Frankreich (Rechtssache C-220/99) wurden aufrechterhalten.

Nachdem die Kommission zunächst die Aufschiebung der Klageerhebung gegen Schweden beschlossen hatte, um die von Schweden vorgelegte „Indikativ-Liste“ zu prüfen, beschloss sie Ende 2000, aufgrund der Unzulänglichkeit dieser Liste die Klageerhebung durchzuführen. Schließlich beschloss die Kommission, Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten, da die von diesem Land übermittelte Liste kein repräsentatives Gebiet für die zahlreichen Arten von Lebensräumen auf belgischem Hoheitsgebiet enthält, wozu prioritäre

Lebensräume gehören. Im Anschluss an die Prüfung der 2000 von Belgien vorgelegten neuen Listen von Gebieten beschloss die Kommission die Fortführung des Verfahrens gegen Belgien.

Am 7. November 2000 erließ der Gerichtshof eine wichtige Vorabentscheidung, die ihm von einem britischen Gericht auf der Grundlage von Artikel 234 in Bezug auf den Hafen von Bristol vorgelegt worden war (Rechtssache C-371/98). Der Gerichtshof stellte fest, dass ein Mitgliedstaat nicht den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten Rechnung tragen darf, wenn er über die Auswahl und Abgrenzung der Gebiete entscheidet, die der Kommission zur Bestimmung als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung vorgeschlagen werden sollen.

Wie in der vorhergehenden Ausgabe des vorliegenden Berichts bereits erwähnt, werden die Informationen über Gebiete und darin lebende Arten von den Mitgliedstaaten bei der Übermittlung der Liste der Gebiete häufig nicht vollständig oder angemessen mitgeteilt, was die Einleitung der in der Richtlinie 92/43/EWG vorgesehenen späteren Phasen und den Aufbau des Netzes Natura 2000 zusätzlich erschwert.

Die Kommission betreibt weiterhin eine strikte Politik, wenn es darum geht, die im Rahmen der LIFE-Verordnung zur Erhaltung der Gebiete bestimmten gemeinschaftlichen Finanzmittel für die in das Netz Natura 2000 einbezogenen oder einzubeziehenden Gebiete bereitzustellen. Außerdem nimmt sie bei allen Anträgen auf Kofinanzierung im Rahmen des Kohäsionsfonds eine äußerst gewissenhafte Überprüfung der Einhaltung der Umweltvorschriften vor. So richteten im Juni 1999 die für Umwelt und Regionalpolitik zuständigen Kommissare ein Schreiben an die Mitgliedstaaten, worin sie diese an ihre Verpflichtungen im Rahmen der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG erinnerten. Die Mitgliedstaaten, die keine ausreichenden Listen im Hinblick auf den Aufbau des Netzes Natura 2000 übermittelten, wurden darauf hingewiesen, dass sich die Kommission gegebenenfalls außerstande sieht, die vorgelegten Kofinanzierungspläne und -programme zu beurteilen. Während des Jahres 2000 wurden die Strukturfondspläne und -programme und Programme zur ländlichen Entwicklung an die Voraussetzung geknüpft, dass die Mitgliedstaaten die noch fehlenden Listen der Gebiete für das Netz Natura 2000 vorlegen.

Die Probleme im Zusammenhang mit der mangelhaften Anwendung der besonderen Schutzregelung gemäß Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 79/409/EWG und Artikel 6 Absätze 2 bis 4 der Richtlinie 92/43/EWG, d. h. Nichteinstufung von Gebieten als besondere Schutzgebiete, obwohl diese die ornithologischen Kriterien für eine Einstufung erfüllen, und/oder Nichtanwendung der besonderen Schutzregelung im Zusammenhang mit Projekten, die diese Gebiete beeinträchtigen, bleiben weiter bestehen. Im April 2000 veröffentlichte die Kommission einen Auslegungsleitfaden, um den Mitgliedstaaten eine Anleitung zur Auslegung bestimmter in Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG verwendeter Schlüsselbegriffe bereitzustellen.

Die Kommission leitete Österreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen eines Verstoßes gegen Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie 92/43/EWG im Zusammenhang mit der Erweiterung eines Golfplatzes im Enns-Tal zu. Ferner beschloss sie, beim Gerichtshof Klage gegen Belgien wegen mangelhafter Schutzmaßnahmen im besonderen Schutzgebiet des Zwarte-Beek-Tals zu erheben. Außerdem erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Irland wegen Nichtannahme von Schutzmaßnahmen gegen die Überweidung der unter

die Richtlinie 79/409/EWG fallenden Lebensräume wildlebender Vogelarten in Westirland (Rechtssache C-117/00).

Schließlich beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen Portugal im Zusammenhang mit dem Staudammprojekt „Abrilongo“ zu erheben, das sich auf das besondere Schutzgebiet Campo Maior und die gemäß Richtlinie 79/409/EWG zu schützenden Arten auswirkt, und sie leitete diesem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Genehmigung eines Schnellstraßenprojekts ohne angemessene vorherige Verträglichkeitsprüfung zu.

Bei der Anwendung der Richtlinie 92/43/EWG können auch bestimmte Probleme auftreten, die nicht mit dem Schutz der als besondere Schutzgebiete ausgewiesenen oder dazu bestimmten Lebensräume, sondern vielmehr der Arten zusammenhängen. So erhob die Kommission beispielsweise beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland wegen der Bedrohung einer Schildkrötenart (*Caretta caretta*) auf der Insel Zakynthos (Rechtssache C-103/00). Sie beschloss ferner, Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen mangelhafter Maßnahmen zum Schutz der Lebensräume einer gefährdeten Hamsterpopulation (*Cricetus cricetus*) in der Horbacher Börde bei Aachen nahe der niederländischen Grenze zuzuleiten. Dieses Gebiet zählt zu den wichtigsten Lebensräumen dieser Art im Nordwesten Deutschlands. Ferner beschloss die Kommission, eine weitere mit Gründen versehene Stellungnahme an das Vereinigte Königreich zu richten. Dabei ging es um den mangelhaften Schutz des großen Kamm-Molches (*Triturus cristatus*).

Im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 338/97 zur Durchführung des Washingtoner Übereinkommens von 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (auch „CITES-Übereinkommen“ genannt) in der Gemeinschaft sah sich Griechenland wegen des gegen diesen Mitgliedstaat eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens dazu veranlasst, 1999 mehrere Maßnahmen und Ministerialbeschlüsse als Ergänzung zum Gesetz Nr. 2637 vom 27. August 1998 mitzuteilen. Der Beschluss zur Klageerhebung beim Gerichtshof ist weiter ausgesetzt, da die Prüfung der Übereinstimmung der griechischen Rechtsvorschriften mit dem Gemeinschaftsrecht noch nicht abgeschlossen ist.

## **6.     Lärm**

Wie in der Vergangenheit wirft die Umsetzung der Richtlinien in diesem Bereich keine großen Schwierigkeiten auf, da darin Normen festgelegt werden, die für neu einzuführende Produkte gelten. Allerdings beziehen sich die bei der Kommission eingegangenen Beschwerden auf Fragen des Umgebungslärms und lassen sich demzufolge nicht auf Gemeinschaftsebene behandeln.

Am 8. Mai 2000 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie 2000/14/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen<sup>45</sup>.

---

<sup>45</sup> ABl. L 162 vom 3.7.2000, S. 1.

## 7. Chemische Stoffe und Biotechnologie

Zu den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft im Bereich Chemie und Biotechnologie gehören mehrere Gruppen von Richtlinien zu Produkten oder Tätigkeiten, die gemeinsame Merkmale wie technische Komplexität, häufige Anpassungen an den neuesten Stand der Forschung und Technik, Geltungsbereich für Wissenschaft und Technik sowie umweltspezifische Risiken aufweisen.

Die Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe muss aufgrund des raschen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts oft geändert werden. So lief die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 98/98/EG vom 15. Dezember 1998<sup>46</sup> zur fünfundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG an den technischen Fortschritt im Juli 2000 ab. Darüber hinaus war die Richtlinie 99/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 1999 zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG hinsichtlich der Kennzeichnung bestimmter gefährlicher Stoffe in Österreich und Schweden von diesen beiden Mitgliedstaaten spätestens zum 30. Juli 2000 umzusetzen.

In diesem Zusammenhang kommt es weiterhin häufig zu Verzögerungen vonseiten der Mitgliedstaaten bei der Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen, doch leitet die Kommission systematisch Verfahren ein, um die Einhaltung dieser Verpflichtung zu gewährleisten.

Im Jahr 2000 beschloss die Kommission, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, da Definition und Bearbeitung von synthetischen Glasfasern (man-made vitreous (silicate) fibres - MMMF) gegen die Richtlinie 67/548/EWG verstoßen. Die Kommission beschloss ferner, dem Vereinigten Königreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten und anschließend Klage gegen diesen Mitgliedstaat zu erheben, da er das Territorium von Gibraltar aus dem Anwendungsbereich der Umsetzungsmaßnahmen der Richtlinie 67/548/EWG und der nachfolgenden Änderungsrichtlinien ausgenommen hat.

Gemäß der Richtlinie 96/56/EG war bei der Kennzeichnung gefährlicher Stoffe spätestens bis 1. Juni 1998 die Abkürzung „EWG“ durch die Abkürzung „EG“ zu ersetzen. Wegen Nichtumsetzung hatte die Kommission 1998 Belgien, Deutschland, Portugal und Griechenland eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Inzwischen haben alle Mitgliedstaaten die Richtlinie umgesetzt, so dass auch in dem einzigen noch anhängigen Fall (Rechtssache C-406/99) im Jahre 2000 die Klage zurückgezogen und das Verfahren eingestellt werden konnte.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 97/69/EG (dreiundzwanzigste Anpassung der Richtlinie) über gefährliche Stoffe haben Österreich und die Niederlande der Kommission unlängst Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt, so dass die gegen sie eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren ausgesetzt wurden.

Die Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten<sup>47</sup> war von den Mitgliedstaaten spätestens zum 14. Mai 2000 umzusetzen. Gegen zwölf Mitgliedstaaten sind

---

<sup>46</sup> ABl. L 355 vom 30.12.1998, S.1.

<sup>47</sup> ABl. L 123 vom 24.4.1998, S.1.

Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen eingeleitet worden: Österreich, Belgien, Finnland (in Bezug auf die Provinz Åland), Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Portugal, Niederlande, Spanien und das Vereinigte Königreich. Das Verfahren gegen Österreich konnte im Laufe des Jahres 2000 eingestellt werden.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 86/609/EWG über den Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere konnte die Kommission das gegen Belgien auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags eingeleitete Verfahren einstellen, nachdem Belgien dem Urteil des Gerichtshofs vom 15. Oktober 1998 (Rechtssache C-268/97) im Zusammenhang mit dem Verstoß dieses Staates bei der Umsetzung der Richtlinie nachgekommen war. Allerdings beschloss die Kommission, Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen zu zahlreicher Ausnahmen in Bezug auf die Verwendung von nicht eigens zu Versuchszwecken gezüchteten Katzen und Hunden bei Versuchen zuzuleiten.

Außerdem erhielt die Kommission ihre Klage beim Gerichtshof gegen Irland (Rechtssache C-354/99) aufrecht, erhob ferner Klage gegen Frankreich (Rechtssache C-152/00) und beschloss die Klageerhebung gegen die Niederlande wegen mangelhafter Umsetzung der Richtlinie. Die Klage gegen Österreich hingegen wurden zurückgezogen, nachdem dieser Mitgliedstaat der Kommission die erforderlichen Maßnahmen mitgeteilt hatte.

Die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen (GVM) in geschlossenen Systemen wird durch die Richtlinie 90/219/EWG geregelt, und für die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen (GVO) in die Umwelt ist die Richtlinie 90/220/EWG maßgeblich. Der bestehende rechtliche Rahmen (Richtlinie 90/220/EWG vom 23. April 1990) wird gegenwärtig überarbeitet. Das Europäische Parlament und der Rat erzielten am 20. Dezember 2000 Einigung über einen gemeinsamen Wortlaut. Die endgültige Verabschiedung der neuen Regelung dürfte im Februar 2001 erfolgen. Mit der überarbeiteten Richtlinie sollen das Genehmigungsverfahren für das Inverkehrbringen der GVO transparenter und effizienter gestaltet, gemeinsame Grundsätze für die Risikobewertung sowie ein verbindlicher Monitoring-Plan festgelegt und die Verwaltungsverfahren an die bestehenden Risiken einschließlich der indirekten Risiken angepasst werden.

Die Kommission leitete Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme im Zusammenhang mit der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung verschiedener Bestimmungen der Richtlinie 90/219/EWG in nationales Recht zu.

Die Richtlinie 90/219/EWG wurde durch die Richtlinie 98/81/EG des Rates vom 26. Oktober 1998 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen<sup>48</sup> geändert, die spätestens zum 5. Juni 2000 umzusetzen war. Zum Ende des Jahres 2000 waren gegen alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Schweden, Finnland und Dänemark Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen eingeleitet worden.

Schließlich sind noch zwei Fälle mangelhafter Anwendung der Richtlinie 90/220/EWG gegenüber Frankreich anhängig.

---

<sup>48</sup> ABl. L 330 vom 5.12.1998, S. 13.

Der erste Fall betrifft die späteren Phasen des Verfahrens zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Produkten, die aus GVO bestehen oder GVO enthalten. Gemäß der Richtlinie muss die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, bei dem die ursprüngliche Anmeldung eingegangen ist, wenn die Genehmigung des Inverkehrbringens eines derartigen Produkts beschlossen wurde, ihre Zustimmung schriftlich erteilen, damit das Produkt in Verkehr gebracht werden kann. Zu zwei 1997 gefassten befürwortenden Entscheidungen hat Frankreich noch immer nicht seine Zustimmung erteilt. In einem ähnlichen Fall, in dem es um Maissaatgut geht, wurde der Gerichtshof vom französischen Staatsrat (*Conseil d'Etat*) um Vorabentscheidung (Rechtssache C-6/99) in der Frage ersucht, ob den nationalen Behörden nach einem befürwortenden Beschluss der Kommission im Sinne von Artikel 13 Absatz 4 der Richtlinie 90/220/EWG ein Ermessensspielraum zusteht. In seinem Urteil vom 21. März 2000 stellte der Gerichtshof folgendes fest: Hat nach Weiterleitung eines Antrags auf Genehmigung des Inverkehrbringens eines GVO an die Kommission kein Mitgliedstaat Einwände erhoben, oder hat die Kommission einen „positiven Beschluss“ getroffen, so ist die zuständige Behörde, die den Antrag an die Kommission weitergeleitet hat, verpflichtet, die schriftliche Zustimmung, mit der das Produkt in den Verkehr gebracht werden kann, zu erteilen. Verfügt der betreffende Mitgliedstaat jedoch inzwischen über neue Informationen, durch die er zu der Auffassung gelangt, dass das angemeldete Produkt eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen kann, so ist er nicht verpflichtet, seine Zustimmung zu erteilen, sofern er die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten unverzüglich über diese neuen Informationen unterrichtet. In seinem Urteil vom 4. November 2000 schloss sich der französische *Conseil d'Etat* unlängst dem Urteil des Gerichtshofs an und stellte fest, dass das französische Ministerium ohne neue Informationen zu den betreffenden Risiken den von der Kommission auf der Grundlage der Stellungnahmen von drei wissenschaftlichen Ausschüssen getroffenen Beschluss nicht in Frage stellen kann. Das Verfahren gegen Frankreich ist noch anhängig (in der Phase der mit Gründen versehenen Stellungnahme). Indessen erwägt die Kommission die Anwendung der in Artikel 16 der Richtlinie 90/220/EWG vorgesehenen Schutzklausel.

Die Kommission beschloss ferner, beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich wegen Nichtumsetzung bzw. mangelhafter Umsetzung mehrerer Bestimmungen der Richtlinie 90/220/EWG zu erheben.

## **8. Abfälle**

Vertragsverletzungsverfahren im Bereich der Abfallwirtschaft, bei denen es sowohl um die formale Umsetzung als auch um die praktische Anwendung geht, kommen weiterhin häufig vor. Wie bereits in der vorhergehenden Ausgabe des vorliegenden Berichts dargestellt, erklären sich die Schwierigkeiten bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts in diesem Bereich vermutlich damit, dass dies Verhaltensänderungen vonseiten der Bürger, der Verwaltungen und der Wirtschaftsbeteiligten erfordert, die zudem noch Kosten verursachen. Bei der Abfall-Rahmenrichtlinie (Richtlinie 75/442/EWG wie geändert durch die Richtlinie 91/156/EWG) rühren die meisten Schwierigkeiten bei der Umsetzung aus der Anwendung auf bestimmte Anlagen her. Hieraus erklärt sich auch die große Anzahl von Beschwerden, in denen es hauptsächlich um Probleme der Ablagerung von Abfällen geht (nichtgenehmigte Deponien, umstrittene Standorte, nicht richtig betriebene oder wasserverunreinigende Deponien usw.). Nach der Richtlinie ist vor der Inbetriebnahme einer Anlage zur Beseitigung und Verwertung von Abfällen eine Genehmigung einzuholen; im Falle der Abfallbeseitigung



muss aus der Genehmigung hervorgehen, welche Vorkehrungen zu treffen sind, um beim Betrieb der Anlagen die umweltschädlichen Auswirkungen zu beschränken.

Die Annahme der Richtlinie 1999/31/EG vom 26. April 1999 über Abfalldeponien<sup>49</sup> durch den Rat sollte zur Klärung des Rechtsrahmens beitragen, innerhalb dessen in den Mitgliedstaaten Anlagen genehmigt werden, die nach dieser Beseitigungsart verfahren.

Wie bereits erwähnt, untersucht die Kommission vor dem Hintergrund derartiger Einzelfälle - so kann eine illegale Deponie ein Hinweis darauf sein, dass die Abfallbewirtschaftung dem Bedarf nur unzureichend gerecht wird -, ob möglicherweise allgemeine Probleme im Zusammenhang mit einer mangelhaften Anwendung des Gemeinschaftsrechts wie fehlende oder unzureichende Abfallbewirtschaftungspläne vorliegen.

In diesem Zusammenhang erhob die Kommission 1998 zum zweiten Mal beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland (Rechtssache C-387/97) und beantragte, dass der Gerichtshof Griechenland auf der Grundlage von Artikel 228 des Vertrags ein tägliches Zwangsgeld von 24 600 € wegen Nichtdurchführung des Urteils des Gerichtshofs vom 7. April 1992 (Rechtssache C-45/91) auferlegt. Dabei ging es um das Bestehen und den Betrieb einer illegalen Deponie für feste Abfälle in Kouroupitos in der Region Chania, wo feste Abfälle, begrenzte Mengen gefährlicher Abfälle (z. B. Altöl und Batterien) sowie verschiedene Arten von gewerblichen und industriellen Abfällen illegal abgeladen wurden. In Einklang mit den Schlussanträgen des Generalanwalts vom 28. September 1999 stellte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 4. Juli 2000 fest, dass die Griechische Republik dadurch nicht alle Maßnahmen durchgeführt hat, die sich aus dem Urteil vom 7. April 1992 ergeben haben, und gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 171 EG-Vertrag (jetzt Artikel 228) verstoßen hat, dass sie nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um gemäß Artikel 4 und 6 der Richtlinie 75/442/EWG über Abfälle und Artikel 12 der Richtlinie 78/319/EWG über giftige und gefährliche Abfälle sicherzustellen, dass die Abfälle in der Region Chania beseitigt werden, ohne die menschliche Gesundheit zu gefährden und die Umwelt zu schädigen. Der Gerichtshof hat Griechenland verurteilt, ein Zwangsgeld in Höhe von 20 000 € pro Tag Verzug bei der Durchführung zu zahlen. Im Dezember 2000 hat die griechische Regierung einen Betrag von 1.760.000 € als Zwangsgeld für den Zeitraum Juli bis September 2000 entrichtet. Die Kommission hat Griechenland aufgefordert, die Zahlungen auf Monatsbasis vorzunehmen.

Wie bereits erwähnt ist dies das erste Mal, dass der Europäische Gerichtshof einen Mitgliedstaat zur Zahlung eines Zwangsgeldes gemäß Artikel 228 des Vertrags verurteilt hat. Hinsichtlich der Durchsetzung der gemeinschaftlichen Umweltgesetzgebung gegenüber den Mitgliedstaaten ist dies ein wichtiger Meilenstein für die Europäische Union.

In seinem Urteil vom 9. November 1999 (Rechtssache C-365/97) stellte der Gerichtshof fest, dass die italienischen Behörden gegen ihre Verpflichtungen verstoßen haben, indem sie nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen haben, um sicherzustellen, dass die in den Wasserlauf durch das San-Rocco-Tal abgeleiteten Abfälle beseitigt werden, ohne die menschliche Gesundheit zu gefährden oder die Umwelt zu schädigen, und nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, damit die in einer illegalen Deponie abgelagerten Abfälle einem privaten oder öffentlichen Sammel- oder Beseitigungsunternehmen übergeben

---

<sup>49</sup> ABl. L 182 vom 16.7.1999, S.1.

werden. Die Kommission prüft gegenwärtig die zur Befolgung dieses Urteils eingeleiteten Maßnahmen, die Italien der Kommission im Jahre 2000 mitgeteilt hat.

Die Kommission beschloss, beim Gerichtshof Klage gegen Österreich zu erheben, da dieser Mitgliedstaat die gemeinschaftliche Definition von Abfall nicht korrekt in österreichisches Recht umgesetzt hat (Gewährung von Ausnahmen, die nach der gemeinschaftlichen Definition nicht zulässig sind, und Nichtumsetzung bestimmter Anhänge der Richtlinien 75/442/EWG und 91/689/EWG). Ferner wurde Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet, da die Region Wallonien in ihren Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien den Begriff Abfall nicht korrekt definiert hat. Auch Luxemburg wurde eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet und anschließend beschlossen, gegen diesen Mitgliedstaat beim Gerichtshof Klage wegen mangelhafter Umsetzung der Entscheidung 94/3/EG über ein Abfallverzeichnis gemäß der Richtlinie 75/442/EWG zu erheben.

Auch im Jahre 2000 wurden Probleme bei der Anwendung der Richtlinie 75/442/EWG festgestellt. So erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland wegen einer wilden Deponie auf dem Peloponnes und beschloss die Klageerhebung gegen Spanien im Zusammenhang mit mehreren illegalen Müllhalden. Ferner wurde beim Gerichtshof Klage gegen Italien wegen Nichtübermittlung des Berichts gemäß Richtlinie 75/439/EWG (Altöl) und Richtlinie 75/442/EWG erhoben (Rechtssache C-376/00).

Im Jahr 2000 erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Italien (Rechtssache C-65/00), da die italienischen Rechtsvorschriften für gefährliche Abfälle hinsichtlich der Befreiung von Unternehmen, die gefährliche Abfälle verwerten, von der Genehmigungspflicht gemäß Richtlinie 91/156/EWG und Richtlinie 91/689/EWG nicht mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen.

Die vorstehend aufgeführten Beispiele zeigen, wie wichtig die Erstellung der Abfallbewirtschaftungspläne ist. Daher hatte die Kommission im Oktober 1997 beschlossen, gegen alle Mitgliedstaaten - mit Ausnahme Österreichs, das als einziger Staat einen systematischen Abfallbewirtschaftungsplan erstellt hat - Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Diese Verfahren beziehen sich auf Mängel in Verbindung mit den Abfallbewirtschaftungsplänen gemäß Artikel 7 der Rahmenrichtlinie bzw. auf die Pläne zur Bewirtschaftung gefährlicher Abfälle gemäß Artikel 6 der Richtlinie 91/689/EWG sowie auf Verpackungsabfälle, für die nach Artikel 14 der Richtlinie 94/62/EG eine besondere Planung verlangt wird.

Die beim Gerichtshof gegen Frankreich (Rechtssache C-292/99), Irland (Rechtssache C-461/99) und Italien (Rechtssache C-466/99) in Bezug auf alle drei Arten von Abfallbewirtschaftungsplänen erhobenen Klagen wurden aufrechterhalten. Zudem wurden beim Gerichtshof Klagen gegen Griechenland (Rechtssache C-132/00), Luxemburg (Rechtssache C-401/00) und das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-35/00) erhoben. Die Kommission beschloss ferner, die Klage gegen Spanien fortzuführen.

Andererseits wurden die zuvor gegen Schweden und Portugal eingeleiteten Verfahren im Jahr 2000 eingestellt. Nachdem das Land Niedersachsen als letztes *Bundesland*, das über keinen derartigen Abfallbeseitigungsplan verfügte, der Kommission einen Plan für ungefährliche Abfälle und Verpackungsabfälle mitgeteilt hatte, konnte auch dieses Verfahren eingestellt werden.

Zur Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle ist festzustellen, dass die Kommission 1998 Vertragsverletzungsverfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten eingeleitet hatte, die der Kommission bestimmte erforderliche Angaben über Einrichtungen und Betriebe zur Beseitigung und Verwertung gefährlicher Abfälle nicht übermittelt hatten. In diesem Zusammenhang erhob die Kommission im Jahr 2000 beim Gerichtshof Klage gegen Griechenland. Die Verfahren gegen Portugal und das Vereinigte Königreich hingegen konnten eingestellt werden, da diese Mitgliedstaaten im Anschluss an die ihnen zugeleitete mit Gründen versehene Stellungnahme die erforderlichen Informationen übermittelt haben. Das Verfahren gegen Frankreich wurde dagegen aufrechterhalten, da die der Kommission gemäß der Richtlinie zugeleiteten Informationen noch immer unvollständig sind.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinien über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren (91/157/EWG und 93/86/EWG) setzt die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten fort, die die in Artikel 6 der Richtlinie vorgesehenen Programme noch nicht aufgestellt haben. Im Jahr 2000 wurden in dieser Hinsicht gewisse Fortschritte erzielt. Im Anschluss an eine mit Gründen versehene Stellungnahme gemäß Artikel 228, mit der Spanien zur Durchführung des Urteils des Gerichtshofs vom 28. Mai 1998 (Rechtssache C-298/97) veranlasst werden sollte, beschloss die Kommission die Einstellung des Verfahrens, nachdem sie von Spanien die Mitteilung der Durchführungsmaßnahmen erhalten hatte. Aus dem gleichen Grund beschloss die Kommission die Einstellung des Verfahrens gemäß Artikel 228 gegen Griechenland wegen mangelhafter Befolgung des Urteils des Gerichtshofs vom 8. Juli 1999 (Rechtssache C-215/98): Griechenland hatte seine seit September 1992 bestehende Verpflichtung zur Aufstellung eines Abfallbewirtschaftungsplans für Batterien nunmehr erfüllt. Die Klage gegen Portugal wurde nach der Prüfung der von diesem Mitgliedstaat getroffenen Maßnahmen ebenfalls fallengelassen. Die Kommission prüft derzeit die Hinlänglichkeit der Maßnahmen, die von Österreich im Anschluss an die mit Gründen versehene Stellungnahme getroffen wurden.

Schließlich lief die Frist zur Umsetzung der Richtlinie 98/101/EG der Kommission vom 22. Dezember 1998 zur Anpassung der Richtlinie 91/157/EWG des Rates über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren an den technischen Fortschritt<sup>50</sup> am 1. Januar 2000 ab. Im Jahr 2000 konnte die Kommission die wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen für diese Richtlinie gegen Belgien, Dänemark und Spanien eingeleiteten Verfahren einstellen. Bis zum Jahresende 2000 waren gegen sieben Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung eingeleitet worden: Deutschland, Irland, Italien, Portugal, Vereinigtes Königreich, Griechenland und Niederlande.

In seinem Urteil vom 13. April 2000 (Rechtssache C-123/99) stellte der Gerichtshof fest, dass Griechenland gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie 94/62 über Verpackungen und Verpackungsabfälle verstoßen hat, indem es nicht die Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Die Kommission leitete den Niederlanden eine mit Gründen versehene Stellungnahme in Bezug auf mehrere Punkte zu, in denen die niederländischen Rechtsvorschriften nicht mit der Richtlinie in Einklang stehen. Auf der anderen Seite konnte das Verfahren gegen das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-455/99) wegen Nichtmitteilung der Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie eingestellt werden, nachdem der Mitgliedstaat die von ihm getroffenen

---

<sup>50</sup> ABl. L 1 vom 5.1.1999, S. 1.

Maßnahmen mitgeteilt hatte<sup>51</sup>. Das gegen Deutschland eingeleitete Verfahren in Bezug auf die Regelung bei Verpackungen (gemeinhin unter der Bezeichnung „Töpfer-Verordnung“ bekannt), mit der die Wiederverwendung von Verpackungsmaterial gefördert wird, läuft weiter. Die Kommission beschloss, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, da die mit der deutschen Regelung eingeführte Wiederverwendungsquote mit einem Handelshemmnis und indirekter Diskriminierung gegenüber eingeführten natürlichen Mineralwässern verbunden ist, die an der Quelle abgefüllt werden müssen.

Die Umsetzungsmaßnahmen müssen nicht nur der Kommission mitgeteilt werden, sondern auch mit den einschlägigen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in Einklang stehen. Die Kommission ist der Ansicht, dass dies in Dänemark nicht der Fall ist. Daher erhält sie ihre Klage beim Gerichtshof (Rechtssache C-246/99) wegen des in Dänemark geltenden Verbots von Getränkedosen und anderen nicht wiederverwendbaren Verpackungen aufrecht.

Die Kommission erhob beim Gerichtshof Klage gegen Deutschland (Rechtssache C-228/00) wegen Anwendung verschiedener Kriterien für die Unterscheidung zwischen zur Verwertung bestimmten Abfällen und zur Beseitigung bestimmten Abfällen und der daraus resultierenden Behinderungen der Verbringung von Abfällen, die gegen die Verordnung 259/93/EWG zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft verstoßen. Auch gegen Luxemburg wurde ein Vertragsverletzungsverfahren infolge eines Verstoßes gegen die Verordnung 259/93/EWG eingeleitet, da dieser Mitgliedstaat die Verbringung von Abfällen zu französischen Verbrennungsanlagen, die für die energetische Verwertung ausgerüstet sind, nicht zulässt.

Gegen mehrere Mitgliedstaaten wurden 1999 Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtmitteilung der gemäß Artikel 41 der Verordnung Nr. 259/93/EWG erforderlichen Jahresberichte eingeleitet. Die Verfahren gegen Griechenland, Italien und Irland wurden angesichts der aus diesen Ländern eingegangenen zufriedenstellenden Antworten eingestellt. Dagegen leitete die Kommission den Niederlanden eine mit Gründen versehene Stellungnahme im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen aus den Niederlanden in andere Länder zu.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 75/439/EWG über die Altölbeseitigung leitete die Kommission gegen Deutschland das Verfahren gemäß Artikel 228 wegen Nichtbefolgung des Urteils des Gerichtshofs vom 9. September 1999 (Rechtssache C-102/97) ein, worin festgestellt wurde, dass Deutschland gegen seine Verpflichtungen verstoßen hat, indem es nicht die zur vorrangigen Wiederaufbereitung des Altöls erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, obwohl dem keine technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Sachzwänge entgegenstanden. Ferner erhielt die Kommission ihre Klage beim Gerichtshof gegen Portugal wegen Nichtübereinstimmung der von diesem Land vorgenommenen Umsetzung der Richtlinie aufrecht (Rechtssache C-392/99).

Hinsichtlich der Beseitigung der beiden besonders gefährlichen Produkte polychlorierte Biphenyle (PCB) und polychlorierte Terphenyle (PCT) ist schließlich darauf zu verweisen, dass die Richtlinie 96/59/EG, welche die vorherige Richtlinie 76/403/EWG ablöst, von den

---

<sup>51</sup> „The Producer Responsibility Obligations“ (Verpackungsabfälle) (Änderung) Verordnungen (Nordirland) 1999 S.R.N.I. Nr. 496.

Mitgliedstaaten bis zum 16. März 1998 umzusetzen war. Im Jahr 2000 konnte die Kommission die Verfahren gegen alle Mitgliedstaaten, die ihre Umsetzungsmaßnahmen zum vorstehend genannten Stichtag nicht mitgeteilt hatten, einstellen. Dazu zählen auch die beim Gerichtshof eingeleiteten Verfahren gegen Griechenland (Rechtssache C-464/99) und das Vereinigte Königreich (Rechtssache C-468/99). In der Richtlinie heißt es, dass die Mitgliedstaaten binnen drei Jahren nach deren Annahme, d. h. bis zum 16. September 1999, einen Plan zur Dekontaminierung und/oder Beseitigung der in das Bestandsverzeichnis aufgenommenen Geräte und der darin enthaltenen PCB erstellen und die Grundzüge einer Regelung für die Einsammlung und spätere Beseitigung von Geräten, die nicht der Bestandsaufnahmepflicht gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie unterliegen, aufstellen. Allerdings haben viele Mitgliedstaaten der Kommission noch immer nicht die erforderlichen Maßnahmen mitgeteilt. In diesem Zusammenhang hat die Kommission im Laufe des Jahres 2000 dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Deutschland, Schweden, Portugal, Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien, Irland und Luxemburg eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugeleitet. Gegen die sechs letztgenannten Mitgliedstaaten beschloss sie ferner die Klageerhebung beim Gerichtshof.

Schließlich leitete die Kommission Schweden, Belgien, Irland, Italien und Portugal im Zusammenhang mit Richtlinie 86/278/EWG über Klärschlamm eine Aufforderung zur Äußerung wegen Nichteinhaltung der in der Richtlinie festgeschriebenen Informations- und Überwachungspflichten zu. Gemäß Artikel 10 der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass Register geführt werden, in denen die erzeugten Schlammengen und die an die Landwirtschaft gelieferten Schlammengen, ihre Zusammensetzung und Eigenschaften sowie die Art ihrer Behandlung vermerkt werden. Dies ist notwendig, um überprüfen zu können, ob mit der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft keine Beeinträchtigung der Nahrungsmittelproduktion und der langfristigen Bodenqualität einhergeht.

## **9. Umwelt und Industrie**

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das gegen Italien eingeleitete Verfahren wegen Nichtbefolgung des Urteils des Gerichtshofs vom 17. Juni 1999 (Rechtssache C-336/97) Ende 2000 eingestellt wurde, nachdem Italien seine Versäumnisse durch Aufstellung der in der Richtlinie 82/501/EWG (der sog. „Seveso-Richtlinie“) verlangten Notfallpläne, Überwachungen und Kontrollmaßnahmen korrigiert hatte.

Die sogenannte „Seveso-II-Richtlinie“ 96/82/EG, die ab dem 3. Februar 2001 die Richtlinie 82/501/EWG („Seveso I“) ablöst, war bis spätestens zum 3. Februar 1999 umzusetzen. In diesem Zusammenhang beschloss die Kommission, beim Gerichtshof gegen Österreich, Belgien, Deutschland, Irland und Portugal Klage wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen zu erheben. Auf der anderen Seite konnten die gegen Luxemburg, das Vereinigte Königreich und Griechenland eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtmitteilung eingestellt werden.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 87/217/EWG zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen Irland wegen Nichtübereinstimmung der dort ergriffenen Umsetzungsmaßnahmen zu erheben. Im Anschluss an die Einführung neuer Rechtsvorschriften konnte diese Klage zurückgezogen werden. Das Verfahren, das aus ähnlichen Gründen auch gegen Belgien eingeleitet worden war, konnte im Jahr 2000 ebenfalls eingestellt werden.

Im Zusammenhang mit den beiden Richtlinien zur Bekämpfung der Luftverunreinigung durch die Verbrennung von Siedlungsmüll 89/369/EWG (neue Anlagen) und 89/429/EWG (bestehende Anlagen) konnte die Kommission ihre beim Gerichtshof gegen Belgien erhobene Klage wegen Nichtübereinstimmung der Rechtsvorschriften zur Umsetzung der beiden Richtlinien (Rechtssache C-287/99) zurückziehen. Dagegen erhob die Kommission beim Gerichtshof Klage gegen Spanien (Rechtssache C-2000/139), da dieser Mitgliedstaat auf den Kanarischen Inseln den Betrieb von Verbrennungsanlagen genehmigte, die nicht den Anforderungen der Richtlinie 89/369/EWG entsprechen. Ferner beschloss die Kommission, beim Gerichtshof Klage gegen Frankreich zu erheben, weil dort zahlreiche Verbrennungsanlagen betrieben werden, die erhebliche Dioxin-Emissionen aufweisen und daher gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen.

Die Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle war bis spätestens zum 31. Dezember 1996 umzusetzen. Die beim Gerichtshof eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Belgien (Rechtssache C-338/99) und Italien (Rechtssache C-421/99) konnten im Laufe des Jahres 2000 eingestellt werden, nachdem die betreffenden Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen getroffen und der Kommission mitgeteilt hatten. Die Kommission beschloss, eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen mangelhafter Umsetzung der Richtlinie an Österreich zu richten.

Die Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (die sogenannte „IPPC“-Richtlinie) vom 24. September 1996 war bis spätestens zum 30. Oktober 1999 umzusetzen. Die gegen Spanien, Griechenland, das Vereinigte Königreich (in Bezug auf Nordirland und Gibraltar), Luxemburg, Deutschland, Finnland (in Bezug auf die Provinz Åland) und Belgien eingeleiteten Verfahren wegen Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen an die Kommission laufen weiter. Dagegen konnten die gegen Österreich und Portugal eingeleiteten Verfahren wegen Nichtmitteilung im Laufe des Jahres 2000 eingestellt werden, nachdem diese beiden Mitgliedstaaten der Kommission die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatten.

Die Kommission hat an der Klage gegen Belgien im Hinblick auf die im letzten Bericht erwähnte stillschweigende Ermächtigung festgehalten, da die Antwort auf die mit Gründen versehene Stellungnahme keinen Rückschluss darauf zulässt, dass das belgische Recht an die Richtlinie angepasst wurde.

## **10. Strahlenschutz**

Das Gemeinschaftsrecht beim Strahlenschutz beruht auf Kapitel III „Gesundheitsschutz“ des Euratom-Vertrages. Es deckt alle Aspekte des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen ab, d. h. nicht nur durch die Kernenergie. So sind die Menschen vor allem Strahlen zu medizinischen Zwecken ausgesetzt. Außerdem werden Luft, Wasser und Böden in der Gemeinschaft indirekt vor den Auswirkungen der Strahlung geschützt. Die Kommission kontrolliert die Durchführung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zum Strahlenschutz auf der Grundlage von Artikel 124 und nach dem in den Artikeln 141 und 143 des Euratom-Vertrags festgelegten Verfahren, die Artikel 211 und Artikel 226 bzw. 228 des EG-Vertrags entsprechen.

Als Element des Primärrechts erlegt der Euratom-Vertrag den Mitgliedstaaten in seinen Artikeln 33 bis 37 bestimmte Verpflichtungen auf, insbesondere in Bezug auf Ausbildung und

Erziehung, Überwachung der Umwelt und Beseitigung radioaktiver Abfälle. Darüber hinaus gelten derzeit beim Strahlenschutz fünf Haupt-Richtlinien und drei Verordnungen.

Die Besonderheit der auf dem Euratom-Vertrag beruhenden Rechtsvorschriften liegt darin, dass die Kommission die Übereinstimmung der Umsetzungsmaßnahmen vor deren endgültiger Annahme prüft. Gemäß Artikel 33 des Euratom-Vertrages haben die Mitgliedstaaten der Kommission alle Entwürfe zu Bestimmungen bekannt zu geben, mit denen die Beachtung der im Bereich Strahlenschutz festgesetzten Grundnormen sichergestellt werden soll. Die Kommission hat Empfehlungen zu erlassen, um diese Bestimmungen miteinander in Einklang zu bringen. Diese Empfehlungen entsprechen in etwa den Konformitätsprüfungen in den anderen Bereichen des Umweltrechts der Gemeinschaft, die zu einer Aufforderung zur Äußerung führen können. Im Jahr 2000 nahm die Zahl der gemäß Artikel 33 vorgelegten Entwürfe zu nationalen Bestimmungen erheblich zu, da im Mai 2000 die Frist für die Umsetzung der beiden wichtigsten Strahlenschutzrichtlinien 96/29/Euratom und 97/43/Euratom ablief. So gingen bei der Kommission 20 Mitteilungen von Entwürfen zu Rechtsvorschriften gemäß Artikel 33 des Euratom-Vertrags ein (verglichen mit 11 im Jahre 1999), die geprüft und zu denen Bemerkungen abgegeben wurden, obgleich im Jahr 2000 keine formale Empfehlung abgegeben wurde. Auch wenn die gemäß Artikel 33 erlassenen Empfehlungen nicht verbindlich sind, werden sie von den Mitgliedstaaten normalerweise strikt eingehalten. Daher sind Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtübereinstimmung im Bereich Strahlenschutz seltener.

Gemäß Artikel 35 des Euratom-Vertrages hat jeder Mitgliedstaat die notwendigen Einrichtungen zur ständigen Überwachung des Gehalts der Luft, des Wassers und des Bodens an Radioaktivität sowie zur Überwachung der Einhaltung der Grundnormen zu schaffen. Die Kommission kann die Arbeitsweise und Wirksamkeit derartiger Einrichtungen überwachen. Im Jahr 2000 nahm die Kommission zwei Kontrollen gemäß Artikel 35 vor.

Gemäß Artikel 36 des Vertrags übermitteln die Mitgliedstaaten Auskünfte über den in der Umwelt gemessenen Gehalt an Radioaktivität. Anhand dieser Auskünfte kann die Kommission beurteilen, ob die Grundnormen eingehalten werden. Im Jahr 2000 verabschiedete die Kommission die Empfehlung 2000/476/Euratom zur Anwendung des Artikels 36 Euratom-Vertrag betreffend die Überwachung des Radioaktivitätsgehalts der Umwelt zur Ermittlung der Exposition der Gesamtbevölkerung (ABl. Nr. L 191 vom 27.7.2000, S. 37).

Gemäß Artikel 37 Euratom-Vertrag sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, der Kommission über jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Abfälle allgemeine Angaben zu übermitteln. Die Kommission bewertet diese Daten um festzustellen, ob die Durchführung des Plans eine radioaktive Verseuchung der Umwelt eines anderen Mitgliedstaats verursachen kann. Die Kommission gibt dazu eine Stellungnahme ab, die der Mitgliedstaat bei der Erteilung der Genehmigung für das Projekt zu berücksichtigen hat. Artikel 37 ist darauf ausgerichtet, jede Möglichkeit einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt eines anderen Mitgliedstaats von vornherein auszuschließen und damit die Gesamtbevölkerung vor den Gefahren im Zusammenhang mit ionisierender Strahlung zu schützen. Im Jahr 2000 gab die Kommission 12 Stellungnahmen gemäß Artikel 37 Euratom-Vertrag ab. Ferner war im Jahr 2000 ein Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 37 anhängig: Die Kommission war der Ansicht, dass das Vereinigte Königreich seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 37 nicht nachgekommen war, da es nicht die allgemeinen Angaben im Zusammenhang mit dem Rückbau des Kernreaktors Windscale Pile I übermittelt hat. Die Kommission beschloss

darauflin die Anrufung des Gerichtshofs. Der Reaktor Windscale Number 1 Pile wurde im Rahmen des derzeitigen Standorts Sellafield erbaut und als Versuchs- und Produktionsanlage für das Kernwaffenprogramm des Vereinigten Königreichs betrieben. Nach den der Kommission verfügbaren Informationen befand sich der Rückbau des Reaktors in Vorbereitung. Da Rückbau-Operationen als „Plan zur Ableitung radioaktiver Stoffe“ gelten, hätten die britischen Behörden der Kommission die allgemeinen Angaben zum Rückbauplan übermitteln müssen. Das Vereinigte Königreich machte jedoch geltend, dass der Euratom-Vertrag im Prinzip nicht für den Einsatz der Kernenergie zu militärischen Zwecke gelte. Daher war das Vereinigte Königreich zunächst der Ansicht, dass Artikel 37 für die Pläne für Windscale Pile I nicht anwendbar sei. Die Kommission teilt diese Ansicht jedoch nicht, sondern vertritt die Auffassung, dass die Bestimmungen von Kapitel 3 Euratom-Vertrag „Gesundheitsschutz“ (einschließlich des Artikels 37) für Tätigkeiten im zivilen wie auch im militärischen Bereich gelten. Der Gesundheitsschutz der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet des Strahlenschutzes ist ein unteilbares Ziel, das alle von ionisierenden Strahlungen ausgehenden Gefahren unabhängig von ihrer Quelle einschließt. Die britischen Behörden räumten sodann ein, dass die geplante Ableitung radioaktiver Stoffe aus dem Reaktor kein Bestandteil des nationalen Verteidigungsprogramms ist, und erklärten sich bereit, die betreffenden Daten zu übermitteln, sobald ein Ableitungsplan fertiggestellt ist. Das Verfahren wurde eingestellt.

Wie bereits erwähnt, lief die Frist für die Umsetzung der beiden wichtigsten Richtlinien im Bereich des Strahlenschutzes, nämlich der Richtlinie 96/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (ABl. Nr. L 159 vom 29.6.1996, S. 1) und der Richtlinie 97/43/Euratom über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition (ABl. Nr. L 180 vom 9.7.1997, S. 22) am 13. Mai 2000 ab. Zum selben Zeitpunkt wurden alle alten Richtlinien zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen (die seit 1959 verabschiedet worden waren) aufgehoben.

Mit der Richtlinie 96/29/Euratom wurde ein neues Konzept zum wirksamen und umfassenden Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung eingeführt, das auf dem Grundsatz der Dosimetrie beruht. Zu diesem Zweck wurden in der Richtlinie die Dosisgrenzwerte gesenkt, neue Anforderungen für die Rechtfertigung aller Tätigkeiten aufgestellt, bei denen ionisierende Strahlungen freiwerden, und eine erweiterte Fassung des sog. ALARA-Prinzips („As Low As Reasonably Achievable“) eingeführt, wonach die Strahlenexposition so gering wie praktisch möglich zu halten ist. Der Anwendungsbereich der Richtlinie umfasst Tätigkeiten, Arbeiten und Interventionssituationen. Ferner wird das neue Konzept der Freigabe und Freistellung für radioaktive Stoffe eingeführt. Außer der Strahlung aus künstlichen Strahlenquellen beinhaltet die Richtlinie auch Bestimmungen zur natürlichen Strahlung am Arbeitsplatz. Schließlich stellt die Richtlinie neue Anforderungen für die Bemessung der Strahlendosis für einzelne Bevölkerungsgruppen auf.

Nur zwei Mitgliedstaaten haben der Kommission innerhalb der in der Richtlinie festgelegten Frist eine vollständige Serie nationaler Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 92/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen Gefahren durch ionisierende Strahlungen mitgeteilt. Daher leitete die Kommission im Sommer 2000 Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland,



Griechenland, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich wegen Nichtmitteilung der endgültigen Umsetzungsmaßnahmen ein. Österreich teilte allerdings im späteren Verlauf des Jahres seine nationalen Maßnahmen mit, so dass die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen diesen Mitgliedstaat noch vor Ende 2000 einstellen konnte.

Die Richtlinie 96/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen hob die ehemalige Richtlinie 80/836/Euratom über Grundnormen für den Gesundheitsschutz mit Wirkung vom 13. Mai 2000 auf. Das einzige noch anhängige Vertragsverletzungsverfahren in Bezug auf die Richtlinie 80/836/Euratom betraf die Niederlande wegen Nichteinhaltung der Grundnormen, beispielsweise für stillende Mütter, interne Strahlenexposition und aufgenommene Bestrahlungsdosen. Dieses Verfahren wurde im Jahr 2000 eingestellt, da die endgültige Behebung dieser Verstöße im Rahmen des gegen die Niederlande eingeleiteten Verfahrens im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/29/Euratom (s.o.) gewährleistet werden kann.

Mit der Richtlinie 97/43/Euratom über medizinische Exposition werden die Referenzwerte für den Strahlenschutz bei Patienten und medizinischem Personal angehoben. Dabei wird auch den jüngsten Entwicklungen in medizinischen Verfahren und Ausrüstungen Rechnung getragen. Die Richtlinie baut auf den Erfahrungen aus der operationellen Umsetzung früherer Richtlinien auf und stellt eine Ergänzung der Richtlinie 96/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen dar. Die neue Richtlinie enthält eine genauere Beschreibung des Rechtfertigungsprinzips, regelt die Aufteilung der Zuständigkeiten und legt Anforderungen für qualifizierte Experten im medizinischen Bereich fest.

In Bezug auf diese Richtlinie hatten drei Mitgliedstaaten der Kommission innerhalb der in der Richtlinie festgelegten Frist eine vollständige Serie nationaler Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt. Daher leitete die Kommission im Sommer 2000 Vertragsverletzungsverfahren gegen, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich wegen Nichtmitteilung der endgültigen Umsetzungsmaßnahmen ein. Allerdings teilte Schweden im späteren Verlauf des Jahres seine nationalen Maßnahmen mit, so dass die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen diesen Mitgliedstaat noch vor Ende 2000 einstellen konnte.

Die frühere Richtlinie 84/466/Euratom über medizinische Exposition wurde durch die neue Richtlinie 97/43/Euratom aufgehoben. Das im Zusammenhang mit der Richtlinie 84/466/Euratom gegen Spanien eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren (Rechtssache C-96/21) wurde eingestellt, als Spanien der Kommission neu veröffentlichte Umsetzungsmaßnahmen mitteilte. Ein weiteres noch anhängiges Verfahren betraf Belgien. Die mitgeteilten belgischen Rechtsvorschriften erfüllen nicht vollständig die Anforderungen der Richtlinie 84/466/Euratom, insbesondere in Bezug auf Ausbildung, qualifizierte Fachleute, Annehmbarkeitskriterien und die Überwachung radiologischer Einrichtungen. Dieses Verfahren wurde im Jahr 2000 eingestellt, da die endgültige Behebung dieser Verstöße im Rahmen des gegen Belgien eingeleiteten Verfahrens im Zusammenhang mit der Richtlinie 97/43/Euratom (s.o.) gewährleistet werden kann.

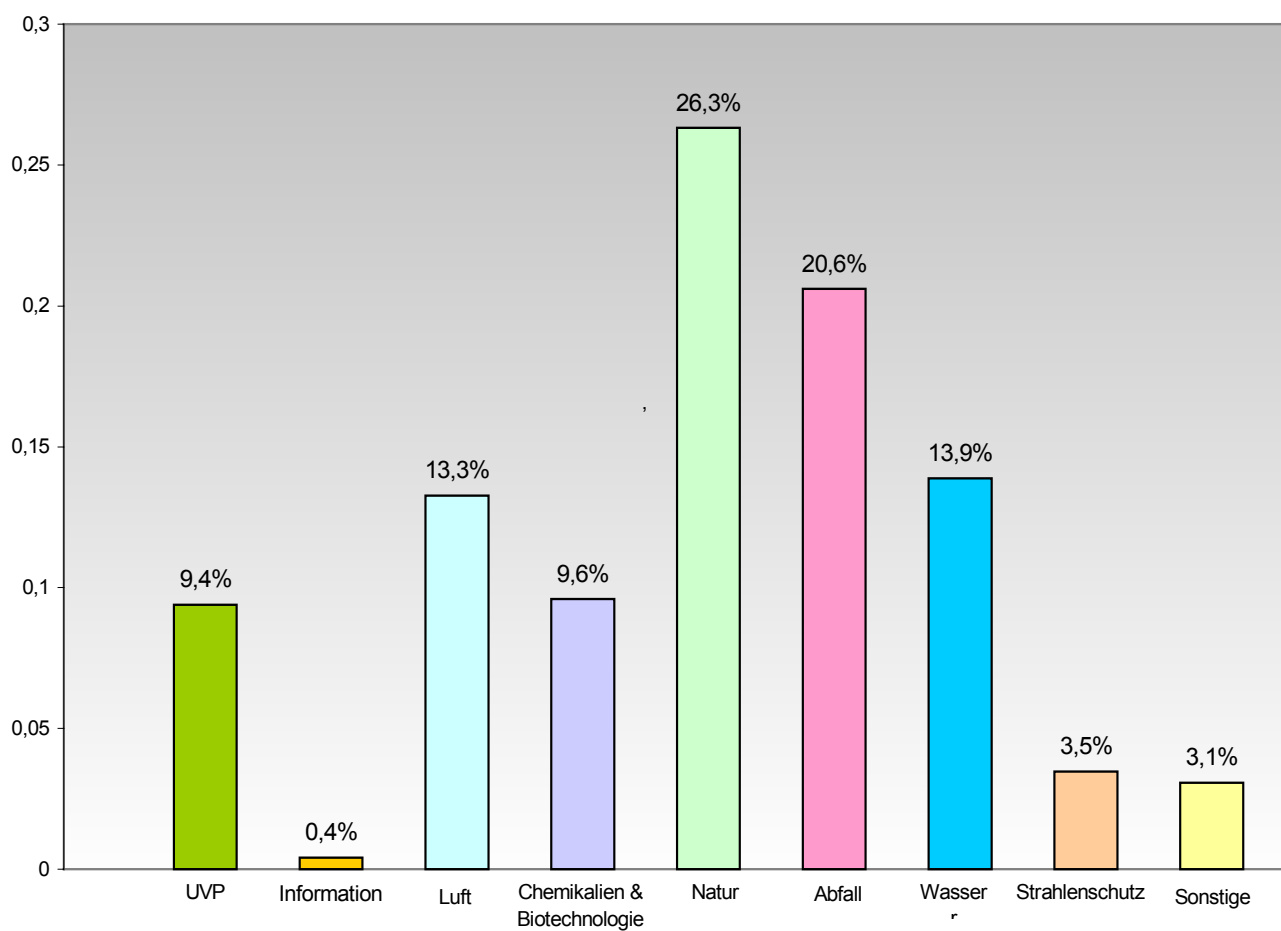
Die Richtlinie 89/618/Euratom über die Unterrichtung der Bevölkerung enthält bestimmte Anforderungen für die Unterrichtung der Bevölkerung über die bei einer radiologischen Notstandssituation geltenden Verhaltensmaßregeln und zu ergreifenden

Gesundheitsschutzmaßnahmen. Für mehrere Bestimmungen der Richtlinie 89/618/Euratom wie die Unterrichtung der Bevölkerung in einer Notstandssituation und die Verfahren bei der Übermittlung von Informationen waren von Schweden keine Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt worden. Im Jahr 2000 wurden der Kommission die neuen Umsetzungsmaßnahmen Schwedens mitgeteilt, und das Verfahren wurde eingestellt. Bei der Überprüfung der Übereinstimmung der französischen Rechtsvorschriften stellte sich heraus, dass diese nicht vollständig die Anforderungen der Richtlinie erfüllen, insbesondere in Bezug auf die Definitionen, die vorherige Unterrichtung der Bevölkerung und die Unterrichtung der Bevölkerung im Falle einer tatsächlichen Notstandssituation sowie die Unterrichtung des Einsatzpersonals. In diesem Zusammenhang richtete die Kommission im Jahr 2000 eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Frankreich. Das Verfahren gegen Deutschland ist weiterhin anhängig, da nach den deutschen Rechtsvorschriften nicht gewährleistet ist, dass im Falle einer radiologischen Notstandssituation die tatsächlich betroffene Bevölkerung unverzüglich über die Einzelheiten der Notstandssituation unterrichtet und an die für sie geltenden Verhaltensmaßnahmen erinnert wird. Außerdem werden die Bestimmungen in Bezug auf die Unterrichtung der bei Rettungsmaßnahmen eingesetzten Personen in den deutschen Rechtsvorschriften nicht vollständig umgesetzt. Schließlich werden die Verfahren für die Übermittlung der erforderlichen Informationen nicht nach den Erfordernissen der Richtlinie angewendet. Es hat den Anschein, dass in Deutschland gegenwärtig neue Rechtsvorschriften in Vorbereitung sind, die diese Probleme lösen. Allerdings sind der Kommission bislang keine neuen Rechtsvorschriften mitgeteilt worden, so dass der Tatbestand der Vertragsverletzung weiterhin gegeben ist. Daher hat die Kommission beschlossen, beim Gerichtshof Klage gegen Deutschland zu erheben.

Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich wegen Nichterfüllung der Richtlinie 90/641/Euratom über den Schutz externer Arbeitskräfte, die einer Gefährdung durch ionisierende Strahlungen beim Einsatz im Kontrollbereich ausgesetzt sind, wurde im Jahr 2000 eingestellt, da die Bewertung der neuen, 1999 mitgeteilten Maßnahmen zufriedenstellend ausfiel. Die Richtlinie sieht vor, dass externe Arbeitskräfte durch das radiologische Überwachungssystem den gleichen Schutz erhalten wie die vom Betreiber auf Dauer beschäftigten Arbeitskräfte. Externe Arbeitskräfte sind Arbeitskräfte, die von einem anderen Unternehmen als dem Betreiber einer im Rahmen der Strahlenschutzvorschriften genehmigten Einrichtung beschäftigt werden und einem Strahlungsrisiko ausgesetzt sind. Externe Arbeitskräfte können nacheinander in mehreren Einrichtungen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten tätig sein. Folglich können sie in mehreren Kontrollbereichen (mit erheblicher Strahlenbelastung) strahlenexponiert sein. Diese besonderen Arbeitsbedingungen erfordern ein spezifisches radiologisches Überwachungssystem, das dem Gesundheitsschutz dieser Arbeitskräfte angemessen ist. Nach den Untersuchungen der Kommission verfügt Belgien nicht über ein einheitliches System, das den Anforderungen der Richtlinie vollständig entspricht. Daher hat die Kommission im Jahr 2000 die Klageerhebung gegen Belgien beschlossen.

**ANLAGE II: ÜBERSICHT (NACH MITGLIEDSTAATEN UND SEKTOREN)  
 ÜBER DIE ANZAHL DER FÄLLE VON NICHTMITTEILUNG,  
 NICHTÜBEREINSTIMMUNG UND MANGELHAFTER  
 HORIZONTALER ANWENDUNG**

**Laufende Vertragsverletzungsverfahren nach Sektor**

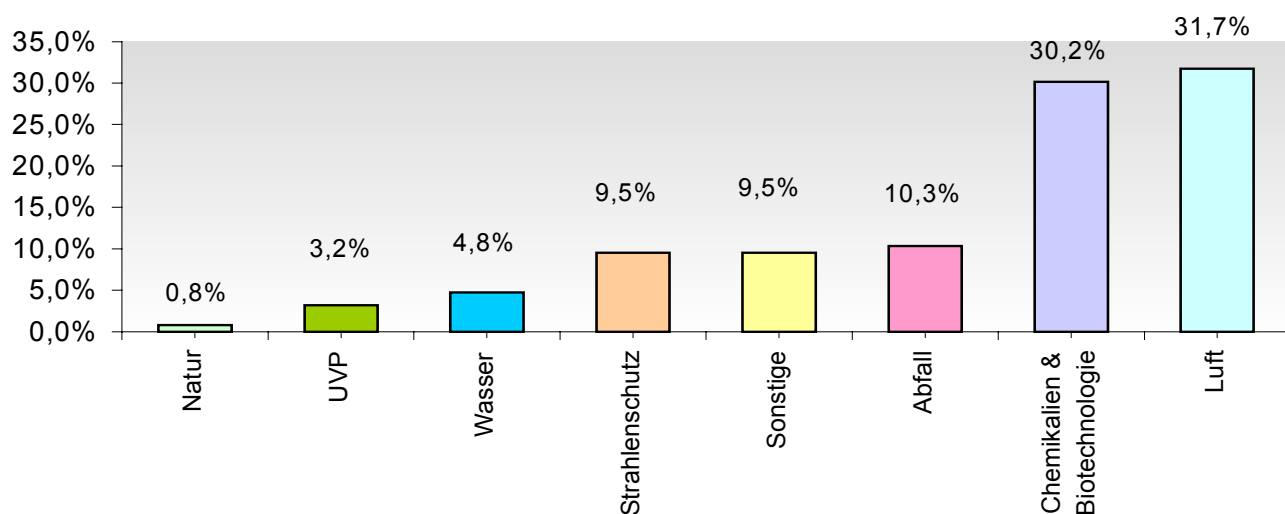


## Laufende Vertragsverletzungsverfahren (31.12.2001)

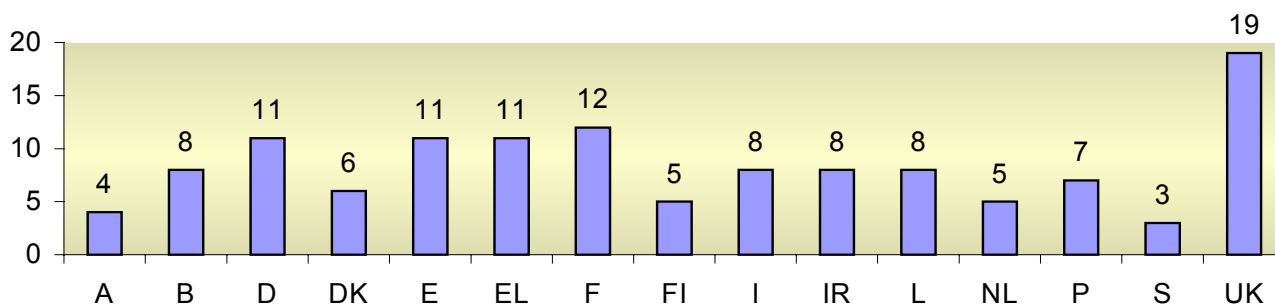
### Nichtmitteilung

	A	B	D	DK	E	EL	F	FI	I	IR	L	NL	P	S	UK		
Natur	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0,8%
UVP	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	4	3,2%
Wasser	0	1	0	1	1	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	6	4,8%
Strahlenschutz	0	0	2	1	0	0	2	0	0	1	0	2	2	0	2	12	9,5%
Sonstige	0	1	1	1	1	1	0	1	1	1	1	1	1	1	0	12	9,5%
Abfall	0	1	1	0	1	1	0	1	2	1	1	1	1	0	2	13	10,3%
Chemikalien & Biotechnologie	2	2	4	1	3	4	4	2	0	3	3	0	1	1	8	38	30,2%
Luft	2	2	3	2	5	4	3	1	5	2	1	1	2	0	7	40	31,7%
Insgesamt	4	8	11	6	11	11	12	5	8	8	8	5	7	3	19	126	100,0%

### Nichtmitteilung nach Sektor



### Nichtmitteilung nach MS

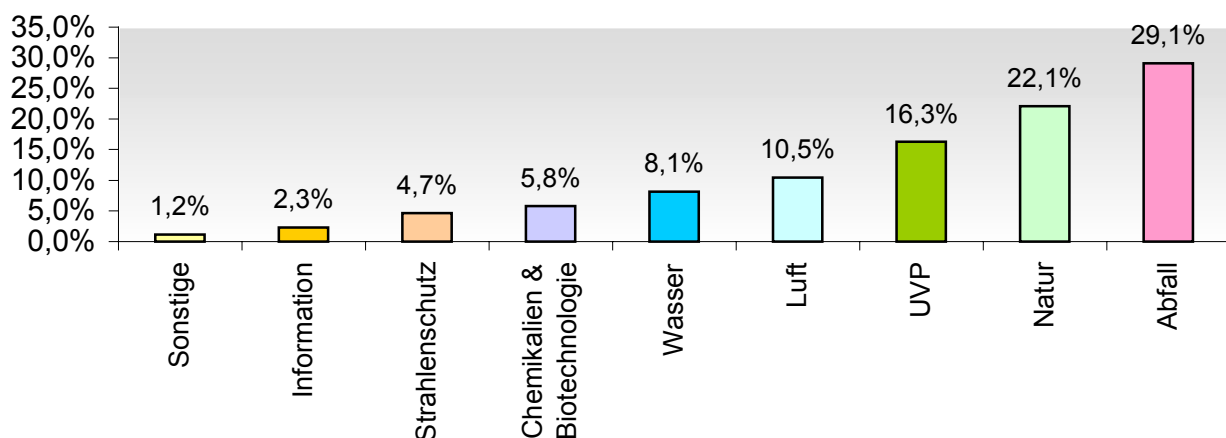


## Laufende Vertragsverletzungsverfahren (31.12.2001)

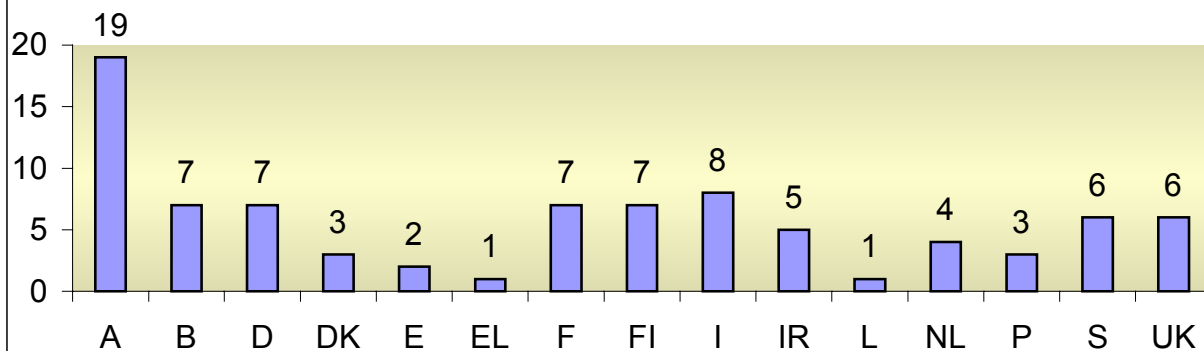
### Nichtübereinstimmung

	A	B	D	DK	E	EL	F	FI	I	IR	L	NL	P	S	UK		
Sonstige	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1,2%
Information	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2,3%
Strahlenschutz	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	4	4,7%
Chemikalien & Biotechnologie	0	0	0	0	0	0	3	0	0	1	0	1	0	0	0	5	5,8%
Wasser	1	1	1	0	0	0	0	0	1	2	0	0	0	0	1	7	8,1%
Luft	5	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	2	0	9	10,5%
UVP	1	2	0	0	2	1	0	1	1	2	0	1	0	1	2	14	16,3%
Natur	2	1	2	0	0	0	1	5	2	0	1	1	1	2	1	19	22,1%
Abfall	7	1	4	3	0	0	1	0	4	0	0	1	1	1	2	25	29,1%
Insgesamt	19	7	7	3	2	1	7	7	8	5	1	4	3	6	6	86	100%

### Nichtübereinstimmung nach Sektor



### Nichtübereinstimmung nach MS

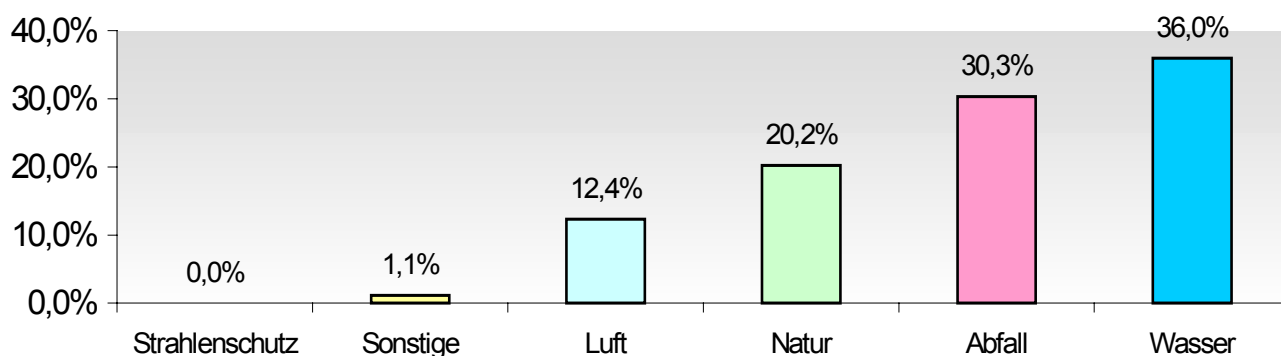


## Laufende Vertragsverletzungsverfahren (31.12.2001)

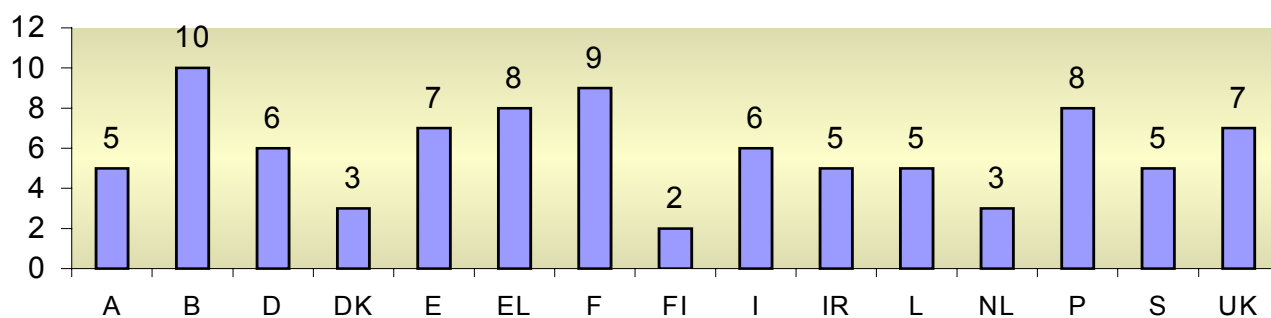
### Mangelhafte Anwendung: "Horizontale" Fälle\*

	A	B	D	DK	E	EL	F	FI	I	IR	L	NL	P	S	UK		
UVP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0%
Chemikalien & Biotechnologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0%
Strahlenschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0%
Sonstige	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1,1%
Luft	1	1	0	1	1	1	0	1	1	1	1	0	1	1	0	11	12,4%
Natur	2	2	2	0	1	1	2	1	1	2	1	0	1	1	1	18	20,2%
Abfall	1	2	2	1	2	4	2	0	3	2	1	1	2	1	3	27	30,3%
Wasser	1	4	2	1	3	2	5	0	1	0	2	2	4	2	3	32	36,0%
Insgesamt	5	10	6	3	7	8	9	2	6	5	5	3	8	5	7	89	100%

### Mangelhafte Anwendung, horizontale Fälle nach Sektor



### Mangelhafte Anwendung, horizontale Fälle nach MS



\* Nichtbefolgung bestimmter abgeleiteter oder sekundärer Pflichten aus den Richtlinien, wie z. B. die Erstellung von Plänen, Programmen, die Einstufung oder Ausweisung von Gebieten, die Erstellung von Berichten usw.